

Er scheint täglich außer Montags. Abonnementspreis für Berlin: Vierteljährlich 2,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Blatt 10 Pf. Post-Abonnement: 2,30 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitung-Preisliste für 1891 unter Nr. 6469.

Vorwärts

Insertions-Bezüge beträgt für die fünfspaltige Zeitspalt oder deren Raum 40 Pfg. für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Feiertagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortl. Redakteur: Amt VI, Nr. 4106.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Weuth-Strasse 2.

Freitag, den 16. Oktober 1891.

Expedition: Weuth-Strasse 3.

Zur Geschichte des Sozialen Königthums.

IV. (Schluß.)

Der Bodelschwingh'sche Entwurf, den wir in unserem dritten Artikel des Näheren charakterisiert haben, wurde am 20. November 1885 an den Unterrichtsminister und an Rother, den Amtsnachfolger Schudmann's, eingeschickt, um ein Jahr unerledigt liegen zu bleiben. Am 18. November 1886 brachte ihn Bodelschwingh wieder in Erinnerung. Rother und Altenstein waren der Ansicht, daß nicht für eine Provinz allein, sondern für das ganze Königreich eine Verordnung zu erlassen sei, und Ersterer ließ eine solche „zur Abstellung und Verhütung der aus der Beschäftigung der Kinder in Fabriken und Manufakturen das jugendliche Alter bedrohenden Mißbräuche“ ausarbeiten. Ein Verbot der Kinderarbeit wurde gar nicht ins Auge gefaßt, und es ist bedeutsam für die Lage der Dinge, daß Altenstein von der durch ihn geplanten Verordnung sagte, sie ginge nicht so weit wie das englische Fabrikgesetz „mit Rücksicht auf den nur dürftigen Fortgang eines großen Theiles der Fabriken, welche Kinder beschäftigten und auf die Bedenken, welche sich der Ausführung des englischen Gesetzes entgegenstellten“.

Die Maschinenfabriken der Rüstmacherei waren wirksamer, als alle Andern, und der „Sozialreform von Oben“ waren die Schwungraden bereits geknickt, ehe sie auch nur nicht etwa zu fliegen, nein am Boden hin zu schlagen angefangen. Das Bedürfnis nach einer allseitigen Verordnungsmaßnahme trat klar zu Tage, die öffentliche Stimme erhob sich für das Einschreiten der Gesetzgebung.

Ein Deputierter des rheinischen Provinziallandtags, der Fabrikant F. Schuchard aus Barmen, trat in der Presse und im Landtage energisch für gesetzgeberischen Eingriff zu Gunsten der Fabrikanten ein. Im „Rheinisch-Westfälischen Anzeiger“ vom 29. März 1887 erzählte er die Geschichte eines zwölfjährigen Mädchens, das einen zum Glück mißlungenen Selbstmordversuch gemacht hatte „aus Furcht vor der zu erwartenden Strafe im elterlichen Hause, weil ihr in der Fabrik für ihre Unachtsamkeit ein paar Groschen vom Lohne waren abgezogen worden“.

Er knüpfte daran eine Auseinandersetzung über die Nothwendigkeit einer „Reform“. Der rheinische Provinziallandtag richtete hauptsächlich auf Schuchard's Betreiben und Antrag am 20. Juli 1887 eine Adresse an den König, in welcher es unter Anderem heißt: „Ew. Majestät treuergebenen Stände haben sich veranlaßt gesehen, das Schicksal der Kinder in Erwägung zu ziehen, welche in geschlossenen Fabrikräumen, namentlich in Spinnereien arbeiten; sie haben sich überzeugt, daß diese armen Kleinen in zu frühem Alter zur Arbeit benützt werden, und daß sie im Allgemeinen zu lange, nämlich 13 Stunden des Tages, und zu anhaltend arbeiten müssen. Da sie nicht den gehörigen Unter-

richt erhalten können, so ist es nicht zu verwundern, wenn sie physisch und moralisch verkrüppeln.“ Die armen Kleinen verlamen leiblich und geistig, weil sie in der Stille der industriellen Ausbeutung ihre Kräfte verbrauchten; die Fabrikarbeit als solche, durchaus unverträglich mit dem zarten Kindesalter, noch dazu unter den skandalösen Arbeitsbedingungen, wie sie bestanden, war die Quelle alles Uebels. Die einseitige Betonung eines Moments, desjenigen des Unterrichts, ist eine Hinterthür, welche der Exploitation verständnißlos geöffnet wird.

Die „treuergebenen Stände“ baten in ihrer Adresse um ein „Schutzgesetz für die bezeichneten Kinder“ und formulierten ihre Vorschläge. Kein Kind solle vor vollendetem — neunten Lebensjahre in Fabriken aufgenommen werden. Der Nachweis für Schulbesuch sei zu erbringen, falls nicht „Vorkalverhältnisse eine Abweichung hiervon nothwendig machen, welche von der Ortsobrigkeit (!) zu untersuchen und zu ordnen ist“, eine treffliche Klausel zu Gunsten der Fabrikherren, der „Ehrbarkeit“, als deren Exekutive die städtische Verwaltung sich darstellt. Als Arbeitstag für diese vom neunten Jahre ausbeutungsfreien Kinder wurde eine Zeit von höchstens zehn Stunden proponirt. Ueber Nachtarbeit war gar nichts gesagt. Zwei Freistunden, wovon eine um die Mittagszeit mit Bewegung in freier Luft, „zwischen diesen zehn Arbeitsstunden“ sollten den Kindern gegeben werden. Bodelschwingh befürwortete die Adresse und schlug weiter vor, die Nachtarbeit zu untersagen und die Verordnung auch auf die Kinder in Berg-, Hütten- und Bohrwerken auszudehnen; als Maximal-Altersgrenze des Schutzes sollte das 16. Lebensjahr gelten, ein Zugeständniß, das beachtenswerth ist, da man bisher nur die Fürsorge für die schulpflichtigen Fabrikanten in den Bereich der Gesetzgebung ziehen wollte.

Aber die Staatsregierung that nichts, sie reagierte gar nicht auf die Adresse des rheinischen Landtags, nicht auf den Plan Bodelschwingh's. Trotzdem er am 1. August 1888 um Beschleunigung dieser Sache bat — eine neue Reise durch die Provinz hatte ihm wieder den kläglichen Zustand der Fabrikanten vor Augen geführt und ihn von vielen Seiten den Wunsch hören lassen, daß „doch endlich für diese bedauernswerthen Geschöpfe etwas im Wege der Gesetzgebung geschehe“, selbst dieser Umstand vermochte nicht, die Minister zu einem rascheren Vorgehen zu bewegen. Erst in der Staatsministerial-Sitzung vom 20. November 1888 kam es zur Beschlußfassung über den Antrag der „treuergebenen“, also genau sechs Wochen nachdem die Adresse beschlossen worden war. Man einigte sich dahin, den Ständen zu eröffnen, daß „der König bereits seit längerer Zeit seine Aufmerksamkeit auf diesen Gegenstand gerichtet hätte und daß ein allgemeines Gesetz in Berathung wäre; daß er aber wegen der Dringlichkeit des Bedürfnisses für die Rheinprovinz ein provisorisches Reglement für diese unter Berücksichtigung der ständischen Vorschläge gleichzeitig mit dem Landtagsabschiede erlassen hätte.“ Friedrich Wilhelm III. wußte allerdings „seit längerer Zeit“ von

der infamen Ausnützung der Proletariatsproflinge; wir wissen, daß die von uns früher besprochene Kabinettsordre, hervorgegangen aus militärpolitischen Beweggründen, am 12. Mai 1828 erlassen worden ist, daß also dem Könige die Zustände offiziell seit über einem Jahrzehnt bekannt waren. Die Stelle des Staatsministerial-Beschlusses, daß ein allgemeines Gesetz in Berathung wäre, bezog sich auf den Eingang dieses Artikels erwähnten Altenstein'schen Verordnungsentwurf, der im Juli 1887 dem Finanzminister von Alvensleben zur Prüfung überendet worden war. Letzterer hatte ihn eingehend kritisiert und die Umarbeitung empfohlen. Seit jener Zeit befand sich der Entwurf im Unterrichtsministerium. Mit der Ausarbeitung des provisorischen Reglements für die Rheinprovinz wurde Bodelschwingh betraut.

Aber es sollte anders kommen. „Weder Altenstein's Entwurf wurde zum Gesetz, noch kam es zur beschlossenen Eröffnung an die Stände.“

Bodelschwingh hatte gemäß dem ihm erteilten Auftrage vom 20. November 1888 einen Entwurf ausgearbeitet und ihn am 11. Dezember mit der Bitte eingereicht, eine Konferenz zu seiner Berathung anuberäumen. Der Entwurf war im Wesentlichen der von uns im dritten Artikel zur Genüge gekennzeichnete Bodelschwingh'sche erste Entwurf vom 20. November 1885 in seiner durch das zur Ständepetition abgegebene Gutachten ergänzten Fassung. Neu war sein Vorschlag, die Kinderarbeit an Sonn- und Feiertagen zu verbieten und die famose, allen Schutz illusorisch machende Ausnahmebestimmung seines ersten Entwurfs dahin einzuschränken, daß die Errichtung einer Fabriksschule seitens des Unternehmers „nur“ eine Ausnahme vom qualifizirten Minimalalter, nicht von der Maximal-Arbeitszeit zur Folge haben sollte. „Im Interesse der Eltern und Fabrikanten“ war aber das Minimalalter „dadurch zu einem alternativen Erforderniß geworden, daß die Bedingung zur Aufnahme in Fabriken auch von solchen Kindern für erfüllt angesehen wurde, welche das neunte Lebensjahr vollendet und ihre Muttersprache geläufig lesen konnten, sowie einen Anfang im Schreiben gemacht hatten. Ferner war an Stelle der früheren Bestimmung der Pausen eine solche getreten, welche „zwischen den täglichen zehn Arbeitsstunden eine Ruhe von je einer Viertelstunde Vor- und Nachmittags und einer Freistunde Mittags, und zwar mit Bewegung in freier Luft“, vorschrieb.

Das heißt also, daß den Unternehmern die Kinder statt zur 10, zur 10 1/2 stündigen Frohnde ausgeliefert wurden, vorausgesetzt immer, daß die Fabrikanten sich an die Schutzvorschriften überhaupt lehrten. Von einer wirksamen Kontrolle, von einer Fabrikinspektion, von den Mitteln zur etwaigen Durchsührung der Aufsicht war bisher nicht die Rede gewesen.

Die Konferenz, welche am 21. Dezember 1888 stattfand, sprach sich für eine baldige Verallgemeinerung der Verordnung für den ganzen Staat aus, sprach sich gegen eine

Revue.

Redaktion verboten.)

143

Er kehrt zurück!

Originalroman von Jean Meroz.

Plötzlich löste sich ein Mann von der Gruppe los, machte zwei Schritte vorwärts, hob den beschriebenen Bogen auf, las ihn und sagte mit schlauer Miene:

— Ein Republikaner! seht her, es ist ein Verräther, an dem man Gerechtigkeit geübt hat.

Mijoulet sprang wüthend, ohne jede Ueberlegung, dem Sprecher an die Kehle, obwohl derselbe wenigstens einen Kopf größer war als er. Mit einem gewaltigen Stoß hatte er, dessen Kräfte durch die Wuth verzehnfacht wurden, den Mann niedergeworfen und hielt ihn unter sich fest, während seine geballte Faust ihn kräftig gefaßt hatte.

Derselbe suchte sich zu befreien, aber er konnte diesen unerwarteten Angriff nicht widerstehen und bat nun röchelnd um Gnade.

— Dummkopf, Frigling, wiederhole, was Du gesagt hast! Der Bürger Marche-Seul soll ein Verräther sein!

Aber der Assistenzarzt, der Gile hatte, den Verwundeten fortzuschaffen, riß nicht ohne Mühe den rasenden Bebeling zurück und stieß ihn einige Schritte von seinem Gegner weg, während dieser sich erhob, beschämt dadurch, daß er durch einen jungen Burken niedergeschlagen worden war. Er konnte kaum athmen, sein Gesicht war verzerrt durch den Krampf, der seine Glieder schüttelte.

Die Zuschauer hatten kein Wort gesprochen, keine Miene verzogen, sie begannen zu begreifen, daß er irgend eine ihnen unbekannt Veranlassung zu dem Kampfe gegeben hatte. Schließlich trat ein alter Arbeiter von sehr dürftigem Aussehen vor und drückte dem jungen Arzte die Hand. Dann sagte er zu der Gruppe gewandt:

— Ich kenne diesen Bürger —, er meinte Philibert, dessen Hand er nicht losgelassen hatte, sondern immer noch dankbar drückte, er ist ein Hospitalarzt aus der Pitiére, hat mich gepflegt, er hält zu den Armen und war Republikaner, ehe die Republik geboren wurde. Wenn er Euch sagt, daß dieser Unglückliche, der halbtodt daliegt, ein Republikaner ist, so könnt Ihr es glauben. Er kennt seine Leute genau und ist viel zu ehrenhaft, um zu lügen.

Und darauf fügte er hinzu:

— Sie kennen mich nicht, mein Herr. Sie haben mich vor kaum drei Monaten gepflegt, als ich den Arm gebrochen hatte. Sie sind so gut zu mir gewesen; ich danke Ihnen dafür noch einmal herzlich.

Der Assistenzarzt war von dieser einfachen und rührenden Dankbarkeit tief gerührt, aber er hatte Eile seinen Verwundeten gut gebettet zu sehen, und er wiederholte daher seine frühere Bitte. Es bedurfte nun kaum noch derselben, um diese Arbeitermenge anzufeuern. Zwei oder drei Männer boten sich sofort selbst an und eilten nach dem Hospital, um die gewünschte Tragbahre zu holen; mit ihnen eifernte sich auch Mijoulet spornstreichs.

Am andern Ende der Brücke von Kriole sah man das matte Licht von zwei Laternen eines Wagens, der fast unhörbar dahintrölte.

Mijoulet erreichte ihn mit den gewandten Sprüngen einer Katze.

Ohne lange zu reden, erfaßte er schnell die Zügel des armen Pferdes, welches kaum stehen konnte, während der Kutscher erschreckt durch den Gedanken an einen nächtlichen Angriff vollständig den Kopf verlor und verzweifelt auf den armen Gaul lospreitschte, der nicht mehr fort konnte und ganz unfähig war, seine Tour fortzusetzen.

Aber Mijoulet hielt ihn fest, obgleich er zwei bis drei Schritte fortgeschleift wurde, und brachte so das Pferd, das sich offenbar gern fügte, zum Stehen. Es beugte sich damit, melancholisch seine Ohren zu senken. Sind doch ohne Zweifel diese armen Märtyrer des Frostschneewesens gar glücklich, sobald am Wagen etwas bricht oder ein anderer Unfall ihnen einige Augenblicke ungehoffter Erholung bietet.

Der Kutscher war abgestiegen von seinem Sitze und trat vorsichtig vor. Er war ein Mann von kleinem Wuchs, die wie eine Tonne, ganz eingehüllt in seinem mit mehreren Krügen ausgestatteten Mantel, aus demselben sah ein rother, mächtiger Kopf hervor, den ein Hut aus Wachselewanth bedeckte, dessen Glanz seit langer Zeit verschwunden war.

Er rollte seine blauen, verwirrt dreinblickenden Augen. Seine Aufregung war so groß, daß er seinen Pfeifenkopf fallen ließ, der auf dem Pflaster in tausend Scherben zerbrach.

Mit zaghafter Stimme und dem ausgeprägten Dialekt der Auvergnaten begann er:

Ausnahme vor vollendetem neunten Lebensjahre, für eine vorübergehende wäßrige Verlängerung der Maximal-Arbeitszeit bei besonderen Umständen" aus, setzte die Maximal-Strafsgrenze, die so schon niedrig war, auf fünf Thaler für jedes vorchriftswidrig beschäftigte Kind herab, und empfahl eine Anweisung an die Regierungen, dort, wo die Verhältnisse die Beschäftigung schulpflichtiger Kinder in Fabriken nöthig machten, bei der Lage der Unterrichtsstunden möglichste Rücksicht auf den Fabrikbetrieb zu nehmen. Diese letztgenannte Maßregel sollte ins Leben treten, um den Fabrikanten entgegenzukommen", sie fügte dem geschüttelt und gerüttelt vollen Maße an Vorrechten und Vortheilen noch ein Hauptstück hinzu, das dem Fabrikantenthum die Arbeiterkinder auf Gnade und Ungnade auslieferte. Anton sagt: "Da die Dauer des regelmäßigen Schulbesuchs fünf Stunden betrug, so waren also die schulpflichtigen Fabrikkinder täglich fünf Stunden in der Schule und zehn Stunden in der Fabrik in Anspruch genommen, wozu noch 1 1/2 Stunden Pause traten, insgesammt eine Inanspruchnahme von 16 1/2 Stunden innerhalb der Zeit von 5 Uhr Morgens bis 9 Uhr Abends, also innerhalb 16 Stunden. Es war dies eine offenbar Unmöglichkeit, die nur in der Weise beseitigt werden konnte, daß entweder die Behörden gegen das Gesetz vertriehen, indem sie für die Fabrikanten die Vorschriften über den regelmäßigen Schulbesuch nicht zur vollen Anwendung brachten oder aber die Arbeitgeber (?) von der ihnen zugestandenen zehnstündigen Maximalbenutzung jugendlicher Arbeitskräfte keinen vollen Gebrauch machten (1)."

Die Minister betrachteten das Ergebnis der Konferenz von verschiedenen Standpunkten aus. Kochow, der Minister des Innern, derselbe, welcher das geflügelte Wort vom "beschränkten Unterthanenverständnis" gesprochen, hielt durch das Regulatorium den ständischen Antrag für erledigt und sprach sich gegen eine Verathung der Sache im Provinzial-Landtag aus. Sogar dieser Schatten von Parlamentarismus war ihm offenbar ein Greuel. Altenstein sprach sich im Sinne der kapitalistischen Interessen, wie sie die rheinischen Bourgeois im Landtage ihrer Provinz repräsentirten, für die Verathung durch die Stände aus. Das Regulatorium, so führte er aus, enthalte einerseits eine Beschränkung der persönlichen Rechte, indem es bis zu einem gewissen Lebensalter die bisher erlaubte Beschäftigung in Fabriken verbiete, andererseits aber durch diese Bestimmung, wie durch die einer Maximalarbeitszeit, die zureichende Zahl von Arbeitern verringere (?) und so die Produktionskosten erhöhe bezw. die Fabrikation vermindere, was einen tiefgehenden Einfluß auf das Privat- und Gemeinwohl bedeute. Das sind in noher Form die platten Einwürfe des ökonomischen Liberalismus, der kapitalistischen Doktrin. Indes machte Altenstein, dessen Kustoden im Laufe der Jahre ein immer schwächeres geworden ist, auf verschiedene Mängel des Regulatoriums aufmerksam, z. B. betreffs der Gesundheitschädlichkeiten der Arbeitslokale und — der Disziplin innerhalb derselben, und zugleich hob er scharf den Mangel einer geeigneten Kontrolle hervor.

Es ist überflüssig, auf die ministeriellen Ressorthälften und -Häufereien einzugehen, die sich an diese Konferenz angeschlossen. Das Staatsministerium beschloß am 5. Februar 1889 von der ständischen Verathung abzusehen und die Generalisirung des Regulatoriums für den Staat vorzuschlagen. Der König ertheilte am 6. April 1889 das Regulatorium für alle Theile der Monarchie Gesetzeskraft.

Was bot dieses so langsam entstandene Gesetz? In der Hauptsache Verbot der Beschäftigung vor dem neunten Lebensjahre, Festsetzung eines effektiven zehnstündigen Arbeitstages, Verbot der Nachtarbeit (junge Leute von 9 bis 16 Jahren durften nicht vor 5 Uhr früh und nicht nach 9 Uhr Abends beschäftigt werden) und der Sonntags- und Feiertagsarbeit. Dazu die nur unwesentlich modifizirten Ausnahmeregelungen!! Das war Alles, was in einem Zeitraum von zwanzig Jahren geschaffen wurde zu Ruh und Frommen der Fabrikanten. Die Klauseln und Ausnahmen sicherten von vornherein der Unternehmerschaft die Vollmacht, ihren herodischen Kindermord ungestraft fort und fort verüben zu können, Gefatomben der "armen Kleinen" der Proletier zu opfern, sich aus Schamlosigkeit zu bereichern.

In diesem Aktus, zum Gottesdienste des Mammon gehört in der That Kinderblut... Das Kunststück in 16 Stunden 16 1/2 Stunden thätig zu sein, wurde gleich-

lich fertig gebracht; man schloß die Augen vor den That-sachen der Gesetzesverletzung und ließ die Fabrikanten machen was ihnen beliebte.

Anton sagt: "Mit der gesetzlichen Anordnung des Schutzes war seine Durchführung noch nicht gewährleistet." Von einer Kontrolle, die sozialpolitisch in Betracht kommt, ist nicht die Rede.

A. Braun sagt treffend in seinen "Arbeiter-Schutz-Gesetzen": "Die Verordnung von 1889 änderte an der bestehenden Sachlage so viel wie nichts. Bestenfalls wurden die Bestimmungen nur zeitweise und da auch nicht überall gleichmäßig durchgeführt. Insbesondere wurde schon damals von den Regierungen auf die Untauglichkeit der Ortsbehörden zur Kontrolle... hingewiesen." Der minimale Schutz blieb auf dem Papier.

Und wenn mit heiligem Eifer Herr Anton sich bemüht, nachzuweisen, daß das klägliche Regulatorium von 1889 prinzipiell hinter dem englischen Fabrikgesetz nicht zurückbleibe, so fällt, ganz abgesehen von allem Anderen, eine solche tendenziöse Behauptung schon deshalb platt zu Boden, weil das englische Parlament 1833 die Mittel zur zwangsmäßigen Durchführung, zur Bestellung eines Aufsichtspersonals bewilligt hatte, was es bei den fünf Fabrik-akten von 1802—1833 im Geldsackinteresse verweigert hatte. Was Herr Anton bei Marx hätte nachlesen können. Wobei übrigens gleich bemerkt sei, daß der 1833er Fabrik-akt durchaus ungenügend, aber eben auch nur eine Etappe der englischen Fabrikgesetzgebung war.

In Preußen aber blieb Alles beim Alten, der Kinder-schutz war eine Fosse, durch welche sich kein Einsichtiger täuschen ließ, und die rheinischen Arbeiter zeigten durch ihr bewundernswürdiges Vorgehen 1848 und 1849 auf das Energischste, daß die kapitalistische Ausbeutung ihr Klassenbewußtsein erzeugt und sie zum richtigen Verständnis der "Sozialreform von Oben" geführt hatte.

Das soziale Königthum hatte ein gründliches Pflaster gemacht. Das beweist die Geschichte des 1839er Regulatoriums. Die Exekutive des Klassenstaats muß Schiffbruch leiden, wenn sie zusammenschlief mit den Rissen und Klüften des Kapitalismus. Nur durch ihre Organisation als soziale und politische Partei kann die Arbeiterklasse Ingeständnisse erlangen, nur auf den Trümmern des Klassenstaats kann die sozialistische Gesellschaft errichtet werden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 15. Oktober.

Die Erfolge der Sozialdemokratie bei den säch-sischen Landtagswahlen stellen sich nach als größer heraus, als wir gestern annahmen. Unsere Stimmzahl hat sich nicht, wie wir gestern angaben, um mehr als die Hälfte vermehrt, sondern ist fast auf das Doppelte der Stimmzahl bei den vorigen Wahlen herangewachsen. Die amtliche "Leipziger Zeitung" giebt in folgenden annähernden Zahlen das Resultat der Wahl:

	Wahl vom 13. Okt. 1891	frühere Wahl
Zahl der abgegebenen Stimmen . . .	97 250	66 190
Darunter sozialdemokratische . . .	35 050	18 290
konservative . . .	35 250	26 250
freisinnige (fortschrittliche) . . .	13 600	12 650
nationalliberale . . .	12 750	8 850

Wie bei den Reichstagswahlen, so stellt sich jetzt auch bei den Landtagswahlen die Sozialdemokratie in Sachsen als die stärkste Partei heraus, und das trotz aller polizeilichen und behördlichen Maßregelungen und trotz der gemeinsten und geschäftigsten Angriffe seitens der Bourgeoisie, wie sie kaum in einem anderen deutschen Staate existiren. Wir sagen: trotz — wir sagen vielleicht richtiger: wegen, — denn die gegen uns geführte Kampfesweise verräth nur die Haltlosigkeit und Verjüngung unserer Gegner, den Mangel jeder Fähigkeit zum geistigen Kampfe.

Die sächsischen Landtagswahlen sind der Fort-schrittspartei — d. h. nicht dem sächsischen "Landtagsfortschritt", sondern der Berliner Spielart, verderblich geworden. Sie gab sich die größte Mühe Eroberungen zu machen und hat nur eine lächerlich winzige Stimmzahl

Sie kamen bald an der Stelle an, wo Marche-Seul lag.

Philibert hatte, unterstützt von einigen Männern, ihn inzwischen an den Rand des Trottoirs gesetzt und stützte seinen Oberkörper sorgfältig, während des Schussickers Kopf auf seiner Schulter ruhte.

Der Verwundete war aus seiner Ohnmacht noch nicht erwaht, sein Zustand beunruhigte ernstlich den jungen Arzt, der sich eine so lange Bemühtlosigkeit nicht erklären konnte.

Der Wagen hielt an einer geeigneten Stelle; mit tausend Vorachtsmaßregeln brachte man Marche-Seul dahin und setzte ihn glücklich in den Fonds desselben.

Philibert nahm an seiner Seite Platz und befahl dem Kutscher im Schritt zu fahren, um jede Erschütterung zu vermeiden.

Mijoulet, der abgestiegen war, kletterte wieder auf den Sock, nachdem er die Thür geschlossen hatte.

— Wir haben nicht weit — sagte er zum Kutscher — Rue Julien-le-Pauvre — und erneuerte seine Aufforderung langsam zu fahren.

— Gut, gut, hab' verstanden Freund — brummte der Auvergnate, der eine lebhaftere Zuneigung zu diesem aufgeweckten, muthigen Burschen empfand, dessen gutes Herz aus seinen Augen sprach.

Die Zuschauer umringten immer noch den Wagen und besprachen mit leiser Stimme dieses sonderbare Ereigniß, welches sich vor ihren Augen abgespielt hatte.

Im Augenblick der Abfahrt rief Mijoulet von seinem Sitz herab:

— Guten Abend, Bürger, habt Dank! Man wird den finden, der diesen Todesreich fährt, er soll seine Bestialität theuer bezahlen! —

Dann rief er sich die Stirn:

— Und was wird Fräulein Charlotte sagen?

Man muß sie vorbereiten. Mit einem Satz sprang er vom Wagen, ohne ihn halten zu lassen. Darauf rief er dem Kutscher zu:

— Ich eile voraus, um die Tochter unseres Freundes zu benachrichtigen, der Schreck würde ihr schaden, wenn sie ihren Vater in diesem Zustande, so halbtodt, ankommen

auf ihre Kandidaten vereinigt. Es bestätigt sich, daß wir recht hatten, als wir sagten: in Sachsen ist zwischen der Sozialdemokratie und den vereinigten Ordnungsparteien kein Raum für eine dritte Partei — und namentlich nicht für eine solche prinzipiell und programmlose Partei, die nicht Fisch und nicht Fleisch ist gleich der sog. deutschen Fortschrittspartei. Für Sachsen ist sie auf immer abgethan. —

Mehr Militär! Das Bedürfnis nach einer Erhöhung der Heeresstärke, vielleicht auch der Wunsch, den Reichstag für die gesteigerten Forderungen des Militärreits geneigt zu machen, mag es erklären, daß man eine Verringerung der Dienstzeit in mögliche Aussicht stellt. In einigen Regimentern bildet man einzelne Bataillone aus Mannschaften, die bis zwei Jahre gedient haben, um sie mit den anderen Bataillonen vergleichen zu können. Hieraus schöpfen die Liberalen schon die Hoffnung, als sollte die zweijährige Dienstzeit eingeführt werden. Vorläufig wird die Regierung für ihre Mehrforderungen schon durch die bloße Hoffnung auf mögliche Aussicht, die Liberalen gewinnen können, und von selbst wird die Regierung kaum eine ge-sehliche Verkürzung der Dienstzeit einführen. —

An dem schwächlichen Ordens- und Titelschacher ist man bei uns selbst in den höchsten Kreisen theilhaftig. So erklärte in dem Manches-Projekt ein Junge unter Eid, daß er Agent des verstorbenen Staatsministers a. D. Bitter gewesen, der als er nicht mehr im Amt gewesen, sich vielfach mit der Vermittlung von Titeln und Orden beschäftigt habe. Bitter sei vielfach in Geldverlegenheiten gewesen, da er sich in Wucherhänden befunden. Als zur Verwendung für milt-thätige Zwecke erhaltene Gelder habe ihm Bitter einmal 20 000 M. zur Bezahlung eines Wechsels gegeben.

Diese Enthüllung wird nicht abgeschwächt durch die Verwahrung, welche gegen dieselbe die "Berliner Politischen Nachrichten" erheben. Es wird von Herrn Bitter gesagt, daß er sich bereits im Vermögensverfall befand, als er an die Spitze des preussischen Finanzministeriums trat, und, obwohl unter seiner Verwaltung der größte Theil der Eisenbahn-Verstaatlichung sich vollzog, er in ebenso schlechten Vermögensverhältnissen aus dem Amte schied. Er hätte bei der Kenntniß der Regierungspläne an den Kursänderungen namhafte Summen gewinnen können, aber trotz seiner be-drängten Lage habe er jeder Versuchung widerstanden, was ihm als Beweis von altpreußischer Pflicht-treue anzurechnen sei. Diese altpreußische Pflicht-treue, soweit als sie nicht schon immer eine bloße Fabel war, ist jedenfalls schon lange, wenigstens seit der Ära des Streber- und Reptilienbunds etwas in die Brüche gegangen. Die Verwendung des Reptilienfonds ist zwar sehr in Dunkelheit gehüllt, aber was in die Offen-slichkeit durchsickert, muß über dieselbe doch etwas starke Bedenken erregen. Noch fehlt uns die Antwort Bismarck's über die Verwendung von ganz ungeheueren Summen aus dem Reptilienfonds zur Schuldenentlastung für einen Minister-Schwiegervater.

Wie in dem Heintze'schen Falle nicht der einzelne Ver-brecher es ist, welcher uns mit Grausen und Ekel erfüllt, son-dern vielmehr die ganze Atmosphäre, in der er sich bewegt, eine ganz besondere Welt, in der das Abscheuliche das Selbstverständliche ist, so zeigt uns der Manches-Projekt, daß wir es nicht mit einem Einzelfalle zu thun haben, sondern daß in bestimmten Kreisen ganz offenkundig ist, wie man Orden und Titel sich beschafft, welcher Personen aus den höchsten Kreisen man sich als Mittelpersonen bedient und wie die Wohlthätigkeit nur als Maske dient. —

Aus Sachsen schreibt man uns unter dem 14. d. M. über das Ergebnis der Landtags-Wahl: Unter Sieg ist weit umfassender und bedeut-samer, als sich, nach Einlaufen der ersten Nachrichten gestern Abend, übersehen ließ. Wir haben nicht nur die vier Wahlkreise, die wir schon vorher im Besitz hatten, festreich behauptet, — wir haben auch drei Wahl-kreise neu erobert, so daß wir mit elf Abgeordneten, statt der bisherigen acht, in das Dresdener Landhaus einziehen. In einem Wahlkreis — Glauchau — fehlten uns nur wenige Stimmen an der Majorität, und in einem anderen Wahlkreis — Dresden —, wo keiner der Kandidaten das vom Landtags-Wahlgesetz vorgeschriebene Minimum eines Dritttheils aller im Kreis abgegebenen

sätze. Ihr werdet ruhig weiterfahren, während ich voran-springe; vor der Thüre wartet Ihr, bis ich herunter-komme.

Und ohne eine Antwort abzuwarten, verschwand er spornstreichs in der dunklen Nacht, welche über den Straßen lagerte.

Als der Wagen vor Nr. 2 in der Rue Julien le Pauvre ankam, stand Mijoulet schon da und erwartete ihn an der Schwelle der Thür.

Während der Kutscher, der von seinem Sitz herunter-gestiegen war, die Thür öffnete, fragte Philibert mit leiser Stimme den Lehrling:

— Nun, ist das Fräulein vorbereitet?

— Ja, sie ist tief bekümmert, aber sie ist stark und ge-sagt; hat laut zu wehklagen und in Ohnmacht zu fallen, wie es die meisten kleinen Jieraffen gethan hätten, hat sie sofort ihr Bett zurecht gemacht, denn in dem des Vaters ruht, wie Sie ja wissen, dieser arme Michel. Dann hat sie Feuer gemacht und Wasser zugegossen.

— Nun schnell, verlieren wir keine Zeit, da kommt Licht im Treppenhof, sie kommt herab, sie wird uns leuchten, während wir den Verwundeten hinauftragen.

Der Kutscher hatte Philibert dabei unterstützt, den Körper Marche-Seuls, der nicht ganz leblos war, sondern noch ein wenig Wärme zeigte, aber dessen Augen noch immer geschlossen waren, aus dem Wagen zu heben. Freilich war Marche-Seul noch immer unfähig, auch nur ein Wort hervorzubringen, aber die geringste Bewegung zu machen. Mijoulet wollte hilfreiche Hand leisten, aber Philibert, welcher einsah, daß er nicht kräftig genug sei, um eine solche Last die steile Wendeltreppe hinaufzutragen, bat ihn, das Pferd zu halten und sagte den stärkeren Kutscher, ob er ihm Beistand leisten wolle.

Während dieser Zeit war Charlotte an der Thüre an-gekommen; ihr Gesicht, welches große Thränen benehnten, verrieth herzzerreißende Verzweiflung, ihre schönen Augen waren traurig, und ihr Schmerz ließ ihre Schönheit be-sonders hervortreten.

(Fortsetzung folgt.)

— Da, was fällt Euch ein, mein Pferd anzuhalten in dieser späten Stunde? Ihr seit ein Bösewicht, scheint mir. Mijoulet, welcher sehr traurig war, konnte sich gleich-wohl nicht enthalten, in ein lautes Gelächter aus-zubrechen.

— Bürger der Auvergne, habt keine Furcht, ich be-ansprache Euren Wagen im Namen der Republik.

— In welchem Namen?

— In dem der Republik. Kennt man die in Eurem Heimath nicht?

Der Kutscher war ganz starr. Das, was ihn am meisten aus der Fassung brachte, war das originale Auf-treten Mijoulets.

Er glaubte, daß der junge Bursche mit seiner spöttischen Miene sich über ihn lustig mache, und ihm einen bösen Streich spielen wolle, er war misstrauisch und hatte nicht ganz Unrecht, denn die Gamin's der Vorstadt hatten schon zu wiederholten Malen ihre Späße mit ihm getrieben.

Alter Mijoulet, der es eilig hatte und begriff, daß er keine Zeit zu verlieren habe, war sehr ernst geworden.

— Munter Bürger, ich will Euch keinen Streich spielen. Ich sah Euren Wagen und eilte herbei, ohne erst Halt zu rufen; es ist wahr, ich hatte Unrecht, aber entschuldigt mich. Wir müssen einen alten verwundeten Freund, der dort am Ende der Brücke liegt, nach Hause bringen; er würde sterben, wenn man sich nicht sofort seiner an-nahme. Er ist ein guter Republikaner.

Der Kutscher, vollständig beruhigt, als er von einem verwundeten Republikaner sprechen hörte, lehrte schon zu seinem Wagen zurück und kletterte auf seinen Sitz mit einer Behendigkeit, die man nie bei ihm vorausgesetzt hätte. Er winkte Mijoulet, neben ihm Platz zu nehmen.

— Seid ruhig — sagte der Lehrling — Eure Fahrt wird bezahlt.

— Was, bezahlt, geht doch! Wenn es sich um einen Republikaner handelt, fahre ich zu meinem Ver-gnügen.

— Und er trieb mit Peitschenhieben seinen Gaul an, der sich langsam und schwerfällig in Trab setzte,

Stimmen erreicht hat, stehen wir zur Stichwahl, jedoch, da die Gegner sich wider uns einigen werden, ohne Aussicht auf Erfolg. Die Zahl der Stimmen, die auf unsere Kandidaten gefallen sind, ist durchschnittlich um fast das Doppelte (etwa 90 pCt.) höher, als bei den Wahlen des Jahres 1885. Die sächsischen Landtags-Mandate haben bekanntlich eine sechsjährige Gültigkeitsdauer. — Dieses Wachstum fällt um so schwerer ins Gewicht, als infolge des auf Sachsen besonders hart lastenden Nothstandes Laufende von Arbeitern ihres Wahlrechts verlustig gegangen, und Tausende, die es noch haben, an der Ausübung desselben verhindert worden sind. Daß es z. B. den sog. Ordnungsparteien noch einmal gelungen ist, den Ansturm auf den letzten ihrer Cheiniker Wahlkreise abzuschlagen, das ist einzig und allein, wie sich leicht ziffernmäßig nachweisen läßt, die Wirkung des industriellen Nothstandes, der nicht bloß viele Arbeiter des Wahlrechts beraubt, sondern auch Tausende zum Fortwandre veranlaßt hat. Und trotzdem auch hier ein Stimmenzuwachs!

Die Gegner sind wie vor den Kopf geschlagen. Und an Stelle des blöden Gefasels vom Rückgang der Sozialdemokratie wird nun für einige Zeit die jämmerlichste Heulweierei mit obligatem Gezier nach Polizei und neuem Sozialistengesetz treten; und die angekündigte Erhöhung des Zensus von 3 auf 4 oder 5 Mark wird von den Nothplündern wohl als Strohhalm gepackt werden. Verursacht ist dieses Volk ja nicht.

König Stumm fährt in seinem Kampf gegen den Kohlenring in Westfalen fort und verlangt, es möchten die ausländischen Werke bei staatlichen Lieferungen in Deutschland berücksichtigt werden, um auf den Kohlenring zu drücken. Daß dieses auch bei Lieferungen aus der Eisenindustrie geschehe, daß auch von den Regierungen gegen den Eisenring Front gemacht werde, das zu verlangen, kommt Herrn Stumm freilich nicht in den Sinn. Sein Gerechtigkeitsgefühl sträubt sich nur, wenn sein Portemonnaie geschädigt wird.

Die Reichstags-Erwahlwahl in Stolp-Lauenburg ist, wie die „Zeitung für Hinterpommern“ meldet, auf den 27. Oktober festgesetzt.

Der Reichstags-Abgeordnete für Bayreuth, v. Feustel (natl.), ist am Montag gestorben.

Den Noth- und Entrüstungsschrei gegen die Brotvertheurer zu erlösen, wird jetzt Mais als Brotform empfohlen; es soll in einer Mischung mit Roggen ein nahrhafteres, wohlgeschmeckteres und viel billigeres Brot geben, als das bei uns übliche Roggen- und Weizenbrot. Wie bereits auf die Uebel, welche das Weizenbrot mit sich führt, hingewiesen. Aber abgesehen davon, sollte das Maisbrot die gerühmten Vorzüge haben, so würde es doch das andere Brot verdrängen; die wohlhabenden Leute würden sich nach jenem reifen, und das Weizen- und Roggenbrot würde bedeutend im Preise sinken. Damit wäre dann wieder den nothleidenden Großgrundbesitzern nicht geholfen. Dieses Anrathen von Ersatzmitteln für das übliche Brot verräth nur zu sehr die Absicht und vor allem auch das böse Gewissen.

Eine sachliche Auseinandersetzung über Mais als Nahrungsmittel sendet uns der bekannte konservative Sozialpolitiker **Rudolph Meyer** zu. Herr Meyer schreibt uns:

In den „Historisch-Politischen Blättern“ habe ich vor einigen Monaten Mais als Ersatz für Kartoffeln und auch Brotform empfohlen, doch nicht die Verwendung von Maismehl zu Brod. Mit Recht ist darauf hingewiesen worden, daß die aus Maismehl hergestellte Polenta, von der sich italienische Arbeiter der Po-Ebene hauptsächlich nähren, die schreckliche, Belgina genannte Krankheit erzeugt. Dies erklärt sich — wie andererseits der Nutzen des Mais — aus einer Vergleichung seiner Zusammensetzung mit der anderer vegetabilischer Nahrungsmittel. Nach Dr. Hoffmann's „Ueberbau-Chemie“ enthalten je 100 Theile

	stärk-	Stärke-	Fett	Asche	Phosphor-
	haltige	mehl	oder		säure in 100
	Stoße		Del		Theil. Asche
Weizenkörner	14,6	60	1,4	1,8	0,8
Roggenkörner	10,2	57	1,8	2,1	0,8
Gerstentkörner	11,8	52	2,3	2,8	0,7
Weis	7,2	80	0,1	0,9	—
Kartoffeln	2,8	15	0,3	1,0	0,2
Mais	9,9	60	0,7	1,7	0,5

Mais wird zur Potentillafabrikation grob geschrotet und das Mehl enthält dann reichlich Fett. Wenn das Mehl alt wird, wird das Fett ranzig und der Genuß hiervon soll jene Krankheit erzeugen — sagte man mir in Italien. Dies ist die Gefahr, die bei Maismehl immer vorliegt — sagte man mir —, da der Arbeiter nicht wissen kann, ob er nicht etwas altes und also ranziges Mehl faßt. Frisches Maismehl ist natürlich vorzüglich, da es auch noch Fett enthält, wenn nicht alle Hälfte entfernt wurde, doch schmeckt das Brot „hart“, nicht angenehm. Ich habe einige Verbindungen in dem oben zitierten Artikel angegeben, zur Herstellung von Kuchen, die freilich auch von Maismehl gebaden werden, dann aber auch zum Genuß der ganzen, gekochten oder gedörrten Körner. Wie aus der obigen Analyse hervorgeht, giebt Mais an Stärke dem Roggen fast nichts nach, übertrifft ihn an Stärke und bedeutend an Fett, steht auch in knochenbildenden Aschebestandtheilen ihm wenig nach, dürfte jenach einem ganz ähnlichen Nahrungswert haben. — Die Kartoffel übertrifft Mais 3/2 Mal an Stärkegehalt, 4 Mal an Stärkegehalt und Phosphorgehalt, fast 20 Mal an Fettgehalt; Mais ist a. er ca. 4 Mal so wertvoll als Kartoffel, d. h. wenn der Meter-Zentner Kartoffeln 7—8 M. kostet, wie das doch heute der Fall ist, so ist der Meter-Zentner Mais 28—32 M. werth und kostet, trotz 2 M. Zoll, doch nur die Hälfte. Wenn man dem Mais Milch zusetzt, oder etwas Fleisch dazu ist, so erhöht man den Stickstoffgehalt leicht von 1:6 — der fast zur Ernährung genügt, auf 1:5 oder zu 4 Stärkegehalt, was, wenn ich nicht irre, das normale ist. — Ganz abgesehen von den anomalen Verhältnissen dieses Jahres würde sich Mais, den man in der Regel mit 10—12 M. pro Meter-Zentner in Deutschland haben kann, zur theilweisen Bedeckung der schlechten Kartoffelnahrung sehr empfehlen — allein es ist zu befürchten, daß man seinen Zoll dann erhöhen würde.

Rußland giebt seinen Ausfuhrverboten immer weitere Ausdehnung. Jetzt ist ein Ausfuhrverbot von Deluken erfolgt. Ueber die Wirkung, welche dasselbe auf die theilnehmenden deutschen Handelskreise übt, erhält die „Danziger Zeitung“ aus Thorn nachstehenden Bericht:

Die Nachricht von dem in Rußland erlassenen Verbot der Ausfuhr von Deluken hat bei den hiesigen Interessenten eine nicht geringe Aufregung hervorgerufen. Das war wie ein Blitz aus heiterm Himmel. 15 Waggonsladungen waren in Alexandrowo zur Ausfuhr nach Thorn fertiggestellt, hier war über diese Waggons bereits verfügt; da traf in Alexandrowo das Ausfuhrverbot ein und sofort wurde ihre Weiterfuhrung ver-

hindert. Für eine andere hiesige Firma sollen noch gegen 50 Waggons mit Deluken auf russischen Bahnen rollen. Wer wird die Kosten des Transportes tragen, wer die hiesigen Kaufleute entschädigen, welche die Waaren in Rußland bezahlt haben, aber nicht in ihren Besitz gelangen können? Früher war hier der Getreidehandel lebhaft, die deutsche Zollpolitik hat ihn vernichtet; es entwickelte sich nun allmählig ein lebhaftes Geschäft in russischen Futtermitteln (insbesondere in Kleie und in Deluken), auch dieses Geschäft hat jetzt sein Ende erreicht. Die Kleie kam in loser Schüttung an und wurde hier in Säcken verladen, wobei viele Arbeiter lohnenden Verdienst fanden. Das hat aufgehört; die Interessenten konnten aber ihr in Rußland für Kleie angelegtes Kapital retten, da zwischen dem Erlaß und dem Eintritt des russischen Kleie-Ausfuhrverbotes eine bestimmte Frist festgesetzt war; bei dem Deluken-Ausfuhrverbot liegen die Verhältnisse infolgedessen anders, als mit dem Augenblicke der Veröffentlichung des Verbotes dieses auch sofort in Kraft getreten ist. Von einem hiesigen Kartoffel-Importeur erfahren wir, daß er Bedenken trage, Kartoffeln in Rußland anzukaufen, weil er ein plötzliches Vorgehen Rußlands gegen die Kartoffelausfuhr fürchte.

Die Hungersnoth in Rußland. Welche Ausdehnung dieselbe genommen, geht aus einem offiziellen Bericht hervor, welchen das Hilfskomitee der Provinz Saratow erlassen, dessen Wichtigkeit in keiner Weise anzuzweifeln ist:

Bei einer Ernte von 11 Millionen Tschetweris hat die Bevölkerung dasjenige Quantum Getreide, was sie unbedingt bedürftig.

1880 betrug die Ernte 5 1/2 Millionen Tschetweris, die Hungersnoth brach aus.

Aber damals wurde das Unglück paralysirt durch die gute Ernte der benachbarten Distrikte. Eine Staatsabvention von 8 Millionen Rubeln genügte, um die Gefahr zu beseitigen.

Das Land war damals noch nicht so erschöpft, wie heute, die Bauern besaßen noch etwas Geldmittel, etwas Vorräthe und, was die Hauptsache, es war noch Futter vorhanden für das Vieh.

Im Jahre 1889/90 wurde das Gouvernement Saratow aufs Neue von einer Misere betroffen. 1889 betrug die Ernte 10 1/2 Millionen, im Jahre 1890 9 Millionen Tschetweris.

Große pekuniäre Unterstüßungen machten sich nöthig, die öffentlichen Vorräthe wurden aufgebraucht.

Die Ernte dieses Jahres bleibt hinter der von 1880 zurück (also unter 5 Millionen). In mehreren Orten hat man nicht einmal die Aussaat zurückgehalten.

Das Sommerkorn ist vollständig verloren, es giebt weder Heu noch Stroh; das Vieh ohne Futter; die Bevölkerung ohne Brot, ohne Holz; alle Geldmittel erschöpft, vollständiger Mangel an Korn. Die Arbeitslosigkeit nimmt überhand, in den Nachbarprovinzen herrscht dieselbe Noth.

Beurtheilen Sie nun selbst den Grad der Misere.

Kojitch,

Präsident des Regierungskomitees der Provinz Saratow.

Korrespondenzen und Parteianrichten.

Die Diebeselder „Volkswacht“ schreibt in einem Heft über die Aufgaben des Parteitag:

Die Sozialdemokraten des östlichen Westfalens und der beiden Lippschen Fürstenthümer, die in der „Volkswacht“ ihr Organ erblickten, sind, wie aus allen Randgebungen in der Presse sowohl wie in zahlreichen Versammlungen im Laufe der letzten Monate sich ergibt, im großen und ganzen mit dem von unserm Parteivorstand ausgearbeiteten Programm-Entwurf einverstanden. Auch ist in dem Westkreise der „Volkswacht“ niemals eine Stimme laut geworden, welche sich für die Verichtigung einer Opposition, wie sie gewisse Berliner Genossen beliebt haben, erhoben hätte; im Gegentheil giebt es unsere Genossen im östlichen Westfalen, der seine Anschauungen über die innerehaltende Taktik nicht im Einklang stehend gefunden hätte mit den Darlegungen, welche an andern Orten von Mitgliedern des Parteivorstandes über diesen Punkt gemacht wurden und welche in den Spalten der „Volkswacht“ ausführlich wiedergegeben werden sind.

Mendwalde. In einer für den Reichstags-Wahlkreis Friedeburg-Arnswalde einberufenen öffentlichen Volksversammlung referirte Genosse Willarg aus Berlin über den Entwurf des Programms und den Parteitag in Erfurt. Die Versammlung, in welcher auch eine ganze Anzahl Gegner anwesend waren, folgte in muhwilliger Ruhe den Ausführungen des Referenten, dessen Ausführungen auch auf die Verhältnisse in der Landwirtschaft Bezug nahmen und mit reichem Beifall aufgenommen wurden. Gegner meldeten sich trotz mehrmaliger Aufforderung nicht zum Wort. Es wurde dann folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Versammlung ist im großen und ganzen mit dem Entwurf einverstanden und überläßt es dem Parteitag, ein Programm zu schaffen zum Wohle und ferneren Gedeihen unserer durch die bisherige bewährte Taktik immer größer und kräftiger sich entwickelnden Partei.“ Dann referirte Genosse Willarg über die Kornölle und die Reichsregierung. Auch hierzu meldeten sich keine Gegner trotz geförderter Aufforderung und obwohl ihnen vollste Rede- und Antwortfreiheit gegeben worden war. Die Protestresolution gelangte dann ebenfalls einstimmig zur Annahme. Hieran wurde Genosse Willarg zum Delegirten für den Erörterung Parteitag einstimmig gewählt. Sodann wurde auf die „Märkische Volksstimme“ aufmerksam gemacht und empfohlen, daß jeder Arbeiter dieselbe abonniren sollte; die Landarbeiter könnten in diesem Blatte alle Mängel, Schäden, Bedrückungen, Maßregelungen etc., welche sie von den Grundbesitzern erleiden, unverzüglich der Redaktionsleitung übergeben. Weiter beschloß die Versammlung dem jetzigen Reichstags-Abgeordneten des Kreises folgende Resolution übermitteln zu lassen:

Der Abg. v. Meyer wird hierdurch aufgefordert, den Wählern des Kreises einen mündlichen Rechenschaftsbericht über seine Thätigkeit im Reichstage in öffentlichen Versammlungen zu geben und den Wählern zu zeigen wie er den Kreis nach „seiner Ansicht“ fernzuehnen zu vertreten gedenkt.

Die imponent verlaufene Versammlung endete mit einem donnernden Hoch auf die revolutionäre, internationale, völkerebefreiende Sozialdemokratie.

Die Sozialdemokratie des 44. badischen Landtags-Wahlkreises hielt am Sonntag in Friedrichsfeld eine aus allen Orten des Kreises zahlreich besuchte Parteikonferenz ab. Dieselbe erklärte sich von dem Ausfall der Landtagswahl hochbedrückt, protestirte gegen das neulich geschilderte Vorgehen des Wahlkommissars Frech gegenüber unserm Genossen Dressbach, erklärte sich mit dem Programm-Entwurf des Parteivorstandes einverstanden und sprach über das Verhalten der sogenannten Berliner Opposition ihre Enttäuschung aus. Die Vertretung des Kreises auf dem Parteitage wurde Dressbach übertragen.

Recht sympathisch urtheilt im „Braunschweiger Volkskalender“ der Pastor H. Kühne über die Sozialdemokratie:

Vor zwanzig, ja noch vor zehn Jahren hätte man bei uns im lieben Deutschland gemeint, Handel und Wandel müßte untergehen, wenn er am Sonntag still stünde; jeder Kaufmann müßte bankrott machen, der am Sonntag seinen Laden schloß. Ganz selbstverständlich war's, daß nicht nur der Inhaber des Geschäftes am Sonntag seine Briefe las und beantwortete, nein, er verlangte als etwas, worüber gar kein Zweifel bestehen konnte, daß seine Untergebenen mindestens den Morgen, manchmal den ganzen Tag im Komtoir arbeiteten oder hinter dem Ladenthisch standen. Und so war's ganz selbstverständlich, daß auch die Güterzüge am Sonntag gehen mußten; der Schaban wäre ja ganz unerträglich gewesen, wenn manche bestellte Waare einen Tag später angelangt wäre. Damals haben ernste Christen, gestützt auf Gottes Wort, getrieben aus Liebe zu den vielen Sonntagskloßen, die doch auch Christen waren und bleiben wollten, begonnen, ernstlich zu arbeiten und zu wirken, sie haben einen langen, schwierigen Kampf begonnen, um die Sonntagstheiligkeit zu erobern, nicht nur für die Großen und Reichen, sondern auch für die Armen und Schwachen. Ganz unsonst ist ja die Arbeit nicht gewesen, und doch, wie lange hätte es wohl noch gedauert, bis wirklich die öffentliche Meinung umgestimmt worden wäre! Da kam den Christen eine Hilfe, an die damals nur wenige gedacht haben, das war die Sozialdemokratie. Mit lauter, jubringlicher Stimme, nicht schächtern und bescheiden, wie man's an den Verächtern des Sonntags bisher gewohnt gewesen, sind sie gekommen, die Herren Sozialdemokraten: Wir verlangen den Sonntag, wir verlangen ihn als unser Menschenrecht! Der arme Mann, der die ganze Woche in harter Arbeit gewesen ist, der in der Fabrik sich müde gearbeitet hat an Leib und Seele, er hat ein gutes Recht darauf, daß er nach sechs Tagen einen freien Tag hat, daß er neue Kräfte sammle, daß er mit den Seinen zusammen lebe, daß er sich an seinen Kindern freue, daß er auch einmal hinangehe in Gottes freie Welt, ein grünes Kornfeld sehe, im Walde die Vögel singen höre, an Blumenduft und Waldedrauschen sich erzeue und die Seele sich gesund habe. Haben sie recht? Ja, und tausendmal ja! Es ist ja freilich wahr, die Welt und Weise, wie sie ihre Forderungen aussprechen, ist nicht immer wohlthuend, nicht immer bescheiden; aber wir müssen Nachsicht haben, träten sie gar zu schächtern auf, so würde man auch nicht einmal mit halbem Ohre auf sie hören.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Oeffentliche Sitzung vom 15. Oktober.

Vorsitzer Dr. Strud eröffnet die Sitzung um 6 1/2 Uhr. Die Tagesordnung beginnt mit der Vorlage, betreffend die Erhöhung der Hundsteuer und den Entwurf zu einem neuen Regulator für die Erhebung dieser Steuer. Stadtv. Dr. Gerkenberg erstattet hierüber Namens des Ausschusses Bericht. Es sind in dieser Sache mehrere Petitionen eingegangen, einerseits wird gebeten, die Hundsteuer „im Interesse des Vaterlandes“ überhaupt nicht zu erhöhen, andererseits wird nur eine Höherbestimmung der größeren Hunde gewünscht, während die kleineren nach wie vor besteuert werden sollen. Der Ausschuss hat aus den schon bekannten Gründen mit allen Stimmen gegen eine Beschloßen, der Versammlung die Annahme des Magistratsantrages, also die Erhöhung der Hundsteuer auf 20 M. vom 1. April 1892 ab zu empfehlen.

Stadtv. Spinola empfiehlt, die Vorlage zur nochmaligen Berathung an den Ausschuss zurückzuweisen. Er hält die vorgeschlagenen Beschloßnahmen nichtvertheuert Hunde für eine außerordentliche Härte und rügt außerdem, daß nicht darauf Bedacht genommen ist, daß solche Hunde, welche den medizinischen Versuchsanstalten dienen, von der Steuer befreit sein sollen.

Stadtrath Weiste bemerkt, daß der Magistrat gegen einige redaktionelle Aenderungen nichts einzuwenden haben würde, er würde sich aber entschieden gegen die §§ 16, 19 und 25 aussprechen, da hierdurch nur die Freiwunde und die Freimarken vermehrt werden würden, und die Bestimmung in Betreff des Jahres der Hunde an der keine eine große Vertheuerung herbeiführen würde.

Stadtv. Horwiz tritt ebenfalls für eine nochmalige Berathung im Ausschusse ein, wobei jedenfalls noch neue Gesichtspunkte zur Sprache gebracht werden würden. Er meint auch, daß ein Unterschied gemacht werden müsse zwischen den kleinen unvorjünglichen Schoßhündchen und den großen Bestien, welche gewissermaßen nur ein Ausdruck eines gewissen Hochmuths seien und große Unzutuglichkeiten herbeiführen. Daß in Falle einer Meldekonvention der Hund laßirt werden solle, halte er ebenfalls für eine nicht zu billige Bestimmung.

Stadtv. Spinola ergänzt seinen Antrag dahin, daß der Ausschuss um noch 15 Personen vermehrt werde.

Stadtv. Wortmann führt aus, daß ein zu machender Unterschied zwischen großen und kleinen Hunden eine noch größere Befähigung für die Hauswirthe herbeiführen würde, wie ein Einheitssteuern. Er stellt nicht ein, daß eine nochmalige Berathung ein anderes Resultat herbeiführen würde.

Die Stadtv. Beckh, Löwel und Esmann machen noch einige Gesichtspunkte geltend, welche dem Ausschusse zur Erwägung empfohlen werden.

In Ausschusse haben sich Einwendungen gegen den § 9 erhoben, welcher den Hauseigentümer verpflichtet, zweimal im Jahre das Formular zur Aufnahme der Hunde seines sämtlichen Wirthes vorzulegen und sodann auch noch die Wichtigkeit des ausgefüllten Formulars zu beschleunigen.

Gegen diesen Paragraphen wendet sich der Stadtv. Kallmann. Er hält diese Verpflichtung für zu hart. Der Hauseigentümer erfüllt gewiß gern alle Pflichten, die der Magistrat ihm auferlege, aber es müsse doch auch seine Grenzen haben. Ebenso zu könne man dem Hauseigentümer aufgeben, für die Führung der Inquilitten, Schulpflichtigen und militärisch Dienstpflichtigen Sorge zu tragen.

Stadtv. Wohlgemuth ist ebenfalls gegen diese Ausdehnung des Hausbesitzers, die so schon Lasten genug zu tragen hätten.

Stadtv. Jubel führt aus, daß das Regulator keineswegs geeignet sei, der Hundekalamität ein Ende zu machen. Die Besitzer der großen Haushunde würden ihre Thiere nicht abschaffen, wenn die Steuer auch auf 50 M. erhöht würde. Er bitte aber, daß auch die sogenannten „diplomatischen“ und „militärischen“ Hunde mit versteuert würden, er sehe nicht ein, warum deren Besitzer nicht ebenso gut herangezogen werden sollten, wie der Bürger. Er stimme daher dem Antrag Spinola zu und bitte, in der erneuten Berathung seine Bedenken zu berücksichtigen.

Nach einem Schlussworte des Berichterstatters wird zur Abstimmung geschritten und der Antrag Spinola angenommen. Die Vorlage wird somit in einem vermehrten Ausschusse von Neuem berathen werden.

Die Vorlage betr. die Erwerbung des zur Verbreiterung der See- und Müllerstraße erforderlichen Grundstücks Müllerstr. 14a wird angenommen.

Die Vorlage, betr. die Uebertragung der St. Thomas-Kirche und des Pfarrhauses am Mariannen-Ufer Nr. 1 an die St. Thomas-Kirchengemeinde wird einem Ausschuss überwiesen.

Es wird ferner beschloßen, daß die in gemeinschaftlicher Sitzung beider Gemeindebehörden zu beweisende Wahl der Mitglieder und Stellvertreter für die Einkommensteuer-Berufungskommission in der nächsten Sitzung vorzunehmen.

Schluss der Sitzung 6 1/2 Uhr.

Theater.
 Freitag, 16. Oktober.
Opernhaus. Der Trompeter von Säckingen.
Schauspielhaus. Nathan der Weise.
Berliner Theater. Schuldig.
Deutsches Theater. Nathan der Weise.
Lesing-Theater. Eine Geldheirath.
Residenz-Theater. Von Dreien der Glückliche. — Vorher: Besuch nach der Hochzeit.
Wallner-Theater. Telefon-Nr. 17.
Friedrich-Wilhelmstadt Theater. Der Vogelhändler.
Thomas-Theater. Herr und Frau Doktor. Hierauf: Der Präsident.
Ostend-Theater. Marianne, ein Weib aus dem Volke.
Gesellschafts-Theater. Jung-Deutschland zur See.
Adolph Ernst-Theater. Der große Prophet.
Alexanderplatz-Theater. Schwarze Brüder.
Feenpalast. Spezialitäten-Vorstellung.
Gebrüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.
Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.
Konkordia-Palast-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Eisbühnen. Theater und Spezialitäten-Vorstellung.

Theater d. Reichshallen
 Neues Programm.
Die Brüder Beijo
 und ihr Wunderthier.
The Sunbeams.
 Großer Erfolg!
Chas Haydn.
 Mr. Rollinson.
The Avolo Boys etc.

Gratweil'sche
Bierhallen.
 Kommandantenstr. 77-79.
 Heute sowie täglich:
 Auftreten der
Hamburger Gaudebrüder
 Konzert- und Klavierfänger.
 Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr, Sonntags
 6 Uhr. Entree: Wochentags 10 Pf.,
 Sonntags 25 Pf.
 Empfehle meinen berühmten **Mittags-**
tisch à la Duval. 3 Regeldamen
 6 Willards, 2 Sätze. 1169L

Stabliement Buggenhagen
 am Moritzplatz.
 Täglich:
Unterhaltungs-Musk.
 Direktion A. Ködman.
 Dienstag und Freitag: Walzer-Abend.
 Großer Frühstücks- und Mittagstisch.
 Spezial-Ausichau von Vahenbofer
 Export-Bier, Seidel 15 Pf.
 641 **F. Müller.**

Passage-
Panopticum
 und
Theater
Variété
 I. Ranges
 50 Pfennig.

Brinzen **Bauline,**
 die lebende Puppe in
Castan's Panopticum
 ohne
Extra-Entree.
 Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.
Fräuscher's anatomisches
MUSEUM
 Kommandantenstr. 80-81.
 Tägl. von früh 9 u. Ab. 10
 für erwachs. Herren.
 Dienstag u. Freitag: Damentag.
 Entree 50 Pf., Militär 25 Pf. 1421L

Welt-Restaurant,
 Dresdenstr. 97.
 Täglich **Hordd. Säng.**
 II. Saal Austr. d. Damen Fr. Goitzsch,
 Fr. Leander und des Frn. Schröder
 und Elmano.
 Anf. 7 Uhr. Entree 15 Pf., Sonnabend
 20 Pf., Sonntag 30 Pf. inkl. Progr.
 4 Regels, 3 Billards, 3 Orchestrions.

Feen-Palast
 Burgstraße, neben der Börse.
Spezialität-Theater I. Ranges.
 Anf.: Wochentags 7 1/2 Uhr. Entree 50 Pf.
 Sonntags 6 1/2 75

Circus Renz.
 Pariserstr.
 Freitag, den 16. Oktober, Abends
 7 1/2 Uhr: „Auf Helgoland“, oder
 „Ebbe und Fluth“, große hydrolog.
 Ausstattungs-Pantomime in 2 Akten,
 mit National-Tänzen (60 Damen), Auf-
 zügen u., Dampf-Schiff- und Boot-
 fahrten, Wasserfällen, Rosen-Fontänen
 mit allerlei Lichteffekten etc., arrangirt
 u. inscenirt vom Dir. E. Renz. Kunst-
 schwimmerinnen 3 Geschw. Johnson.
 Neue Einlage (eine nationale Sängers-
 gesellschaft). Schluss-Tableau: Grande
 Fontaine lumineuse, in einer Höhe
 von mehr denn 80 Fuss ausstrahlend.
 Außerdem: Zyska, Zants, Dubosz
 und Bravo, arab. Vollblut-Schimmel-
 hengste, zusammen vorgef. von Herrn
 Franz Renz. Schulpferd Johanniter,
 ger. v. Fr. Oceana Renz. Kaudolaber,
 ger. von Herrn Ernst Renz (Enfel).
 Mlle. Thoresina auf d. 20 Fuß hohen
 Drahtseil. Mlle. Marie Chiarini, Pi-
 rouetten u. Pferde. Auftreten d. Reit-
 künster Herrn Adolf Delbosq, F. Chia-
 rini, Alex Briatore u. Kom. Entrées
 und Intermezzos von sämtl. Klowns.
 Täglich: „Auf Helgoland“.
 Sonntag 2 Vorstellungen: Nachm.
 4 Uhr (1 Kind frei) „Aschenbrödel“.
 Abds. 7 1/2 Uhr: „Auf Helgoland“.
E. Renz, Direktor.

Mittagsstisch, Herren 50 Pf. mit
 Bier; Damen, separat, 35 Pf.,
 Skalitzerstr. 34. 2086B

Allgemeine öffentliche Versammlung
 der **Stereotypen** und der in Stereotypen
 beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgeg.
 am Sonntag, den 16. Oktober d. J., Vormittags 11 1/2 Uhr, im
 Dresdener Garten, Dresdener-Strasse No. 45.
 Tages-Ordnung:
 1. Stellungnahme der Stereotypen zur Tarifbewegung der Buchdrucker.
 Referent Herr Polinski. 2. Diskussion. 3. Bericht des Delegirten zur
 Berliner Streik-Kontrollkommission. — Die Buchdrucker werden gebeten,
 den Stereotypen es zur Pflicht zu machen, diese Versammlung
 zu besuchen. 1436L
Der Einberufer.

Große öffentliche Versammlung
 der **Töpfer Berlins und Umgeg.**
 am Montag, den 19. Oktbr., Vorm. präz. 9 Uhr,
 im Lokale des Herrn Josi, Andreas-Strasse No. 21.
 Tages-Ordnung:
 1. Bericht der Kommission über die Erhebung betreffs der Fenster-
 frage. 2. In welcher Weise bringen wir unsere Forderung zum Durchbruch?
 NB. Die Kollegen werden hierdurch nochmals auf den Beschluss der
 letzten Versammlung aufmerksam gemacht, von jedem Bau einen Delegirten
 am Sonnabend, den 17. d. M., Abends von 6 Uhr ab nach Rosenstraße 30
 bei Wernau zu senden, um die gewünschten Angaben zu machen. 316/20
J. A.: Carl Thiem.

Fachv. d. Marmor- u. Granitarbeiter.
 Sonntag, den 18. Oktober, Vorm. 10 1/2 Uhr,
 in „Deigmüller's Salon“, Alte Jakob-Strasse No. 48 a 1
Mitglieder-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag. Referent Herr Behrau. 2. Diskussion. 3. Viertel-
 jahres-Abrechnung. 4. Verschiedenes.
 Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.
 230/7

Verband der Vergolder, Goldleistenarbeiter und Bernisgen.
 (Filiale Berlin).
 Montag, den 19. Oktober, Abends 8 Uhr, bei Scheffer, Inselstr. 10:
Monats-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag von Herrn Dr. med. Prandenthal über: „Geschlechtskrank-
 heiten.“ 2. Diskussion. 3. Kassenbericht. 4. Verschiedenes.
 Um zahlreiches Besuch bittet
Die Ortsverwaltung.
 Alle diejenigen Verbandsmitglieder, welche ihr Verbandsbuch noch nicht
 haben absteampeln lassen, ersuchen wir, dies in der Versammlung zu thun. —
 Die Vertrauensmänner, welche noch nicht im Besitz von **Billets zur Matinee**
 sind, können solche in der Versammlung in Empfang nehmen. 326/15
Wechselt die Bibliothek-Bücher! **D. O.**

Verband der Möbelpolierer Berlins u. Umg.
 Montag, den 19. Oktober cr., Abends 7 1/2 Uhr, bei **Bolzmann,**
 Andreas-Strasse Nr. 26:
General-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Bericht des Vorstandes. 2. Vierteljahres-Kassenbericht. 3. Bericht
 der Fachkommission. 4. Anträge. 5. Ergänzungswahl für ausscheidende Vor-
 stands- und Kommissionsmitglieder. 6. Geschäftliches.
 Diejenigen, welche noch Billets vom Stiftungsfest abzurechnen haben,
 werden ersucht, dieses spätestens bis Sonntag Vormittag 10 Uhr bei dem
 Kollegen Georg Honnig, Postenwalderstr. 9, vorz. IV, bewirken zu wollen, da
 die Abrechnung in obiger Versammlung erfolgt. 232/2
Der Vorstand.

Achtung!
Verband deutscher Gold-, Silber-Arbeiter und Bernisgenossen.
 Sonntag, den 18. Oktober, Mittags 12 Uhr:
Grosse Matinée
 (Vorstellung und Konzert)
 in Kaufmann's Variété (Stadtbahnhof Alexanderplatz).
 Auftreten des gesammten Künstler-Personals.
Der Rein-Ertrag 160/17
 ist zu einem wohlthätigen Zweck bestimmt.

Schuhwaaren eigener Fabrik.
 Allen Freunden und Genossen empfehle mein reichhaltiges Lager jeder
 Art **Schuhwaaren** zu bedeutend herabgesetzten Preisen, führe nur gute Hand-
 arbeit und verkaufe **Herrn-Stiefel** von 5,50 M. an, Damen-Lederstiefel
 von 4,75 M. an, sowie jeden andern Artikel sehr billig.
C. Hübner, Rosenthalerstr. 13.
 76P

Circus G. Schumann.
 Friedrich-Narlf-Isler, Ecke Pariserstr.
 Freitag, den 16. Oktober, Abends
 7 1/2 Uhr: **Gr. Klown-Vorstellung.**
 Wer sich amüsiren will, muss heute
 kommen!
 !!!! Heute lacht Alles!!!!
 Besonders hervorzuheben wird:
 Cancan à la Parisienne u. 8 Klowns.
 Auftreten der beliebtesten Klowns Little
 Fred und Tanti mit mehreren neuen
 Entrées. Komisch-musikalisches Entree
 des Klowns Chianchi Höchst kom.
 Entree der Miniatur-Klowns Nipp u.
 Tripp u. c.
 Ferner Auftreten d. Reikünstlerinnen
 Miss Adams, O'Keers, Adelo u. Emma
 Hodgini, Florence u. Victoria. Neue
 Original-Dressur! Zum ersten Male
 in Berlin. Potpourri, mit 6 Pferden,
 dress. u. vorgef. v. Herrn Ernst Schu-
 mann. 2 Athleten zu Pferde, Mr.
 Hodgini u. Bedini. Rococo-Quadrille,
 ger. v. 16 Damen. Tandem m. 4 Schul-
 pferden, ger. von Ernst Schumann.
 Doppel-Jockey, Mr. Joe Hodgini und
 Victor Bedini. Ringlet, engl. Spring-
 pferd, ger. v. Fr. Adolo Schumann.
 Zum 14. Male: Eine Nacht in
 Venedig. Neuente Original-Wasser-
 Pantomime in 2 Akten mit
 sensationellen Licht- und Wasser-
 effekten.
 Morgen: Große Vorstellung. Eine
 Nacht in Venedig.
 Sonntag 2 Vorstellungen: Nachm.
 4 und Abends 7 1/2 Uhr.

Sozialdemokratischer Wahlverein
 für den 5. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
General-Versammlung
 am Freitag, den 16. Okt., Ab. 8 Uhr, im Lokale des Frn. **Pyrtich,** Gypstr. 3.
 Tages-Ordnung: 1. Rechenschaftsbericht des Vorstandes. 2. Kassen-
 bericht. 3. Wahl des gesammten Vorstandes. 4. Verschiedenes. — **Mit-**
gliedskarte legitimirt. Es ist Pflicht aller Mitglieder, in dieser Ver-
 sammlung zu erscheinen. 385/4
Der Vorstand.

Verband der deutschen Glasarbeiter
 (Lokal-Verband Berlin).
 Am Sonnabend, den 17. Oktober 1891, in **Orschel's Ball-Salon,**
 Sebastian-Strasse 39:
Erstes Stiftungsfest
 unter gütiger Mitwirkung des Gesangvereins „Wiederhall“, des Gesangs-
 komikers **Herrn Rusch.** Festrede, gehalten von Stadt. **Fritz Zubeil.**
 Anfang 8 Uhr.
Billets sind noch zu haben bei **Fritz Zubeil,** Naunynstr. 86.

Berein der Einseker (Tischler).
Ausserordentliche General-Versammlung.
 Sonntag, den 18. Oktbr., Vorm. 10 1/2 Uhr, **Neue Friedrichstr. 44.**
 Tages-Ordnung:
 1. Fortsetzung der Statutenberathung. 2. Verschiedenes. 3. Fragekasten.
 NB. Der Arbeitsnachweis des Vereines befindet sich nur **Neue Friedrich-**
straße 44 im Restaurant (Abends 8-9, Sonntags Vorm. 10-12 Uhr).
Der Vorstand.
 145/20

Leseklub „Carl Marx“.
Bersammlung für Männer u. Frauen
 am Sonntag, den 18. Oktober, Abends 6 Uhr,
 im kleinen Saale der Berliner **Brauerei am Tempelh. Berg.**
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Herrn **Zedebour** über: „Die kulturelle Bedeutung der
 proletarischen Bewegung.“ Nachdem gefellige Unterhaltung und Tanz.
Der Einberufer.
 356/20

Achtung! Charlottenburg. Achtung!
Gr. öffentl. Kommunalwähler-Versammlung
 am Montag, den 19. d. M., Abends 8 1/2 Uhr,
 in der „**Gose-Brauerei**“, Wall-Strasse No. 46.
 Tages-Ordnung:
 1. Die bevorstehenden Kommunalwahlen. Referent: **Stadtverordneter**
Otto Klein. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Entree 10 Pf. Um recht
 zahlreichen Besuch bittet
Der Einberufer.
 370/17

Maler, Lackirer und
Austreicher.
 Freitag, den 16. Oktober, Abends
 8 1/2 Uhr, bei **Gründel,** Dresdener-
 Straße 116:
Komb. Mitgliederversammlung
 sämtl. Filialen Berlins.
 Tages-Ordnung:
 1. Stellungnahme zur Fachschule.
 2. Reise-Unterstützung.
 3. Abrechnung vom Sommer-Fest der
 Filialen. 213/11
 4. Verschiedenes. **Albert Kube, Memelerstr. 2.**

Bereinigung
d. Drechsler Deutschlands.
 Sonnabend, den 17. Oktbr. 1891,
 bei **Gründel,** Dresdenerstraße 116:
Gemüthliches
Beisammensein,
 verbunden mit **Tanz.**
 Anfang 8 Uhr. Entree frei.
 Hierzu ladet alle Kollegen freund-
 licher ein **Das Komitee.**

Zentral-Kranken- u. Sterbefälle
 der **Maler u. j. W.**
 (E. D. 71, Hamburg. Filiale IV, W.)
Bersammlung
 am Freitag, 16. Oktober, Abds. 9 Uhr,
 im Restaurant **Hämmerle,** Wilowstr. 59.
 Tages-Ordnung:
 1. Kassenbericht. 2. Verschiedenes.
Die örtl. Verwaltung.
 220/4

Krankengeld-Zuschuss- und Be-
gräbniss-Kasse der Berliner
Knopfarbeiter.
 Sonntag, 18. Okt., Vorm. 10 1/2 Uhr,
 bei **Saager, Grüner Weg 29:**
Ausserordentliche
General-Versammlung.
 Tages-Ordnung: 1. Vierteljahr-
 licher Kassenbericht. 2. Innere Kassen-
 angelegenheit. 3. Verschiedenes.
 Es ist Pflicht der Mitglieder zahl-
 reich zu erscheinen. **Der Vorstand.**
 2085B

Reinickendorf.
Fachverein der Bau- und
gewerbl. Hilfsarbeiter für
Reinickendorf und Umg.
 Sonntag, den 18. Oktober, Nachm.
 2 Uhr, im Lokale des Frn. **Lüdicke,**
 Amendstr. 1:
Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag über „Geschichtsaufklärung“.
 Referent: **Herr Adolf Thal.** 2. Dis-
 kussion. 3. Vereinsangelegenheiten und
 Verschiedenes. — Gäste willkommen.
 199/3
Der Vorstand.

Arbeitsmarkt.
 Ein tüchtiger **Möbelpolier** wird
 verlangt **Neue Schönhauserstr. 11.**
Bergoldergehilfen, Farbigmacher, Ber-
silberer verlangt **Marionnenplatz 13.**
Hierzu zwei Beilagen.

Orientalischer Rauch-Klub
 (Spar- und Kreditverein).
 Sonnabend, 17. Oktober: **Viertes**
Stiftungsfest in **Schröder's Salon,**
 Manteuffelstr. 9.
 Freunde und Gönner sind hierdurch
 freundlichst eingeladen. 2084B

Berein d. Sattler u. Sattgen.
 Sonnabend, 17. Okt., Abds. 8 1/2 Uhr,
 im **Dresdener Garten, Dresdenerstr. 45:**
Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag über: „Konventionelle
 Sagen.“ Referent: **Fr. Plan.** 2. Dis-
 kussion. 3. Verschiedenes. 263/2
 Hierzu ladet ein **Der Vorstand.**
 NB. Am Sonntag, den 25. Oktober:
Gemüthliches Beisammensein im
 Vereinslokale „**Dresdener Garten**“.

Hiermit die traurige Nachricht, daß
 unser Mitglied
Fr. Wichmann
 am Sonntag, den 11. Oktober, in der
 Charitee gestorben ist. Wir verlieren
 in ihm einen guten, treuen Sanges-
 bruder, dessen Andenken wir stets in
 Ehren halten werden. 2087B
Der Gesangverein
 „**Kreuzberger Harmonie**“.

Möbel, Spiegel und
Polsterwaaren.
Ganze Ausstattungen empfiehlt
Moritz Gläser, 1093L
167. Reichenbergerstr. 167.

Erleben's
Vapier- und Schulbuchhandlung
 Lederwaaren, Galanterie, Zigarren-
 und Zigarettenhandlung **Markenstr. 11.**
 Gele der **Wallnertheater-Strasse,** emp-
 fiehlt sich der geneigten Beachtung.
Holzschuhe, Filzschuhe und
Pantoffeln eigener Fabrik in guter
 Qualität und großer Auswahl, sowie
Stirol-Niederlage aus Erfurt m. Kon-
 trollmarke empfiehlt
Chr. Geyer,
 1248L) **Oranienstraße 202.**

Bücher, Konversations-Perika, Kunst
Antiquar., ganze Bibliotheken, faust
A. Hannemann, Kochstr. 56, Sprr. I. 4027.
Golz-Marmor-Malen. Unterricht
 ertheilt **P. Lozynski, Gitschinerstr. 55.**

Vereinszimmer mit Piano sofort
 zu vergeben **N., Putzbuschstr. 35.**
Vereinszimmer (25-30 Pers.), sep.
 a. v. i. **Hufarenfelder, Wassergasse 12.**
Vereinszimmer mit Piano zu ver-
 geben. **Jglsch, Skalitzerstr. 76.**

Parkeitag

der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

1. Verhandlungstag.

Erfurt, 13. Oktober. Kurz nach 1/4 Uhr eröffnet Singer die Verhandlungen mit der kurzen Inhaltsangabe der unseren Lesern bekannten Adressen der französischen und spanischen Arbeiterpartei und der Mitteilung, daß Begrüßungsgramme aus Berlin, Jheho, München, Kirchheim-Boland, Freiburg i. Br. und Stettin, sowie ein Begrüßungsschreiben des deutschen sozialistischen Leseklubs zu Paris eingetroffen sind.

Von den Bruderparteien des Auslandes ist die österreichische durch zwei Delegierte, Czernak und Neumann (Dr. Adler tritt erst am Freitag ein), die holländische durch Vanderhug vertreten.

Singer beifolgt die Gäste willkommen. Die deutsche Sozialdemokratie betrachte die Erfüllung ihrer internationalen Verpflichtungen als eine ihrer ersten Aufgaben. Die auswärtigen Genossen würden erkennen, daß der Geist internationaler Brüderlichkeit bei uns der alte geblieben ist.

Es wird in die Tagesordnung eingetreten. Erster Punkt der Tagesordnung ist der Geschäftsbericht des Parteivorstandes. Berichterstatter ist J. Kuer.

Kuer: Welche Genossen! Wie vor Erlass des Sozialistengesetzes hat es der Parteivorstand für das Nichtigste gehalten, seinen Bericht den Genossen gedruckt vorzulegen. Ich bin zwar nicht Songuiniller genug, anzunehmen, daß alle Genossen in der kurzen Zeit den Bericht gelesen haben werden, zumal andere Menschen interessanter Natur vorliegen. Aber die Mehrzahl wird es gelesen haben. Die Zeit ist kostbar und ich beschränke mich deshalb auf kurze Erläuterungen. Was die Geschäfte des Vorstandes betrifft, so war Grundgesetz prompte Erledigung. Deshalb wurden zunächst zwei Sitzungen für die Woche festgesetzt, die später häufig auf drei erhöht wurden. Regel war, alle Eingänge, welche bis zum Tage der Sitzung vorlagen, zu erledigen. Die erledigten Briefe wurden dem Sekretariat überliefert. Möge diese Gewohnheit von allen Genossen, welche Briefe des Vorstandes erhalten, befolgt werden. Der Umfang des Berichtes zwischen Vorstand und Genossen war recht beträchtlich. Er erstreckte sich über die ganze Partei. Einzelne Orte hatten besonders lebhaften Verkehr. Wir stehen mit 879 Orten in Verbindung; freilich giebt diese Zahl noch lange nicht die Zahl der Orte an, wo Parteigenossen, organisierte Parteigenossen, leben. Die Arbeit unserer Arbeiterkorps ist in bester Ordnung, eine wesentliche Leistung, die seit dem Sozialistengesetz, dessen hauptsächlichste Aufgabe die Fortführung der Organisation war, in elf Monaten fertig gebracht wurde. Der schriftliche Verkehr zwischen Parteikomitee und Genossen ist in der Gesamtzahl der Briefe nicht mit einbezogen. Durchschnittlich hat er pro Tag 4 bis 6 Briefe in Partei-Organen empfangen und erwidert.

Die Geschäftsführung ist nicht bloß auf die fünf Vorstandsglieder beschränkt gewesen. Bei besonders wichtigen Parteilaktionen sind die ständigen Kontrollkomitee hinzugezogen worden. Bei allen diesen Sitzungen wurde stets volle Uebereinstimmung erzielt. Keine Majoritätsfrage!

Kuer zur Agitation. Sie ist im gedruckten Bericht eingehend behandelt worden. Trotzdem werden hier Klagen und Wünsche ausgeäuert. Deshalb einige allgemeine Momente gegen die Verechtigung dieser Klagen. Zunächst ist erst verhältnismäßig kurze Zeit seit dem Sozialistengesetz verstrichen. Eine Agitation in dem Umfang wie vor dem Sozialistengesetz war unter dem Sozialistengesetz unmöglich. Deshalb fehlte dem Vorstand volle Kenntnis der zur Agitation geeigneten Personen. Mangel an geeigneten Persönlichkeiten, Mangel an Kenntnis der solcher Mann hat manchen Wunsch um seine Erfüllung gebracht. Die Provinz sagt: In den großen Städten sind sehr viel Agitatoren vorhanden. Vergessen wird, welche große Anforderungen die Agitation in den großen Städten selbst stellt. Selbst in Berlin ist kein Ueberfluß an geschickten Rednern vorhanden, obwohl in Berlin die Lust und Befähigung zur Debatte sehr groß geworden ist. (Heiterkeit.) Viele werden durch ihre sozialen Verhältnisse verhindert. Manche tüchtige Männer sind zu beschließen zum Proletat; bei anderen steht das Können im Mißverhältnis zum Willen. Auch in Berlin ist es schwer, Referenten zu bekommen.

Für diejenigen Genossen, die wir ins Land schicken, sind wir verantwortlich. Wir müssen uns also in der Auswahl beschränken. Dem Vorwurf der Gewissenlosigkeit wollen wir uns nicht aussetzen und haben es auch nicht getan.

Klagen alle für die Agitation begabten Genossen ihre Adressen an den Parteivorstand einzuwickeln. Die Ansprache an den Redner sind mit dem geistigen Niveau der Partei gestiegen. Wir wollen einen ordentlichen Redner haben, heißt es von Adressat her. Dabei taucht der Irrtum auf, daß die Reichstags-Abgeordneten Kraft ihres Amtes hervorragende Redner sein müssen. Mancher ist in der Kommission sehr brauchbar, der im Plenum keine glänzende Rede halten kann.

Nicht Abneigung gegen die mündliche Agitation, sondern diese Umstände zwangen uns, manchen Wunsch unberücksichtigt zu lassen. Mit der Zeit wird es besser werden. Agitations- und Debattenschulen sorgen für Nachwuchs. Immer mehr gewöhnen wir uns an das volle Licht der Öffentlichkeit. Mancher Selbstnein wird entdeckt werden, der jetzt noch in der Erde liegt.

Gute Parteilchriften sind stets an allen Kongressen verlangt worden. Wenn es mit dem Beschriebenen gehen wäre, hätten wir eine Musterkarte guter Agitationschriften. Aber Broschüren müssen geschrieben werden. Groß ist die Schwierigkeit, prinzipiell richtig und allen verständlich zu schreiben. Um die Sozialdemokratie zu verteidigen, ist ein gewisses Maß sozialpolitischer Einsicht notwendig. Für uns völlig fremde Elemente ist meiner persönlichen Ansicht nach das gesprochene Wort von höherer Bedeutung als das geschriebene. Trotzdem haben wir volles Sympathie allen Versuchen zugewandelt, gute Broschüren zu verfassen und herauszugeben. Für alle Provinzen und alle lokalen Verhältnisse ist kein allgemeines Flugblatt von einer Zentralkasse heraus möglich. Keinerlei herrschen verschiedene Verhältnisse, denen, wenn man wirken will, Rechnung getragen werden muß. Deshalb sollten die Landesorganisationen der Zentrale diese Aufgabe abnehmen. An Geld aus der Zentralkasse soll es nicht fehlen; nur die Ausführung soll draußen erfolgen.

Aber auch so ist das Möglichste geschehen. Die Gesamtzahl der Flugblätter und Broschüren, die von uns herausgegeben sind, geht in die Tausende. Paderweise ist z. B. die Broschüre Liebknecht's: „Was die Sozialdemokraten sind und was sie wollen!“ ins Land gefendet worden. Und doch ist diese ausgezeichnete Arbeit für manche Kreise, die in ihrer sozialpolitischen Bildung zu weit zurück sind, zu hoch gewesen. „Das verheißt ich nicht!“ rief es.

Deshalb sind Reichstagsreden, die populäre Gegenstände betreffen, in Broschürenform herausgegeben worden. So hat die Rede über Soldateneinrichtungen in ländlichen Kreisen besonders gewirkt; sie ist in Tausenden von Exemplaren verbreitet worden.

Dann die Broschüre über die Landagitator. Auch hier wurde

und gesagt: Die Broschüre ist ein ausgezeichnete Leitfaden für den Landagitator, aber für den Landproletarier zu schwer. Wir können dem in 14-16 Stunden täglicher Arbeit abgerackerten Landarbeiter nicht zumuten, daß er Broschüren liest. Lieft er doch auch nicht die Traktate unserer Gegner! Hier muß das gesprochene Wort helfen. Freilich ist ein geschickter Landagitator schwer zu haben. Dazu kommt der Mangel an geeigneten Lokalen. Deshalb die Erscheinung, daß viele Orte verlangen, wir sollten die Mittel zum Bau eines Versammlungslokals, eines eigenen Hauses bewilligen.

Alle solche Besuche haben wir ablehnen müssen. Die Gesamtsumme, die hierzu nötig, würde weit über unser Vermögen hinausgehen. Was dem Einen recht ist, ist dem Andern billig. Deshalb konnten wir Einzelwünsche nicht berücksichtigen.

Noch ein paar Worte über die Presse! Der „Vorwärts“ hat als Zentralorgan der Partei sehr viel Ueberfluß geliefert. Verechtigten Wünschen auf Abhilfe ist Rechnung getragen worden. Die Berliner Genossen verlangen, daß ihnen ein größerer Einfluß auf den lokalen Theil eingeräumt werde. Der Parteivorstand hat nichts dagegen. Den Berliner Genossen muß bis zu einem gewissen Grade Einfluß auf ihr Blatt eingeräumt werden.

Viele Beschwerden stammen daher, daß die Genossen mit dem Zeitungslesen nicht genügend vertraut sind. Die Hamburger Genossen rätenerweise für Blatt und finden den „Vorwärts“ vortrefflich. Die Berliner loben das „Echo“ und rätenerweise auf den „Vorwärts“. Das Parteiblatt am Orte taugt in der Regel nicht, zum Glück wird es aber gelesen, das Parteiblatt von außerhalb gilt überall als besser.

Stimmt der Kongress zu, so ist der Vorstand einverstanden, daß die Berliner eine Kommission wählen, die in Verbindung mit ihm über das Blatt entscheidet und alle Fragen erörtert. Eine Theilung des Bestimmungsrechtes für den lokalen und den allgemeinen Theil ist schon aus technischen Gründen unmöglich.

Die Opposition hat dem Vorstande mangelnde Unterstützung der lokalen Presse vorgeworfen. Der Vorstand hat nur dem Beschluß des Parteitag's über die Presse gehorcht. Dar der Vorstand in der Bewilligung von Mitteln für die Parteipresse ja, so haben wir uns damit nur auf der vorgeschriebenen Linie bewegt. Und doch müssen wir uns schuldig bekennen. Als die Parteimittel wieder reichlicher flossen und wir uns sagten, daß eine strikte Durchführung des Beschlusses unmöglich war, haben wir reichlich unterhört. Immer wird auf den Königsberger Fall hingewiesen. Dort waren grobe Fehler in der Verwaltung vorgekommen. Aber die Verpflichtung für die Erhaltung des Blattes konnten wir — es war zudem in der ersten Zeit, als die Mittel spärlich waren — konnten wir nicht übernehmen. Die Gründung eines Tageblattes für Königsberg war unbedacht. Nur die Nachwehen konnten wir mildern.

Wieder ist der Wunsch aus dem Ausland laut geworden, ein Wochenblatt zu gründen, in dem sich das ganze geistige Leben widerspiegelt. Die Konkurrenzschwierigkeit für die schon vorhandenen Wochenblätter liegt auf der Hand. Die Angelegenheit muß reichlich erwogen werden. Wir sehen dem Wunsche nicht ablehnend gegenüber. Den Genossen im Auslande fehlt das geistige Band. Die bestehenden Wochenblätter haben ihre Aufgabe nicht erfüllt; besonders gilt dies von einem Wochenblatt, das unter der früheren Redaktion dieser Aufgabe mehr gerecht wurde.

Nun zu dem mangelschlüssen Theil meiner Aufgabe, zur sogenannten Opposition. In Fleisch und Blut ist unserer Partei der Grundgedanke unbeschränkter, freier Meinungsäußerung übergegangen. Sie ist absolut für das Parteileben erforderlich. Auch Wünsche und Beschwerden sind erklärlich und notwendig. Auch bei uns kommen Fehler vor. Aber darum handelt es sich, in welcher Form diese Beschwerden laut werden. Im vorigen Jahr war von Korruption die Rede, in diesem Jahre von Schwarzhörthum und Speichelerei. Tausende sollen nur aus Genuß verurteilt worden sein. Und diese Vorwürfe wurden auf einem Resonanzboden erhoben, der jedes Wort in die entfernteste Gegend warf. Wenn die Genossen draußen im Lande in ihrem Schmerzensschrei über diese Vorgänge immer wieder darauf zurückkommen und entschieden verlangen, daß Wandel geschaffen werde so, kann ich im Namen des Vorstandes aussprechen, daß wir uns dem voll und ganz anschließen. Wir stellen das Verlangen an die Männer der Opposition, ihre Behauptungen zu beweisen. Müssen Sie das nicht, so müssen Sie widerrufen, oder der Parteitag wird den dritten Weg ja zu finden wissen. Beweisen oder widerrufen, sonst ist das Lichtschwert zwischen uns zerschnitten! (Stürmischer Beifall.)

Ein Antrag von Niederauer-Berlin läuft ein: Beantrage, daß in Zukunft bei Gelegenheiten, wie beispielsweise am 1. Mai und ferner bei der Antifornzoff-Agitation, die Resolutions, die bei diesen Gelegenheiten angenommen werden sollen, nicht vom Parteivorstand verfaßt werden und dann den Genossen zur Annahme empfohlen werden sollen, sondern es einer jeden Versammlung zu überlassen sei, ihre eigenen Gedanken in einer Resolution zusammenzufassen.

Der Antrag findet die nötige Unterstützung und wird verhandelt werden. Bebel beantragt, daß alle Anträge, die von den Genossen der verschiedenen Kreise gestellt sind und sich auf Partei und Agitation beziehen, soweit die Parteileitung in Betracht kommt, bei der Berichterstattung des Vorstandes erledigt werden, um einer nochmaligen Diskussion aus dem Wege zu gehen.

Kuerbach tritt für den Antrag ein. Gummel-Frankfurt bekämpft ihn, weil er Verwirrung befürchtet, der von dem Chaos von Anträgen hervorgerufen werden würde.

Der Antrag Bebel wird abgelehnt. Gottfried Schulz-Berlin erstattet hierauf Bericht für die Kontrollkomitee. Er konstatiert, daß im Laufe des ganzen Jahres auch nicht eine Beschwerde an die Beschwerdekommision gelangt ist. Das giebt zu denken, wenn man bedenkt, welche schwere Vorwürfe in Versammlungen erhoben wurden. Drei gemeinschaftliche Sitzungen hielt der Parteivorstand ab, bei denen die Kontrollkomitee zugezogen wurden und in denen wichtige, die Geschäftsleitung betreffende Beschlüsse zu fassen waren. Die Kasse ist von Quartal zu Quartal residirt, die einzelnen Belege sind geprüft und sämtliche Bücher des Kassiers, sowie die Bücher des „Vorwärts“ und der Buchhandlung in bester Ordnung befunden worden.

Die Diskussion wird eröffnet. Als Wortführer der Opposition ist Berner gemeldet. Er hat dieselbe Redezeit wie der Referent.

Berner: Meine Herren und Damen! Der Parteivorstand hat an die Parteigenossen die bekannte Aufforderung in Sachen der Opposition erlassen. Darin heißt es, daß die Opposition überhaupt habe, daß die Parteileitung Gelder an Schwarzhörer und Schweinwedler vergeben hätte. Es giebt aber keine geschlossene Opposition, sondern nur oppositionelle Elemente in Berlin. Es ist unmöglich, eine Opposition als geschlossene Partei in der Partei festzustellen. Deshalb muß jeder einzelne Oppositionelle für seine Äußerungen verantwort-

lich gemacht werden. Ich übernehme nur die Verantwortung für die Meinungen. Zunächst heißt es in der Broschüre des Vorstandes: Die Anschuldigungen der Berliner Opposition: „Berner hat sein parteischädigendes Treiben nach langer Pause wieder aufgenommen.“ Ich habe den Parteivorstand niemals angegriffen. Worin bestand aber meine Parteischädigung? Drei Viertel Jahre nach Halle sprach ich in einer Berliner Schumacher-Versammlung über Vorfälle. Die Gewerkschafts-Versammlungen in Berlin besaßen sich mit politischen Erörterungen.

Berner giebt einen Ueberblick über seine damalige Rede, die ihn auf Vollmar's Rede in München gebracht habe. Das Zentralorgan habe bis zu jener Versammlung über Vollmar's Rede geschwiegen, eine Rede, in der allzuviel Opportunismus und Chauvinismus enthalten war. Die Münchener Genossen widersprachen nicht, deshalb sagte ich, diese Anschauung darf in der Partei nicht die herrschende werden. Mit der Resolution, die in jener Versammlung gefaßt wurde, habe ich nichts zu thun . . . (Wolke des Vorsitzenden.)

Singer ersucht den Redner, die Stunde Redezeit, welche ihm gewährt ist, dazu zu benutzen, über die Thätigkeit des Parteivorstandes und nicht über die Taktik der Partei zu sprechen.

Berner erklärt, hierauf nicht eingehen zu können. Er müsse auseinandersehen, worin seine angeblich parteischädigende Thätigkeit bestanden habe. Was geschah nach der Rede in der Schumacher-Versammlung? Die Parteiblätter, allen voran das „Hamburger Echo“ griffen in bestiger Weise die Berliner „Jungen“, die Krateler, die Rabanmacher an. Und doch habe ich nichts gethan, als die Partei vor Chauvinismus zu warnen gesucht. Ich bin sachlich gegen Vollmar vorgegangen, habe nicht vom „Schlüsselsohnen“, nicht von der „Tummheit“ gesprochen, die er begangen, wie sie Bebel bezeichnete. Und doch wurde ich maßlos angegriffen.

Es kam die Heerpalaß-Versammlung, in der Genosse Fischer über den Brüsseler Kongress sprach. Ich erklärte die 1. Mai-Feier und den Achtstundentag; hatte ich nicht das Recht zu verlangen, daß der Achtstundentag aus theoretischen Gründen sofort gefordert würde? Wenn ich sagte: Jede Kritik ist verpönt, so dachte ich an die Erfahrungen, die ich eben gemacht hatte. Grillenberger bezeichnete mich als „konfusien Krateler“ und „Stänkerer“. (Heiterkeit.) Wenn in der Parteipresse so geschrieben wird, dann geht man mit beiden Seiten ins Gericht. Bebel sagte: In Erfurt wird der Opposition die Gelegenheit zur Bildung einer eigenen Partei gegeben werden. Hat nur Bebel das Recht, nerods erregt zu sein? Dürfen wir, deren Sprache nicht durch einen zwanzigjährigen Reinigungsprozeß im Parlament geklärt ist, nicht auf einen großen Klotz einen großen Keil setzen? Ich habe nicht mit einem schallenden Bravo eine schallende Ohrfeige begrüßt. Ich habe offen opponirt, andere geheim. Baake und Glöde, die beim „Vorwärts“ sind, haben in den achtziger Jahren einen radikalen Klub gegründet gegen die Fraktion. Baake hat im Jahre 1887 in kleinerer Parteikonferenz geäußert: „Singer soll hier aufgestellt werden? Dagegen protestire ich. Singer's Geldsack hat die Partei fortrumpirt, er wird noch die ganze Partei fortrumpiren.“ Glöde war der Meinung, daß die Ansicht der Berliner Opposition, die schon so alt sei, nicht nur in Berlin ihre Verfechter finden müsse, sondern daß man diese Meinung in die Provinz zu tragen habe. Er wollte gegen die verwechslende Taktik der Fraktion geschlossen vorgegangen wissen.

Die Parteigenossen sollten es mit Freude begrüßen, wenn wir offene Sprache führen. Was das Flugblatt betrifft, so weiß der Vorstand genau, daß ich nicht mit ihm einverstanden bin. Ich betrachte mich nicht als Führer, wenn Parteigenossen meine Ansicht theilen, so ist das ihre Sache, nicht die meine. Jeder Einzelne trage die Verantwortung für seine Äußerungen. Wenn Kuer von dem Resonanzboden sprach, so haben sich die Hamburger desselben Vergehens kürzlich schuldig gemacht. Redner bespricht den Fall des Königsberger Volksblattes, des Volkwerks im Osten, das fallen gelassen wurde. Schätze dürften nicht verlassen werden, die tüchtigsten Redakteure mußten ihm zur Seite gestellt werden. — Die Broschüren sind viel zu theuer. Zur Landagitator müssen die Broschüren gratis zur Verfügung gestellt werden. — Gegen den „Vorwärts“ erhebt Redner die Anklage, daß sein Ton gegen die gegnerische Presse, besonders die „Freisinnige Zeitung“ ungebührig war. Auch der Ton, der gegen Nieuwenhuis angeschlagen wurde, gehört nicht ins Zentralorgan. Erklärungen sind im Sprechsaal nicht angenommen worden. — Ist es Disziplinbruch, wenn man sich nicht stillschweigend fügt, sondern seine Meinung zum Besten giebt? Sonst bleibt ja die Majorität Majorität und die Minorität Minorität. Die kleinere Parteipresse soll von der Zentralkasse unterstützt werden. Sonst ist die Gefahr der Verflachung nahe. Der Schriftföher Ernst hat mich beauftragt, seine Angelegenheit mit Grillenberger zur Sprache zu bringen. Es handelt sich um den Trauertand der „Frankfurter Tagespost“ beim Tode des Kaisers Friedrich. Ich lasse das Blatt zirkuliren. Der „Sozialdemokrat“ zeigte in gleicher Weise die Todesfälle der Genossen an. Ich bin am Schluß: Werfen Sie die Opposition nicht zu einer Partei zusammen, beurtheilen Sie von Fall zu Fall, und ich glaube, Sie werden zu einem gerechten Urtheil gelangen.

Kuerbach und Genossen beantragen: Der Parteitag beauftragt die Parteileitung, in denjenigen Landestheilen, in denen eine Lokalpresse, gleichviel ob täglich oder in längeren Zwischenräumen erscheinend, zur Nothwendigkeit für die Verbreitung unserer Grundgedanken geworden ist, und wo die Mittel zur Unterhaltung der Presse von den Genossen dieser Landestheile nicht aufgebracht werden können, die Gründung und Erhaltung derartiger Organe aus den Partei-Einnahmen zu unterstützen.

Schulze-Königsberg und Genossen beantragen: Da sich herausgestellt, daß der „Vorwärts“ von den meisten Genossen nicht gehalten werden kann, die übrigen Parteiblätter in Deutschland aber einen mehr oder weniger lokalen Charakter tragen und daher eine allgemein befriedigende Uebersicht der Parteiverhältnisse nicht geben können, beantragen die Königsberger Genossen: „Die Beschaffung eines einmal wöchentlich erscheinenden Organs, welches neben dem „Vorwärts“ in gedrängter Kürze eine Uebersicht über alle politischen und wirtschaftlichen Fragen des In- und Auslandes, sowie über die Arbeiterbewegung aller Kulturstaaten berichtet, unter Berücksichtigung statistischer Materialien.“

Diese beiden Anträge kommen bei dem Punkt Parteipresse zur Verhandlung und Entscheidung.

Niederauer-Berlin begründet seinen Antrag. Es habe jeder Theil Genossen seine Eigenthümlichkeit und so haben auch die Berliner ihre Eigenthümlichkeit. (Vehemente Zustimmung und Lachen.) Es müsse deshalb auch den Genossen der einzelnen Kreise überlassen bleiben, nach eigenem Ermessen Resolutionen zu verfassen, anstatt solche nach einer Schablone zu empfehlen. Wenn keine Beschwerden an die Beschwerdekommision gelangten, so ist der Grund wohl darin zu finden, daß man kein Vertrauen auf diesen Weg gesetzt hat.

Berner erklärt, hierauf nicht eingehen zu können. Er müsse auseinandersehen, worin seine angeblich parteischädigende Thätigkeit bestanden habe. Was geschah nach der Rede in der Schumacher-Versammlung? Die Parteiblätter, allen voran das „Hamburger Echo“ griffen in bestiger Weise die Berliner „Jungen“, die Krateler, die Rabanmacher an. Und doch habe ich nichts gethan, als die Partei vor Chauvinismus zu warnen gesucht. Ich bin sachlich gegen Vollmar vorgegangen, habe nicht vom „Schlüsselsohnen“, nicht von der „Tummheit“ gesprochen, die er begangen, wie sie Bebel bezeichnete. Und doch wurde ich maßlos angegriffen.

Es kam die Heerpalaß-Versammlung, in der Genosse Fischer über den Brüsseler Kongress sprach. Ich erklärte die 1. Mai-Feier und den Achtstundentag; hatte ich nicht das Recht zu verlangen, daß der Achtstundentag aus theoretischen Gründen sofort gefordert würde? Wenn ich sagte: Jede Kritik ist verpönt, so dachte ich an die Erfahrungen, die ich eben gemacht hatte. Grillenberger bezeichnete mich als „konfusien Krateler“ und „Stänkerer“. (Heiterkeit.) Wenn in der Parteipresse so geschrieben wird, dann geht man mit beiden Seiten ins Gericht. Bebel sagte: In Erfurt wird der Opposition die Gelegenheit zur Bildung einer eigenen Partei gegeben werden. Hat nur Bebel das Recht, nerods erregt zu sein? Dürfen wir, deren Sprache nicht durch einen zwanzigjährigen Reinigungsprozeß im Parlament geklärt ist, nicht auf einen großen Klotz einen großen Keil setzen? Ich habe nicht mit einem schallenden Bravo eine schallende Ohrfeige begrüßt. Ich habe offen opponirt, andere geheim. Baake und Glöde, die beim „Vorwärts“ sind, haben in den achtziger Jahren einen radikalen Klub gegründet gegen die Fraktion. Baake hat im Jahre 1887 in kleinerer Parteikonferenz geäußert: „Singer soll hier aufgestellt werden? Dagegen protestire ich. Singer's Geldsack hat die Partei fortrumpirt, er wird noch die ganze Partei fortrumpiren.“ Glöde war der Meinung, daß die Ansicht der Berliner Opposition, die schon so alt sei, nicht nur in Berlin ihre Verfechter finden müsse, sondern daß man diese Meinung in die Provinz zu tragen habe. Er wollte gegen die verwechslende Taktik der Fraktion geschlossen vorgegangen wissen.

Die Parteigenossen sollten es mit Freude begrüßen, wenn wir offene Sprache führen. Was das Flugblatt betrifft, so weiß der Vorstand genau, daß ich nicht mit ihm einverstanden bin. Ich betrachte mich nicht als Führer, wenn Parteigenossen meine Ansicht theilen, so ist das ihre Sache, nicht die meine. Jeder Einzelne trage die Verantwortung für seine Äußerungen. Wenn Kuer von dem Resonanzboden sprach, so haben sich die Hamburger desselben Vergehens kürzlich schuldig gemacht. Redner bespricht den Fall des Königsberger Volksblattes, des Volkwerks im Osten, das fallen gelassen wurde. Schätze dürften nicht verlassen werden, die tüchtigsten Redakteure mußten ihm zur Seite gestellt werden. — Die Broschüren sind viel zu theuer. Zur Landagitator müssen die Broschüren gratis zur Verfügung gestellt werden. — Gegen den „Vorwärts“ erhebt Redner die Anklage, daß sein Ton gegen die gegnerische Presse, besonders die „Freisinnige Zeitung“ ungebührig war. Auch der Ton, der gegen Nieuwenhuis angeschlagen wurde, gehört nicht ins Zentralorgan. Erklärungen sind im Sprechsaal nicht angenommen worden. — Ist es Disziplinbruch, wenn man sich nicht stillschweigend fügt, sondern seine Meinung zum Besten giebt? Sonst bleibt ja die Majorität Majorität und die Minorität Minorität. Die kleinere Parteipresse soll von der Zentralkasse unterstützt werden. Sonst ist die Gefahr der Verflachung nahe. Der Schriftföher Ernst hat mich beauftragt, seine Angelegenheit mit Grillenberger zur Sprache zu bringen. Es handelt sich um den Trauertand der „Frankfurter Tagespost“ beim Tode des Kaisers Friedrich. Ich lasse das Blatt zirkuliren. Der „Sozialdemokrat“ zeigte in gleicher Weise die Todesfälle der Genossen an. Ich bin am Schluß: Werfen Sie die Opposition nicht zu einer Partei zusammen, beurtheilen Sie von Fall zu Fall, und ich glaube, Sie werden zu einem gerechten Urtheil gelangen.

Kuerbach und Genossen beantragen: Der Parteitag beauftragt die Parteileitung, in denjenigen Landestheilen, in denen eine Lokalpresse, gleichviel ob täglich oder in längeren Zwischenräumen erscheinend, zur Nothwendigkeit für die Verbreitung unserer Grundgedanken geworden ist, und wo die Mittel zur Unterhaltung der Presse von den Genossen dieser Landestheile nicht aufgebracht werden können, die Gründung und Erhaltung derartiger Organe aus den Partei-Einnahmen zu unterstützen.

Schulze-Königsberg und Genossen beantragen: Da sich herausgestellt, daß der „Vorwärts“ von den meisten Genossen nicht gehalten werden kann, die übrigen Parteiblätter in Deutschland aber einen mehr oder weniger lokalen Charakter tragen und daher eine allgemein befriedigende Uebersicht der Parteiverhältnisse nicht geben können, beantragen die Königsberger Genossen: „Die Beschaffung eines einmal wöchentlich erscheinenden Organs, welches neben dem „Vorwärts“ in gedrängter Kürze eine Uebersicht über alle politischen und wirtschaftlichen Fragen des In- und Auslandes, sowie über die Arbeiterbewegung aller Kulturstaaten berichtet, unter Berücksichtigung statistischer Materialien.“

Diese beiden Anträge kommen bei dem Punkt Parteipresse zur Verhandlung und Entscheidung.

Niederauer-Berlin begründet seinen Antrag. Es habe jeder Theil Genossen seine Eigenthümlichkeit und so haben auch die Berliner ihre Eigenthümlichkeit. (Vehemente Zustimmung und Lachen.) Es müsse deshalb auch den Genossen der einzelnen Kreise überlassen bleiben, nach eigenem Ermessen Resolutionen zu verfassen, anstatt solche nach einer Schablone zu empfehlen. Wenn keine Beschwerden an die Beschwerdekommision gelangten, so ist der Grund wohl darin zu finden, daß man kein Vertrauen auf diesen Weg gesetzt hat.

Berner erklärt, hierauf nicht eingehen zu können. Er müsse auseinandersehen, worin seine angeblich parteischädigende Thätigkeit bestanden habe. Was geschah nach der Rede in der Schumacher-Versammlung? Die Parteiblätter, allen voran das „Hamburger Echo“ griffen in bestiger Weise die Berliner „Jungen“, die Krateler, die Rabanmacher an. Und doch habe ich nichts gethan, als die Partei vor Chauvinismus zu warnen gesucht. Ich bin sachlich gegen Vollmar vorgegangen, habe nicht vom „Schlüsselsohnen“, nicht von der „Tummheit“ gesprochen, die er begangen, wie sie Bebel bezeichnete. Und doch wurde ich maßlos angegriffen.

Es kam die Heerpalaß-Versammlung, in der Genosse Fischer über den Brüsseler Kongress sprach. Ich erklärte die 1. Mai-Feier und den Achtstundentag; hatte ich nicht das Recht zu verlangen, daß der Achtstundentag aus theoretischen Gründen sofort gefordert würde? Wenn ich sagte: Jede Kritik ist verpönt, so dachte ich an die Erfahrungen, die ich eben gemacht hatte. Grillenberger bezeichnete mich als „konfusien Krateler“ und „Stänkerer“. (Heiterkeit.) Wenn in der Parteipresse so geschrieben wird, dann geht man mit beiden Seiten ins Gericht. Bebel sagte: In Erfurt wird der Opposition die Gelegenheit zur Bildung einer eigenen Partei gegeben werden. Hat nur Bebel das Recht, nerods erregt zu sein? Dürfen wir, deren Sprache nicht durch einen zwanzigjährigen Reinigungsprozeß im Parlament geklärt ist, nicht auf einen großen Klotz einen großen Keil setzen? Ich habe nicht mit einem schallenden Bravo eine schallende Ohrfeige begrüßt. Ich habe offen opponirt, andere geheim. Baake und Glöde, die beim „Vorwärts“ sind, haben in den achtziger Jahren einen radikalen Klub gegründet gegen die Fraktion. Baake hat im Jahre 1887 in kleinerer Parteikonferenz geäußert: „Singer soll hier aufgestellt werden? Dagegen protestire ich. Singer's Geldsack hat die Partei fortrumpirt, er wird noch die ganze Partei fortrumpiren.“ Glöde war der Meinung, daß die Ansicht der Berliner Opposition, die schon so alt sei, nicht nur in Berlin ihre Verfechter finden müsse, sondern daß man diese Meinung in die Provinz zu tragen habe. Er wollte gegen die verwechslende Taktik der Fraktion geschlossen vorgegangen wissen.

Bälzge-Magdeburg: In Magdeburg ist es zu Streitigkeiten unter den Genossen gekommen und zwar zwischen Budau und den Magdeburgern. Ein zweiter Vertrauensmann ist für Budau gewählt worden. Der Parteivorstand hat sich nicht hineingemischt und hat den zweiten Vertrauensmann belassen. Dieser Standpunkt ist falsch.

U e r beantwortete die Anfrage, welche Bälzge zum Schluss direkt stellte, ob die Parteileitung ihren Standpunkt beibehalte: Das Organisations-Gesetz sagt im

§ 3. Die Parteigenossen in den einzelnen Reichstags-Wahlkreisen wählen in öffentlichen Versammlungen zur Wahrnehmung der Partei-Interessen einen oder mehrere Vertrauensmänner. Die Art der Wahl dieser Vertrauensmänner ist Sache der in den einzelnen Kreisen wohnenden Genossen.

Der Parteileitung ist es nun einerseits und es geht sie nichts an, ob die Genossen einen oder zwei oder drei Vertrauensmänner wählen. Wir haben den Budauer Genossen nun keinen Rath gegeben. Es kam im Wahlkreise zu Differenzen, die Budauer machten von ihrem Recht Gebrauch, sich einen zweiten, eigenen Vertrauensmann zu wählen. Wir konnten nur sagen: uns ist es recht. Der Standpunkt, den die Parteileitung einnimmt — die anderen Mitglieder dachten wie Fischer — war korrekt. (Zustimmung.)

Schulze-Magdeburg: Man wirft der Opposition vor, daß sie die Agitation auf dem Lande schädige. Wir haben um Magdeburg von dieser schädigenden Wirkung nichts gemerkt. Es sind alleenthalben Erfolge verzeichnet worden, wie Singer ja anerkannt hat. (Aber nicht durch die Opposition!) Aber doch trotz der Opposition! (Sehr richtig! und Heiterkeit.) In Halberstadt wurde allerdings nach einem Referat von Gerisch ein Antrag gestellt, der die Behauptung einer solchen Schädigung enthielt, aber zurückgezogen, nachdem Gerisch sich entfernt hatte. Der Antragsteller gab an, er sei zu dem Antrage vom Genossen Gerisch bestimmt worden. Das war nicht korrekt von Gerisch. Was den Budauer Fall betrifft, so hatte der Wahlkreis beschloffen, nur einen Delegierten zu wählen, und davon wichen die Budauer Genossen erst nachträglich ab. Redner kreuzte den Fall seine und behauptet die Wichtigkeit der von seine bestrittenen Aussage vor Gericht.

Mielenz-Johannisthal bedauert, daß die Fraktionsmitglieder immer keine Zeit haben, in der Umgegend Berlins zu sprechen. Ich bin zwar der Meinung, daß andere Redner ebenfalls leisten, wie Reichstags-Abgeordnete, aber einmal hätte doch einer von ihnen sprechen können. Der Abgeordnete Tuhauer habe, zur Landagitation aufgefordert, erwidert: „Wie kommt Ihr nur zu erwarten, daß ich zu dieser Zeit hinauskomme!“ Es fehlt an tüchtigen Leuten zur Agitation. Einem Abgeordneten möchte die Beteiligte zur Ehre gereichen. Ich habe mit der Berliner Opposition weiter nichts gemein, als daß ich einige Mitglieder kenne, Werner besonders. Wirft man die Opposition in einen Topf, so geschieht es, um Stimmung zu machen.

Gröb-Brandenburg: Von der Opposition ist unsere Langsamkeit sehr in Anspruch genommen. Seitens wurde beschloffen, einen Generalredner von der Opposition stellen zu lassen, heute spricht Werner nur für sich und die anderen Oppositionsmitglieder gleichfalls. Wieder haben wir dieselbe Erscheinung wie in Halle: Redner will es gewesen sein und die Parteileitung sei das Karneval, das angegangen. Die Opposition befreit die Schädigung und weist auf die letzten Erfolge hin. Ja, wer sagt, daß diese Erfolge ohne die Opposition nicht größer gewesen sein würden? Noch nie ist die sozialdemokratische Partei durch ihre Gegner so geschädigt worden, wie jetzt durch die Opposition. (Sehr richtig.) Man komme nur auf die Dörfer. Früher wurden wir freundlich aufgenommen, jetzt heißt es: Ihr seid eine korrupte Partei! Ihr seid Euch ja selber nicht einig! Redner beläuft einen besonderen Einfluß der Berliner auf das Zentralorgan, dagegen hat er gegen die Beeinflussung des lokalen Theils durch die Berliner nichts einzuwenden. Schließlich empfiehlt Redner die Herausgabe eines Zentral-Wochenblattes.

Köhnen-Hamburg: Die Hamburger sind mit dem „Echo“ sehr zufrieden. Wenn Ausstellungen erfolgen, so betreffen sie dies und jenes im lokalen Theile und im Annoncenwesen. Ansonst aber wird nicht. Redner hält es für unrichtig, das Wollenbuh auf eine Agitationstour durch Süddeutschland geschickt wurde, während er für die Landagitation im 10. hannoverschen Wahlkreise nöthiger war. Redner fragt an, wie es mit den Darlehen im Klassenbericht stehe? Hamburg sei gegen die Gewährung von Darlehen an Private.

K u e r erklärt, daß Köhnen sich im Irrthum befinde. Wollenbuh sei im Wahlkreise gewesen; außerdem noch etwa fünf andere Abgeordnete. Das genüge wohl. (Heiterkeit.)

Webel: Wie sind nicht erbaut, wenn Darlehnsangelegenheit an und kommen. Kaution für verhaftete Genossen zu stellen, sind wir verpflichtet. Auch vom geschäftlichen Standpunkt ist es richtig. Für die Unterstüßung der Lokalpresse sind ca. 5000 M. gegeben, die unter „Agitation“ gebucht sind. Weitere Summen zu demselben Zweck, deren Rückzahlung wir erwarten, sind als Darlehen gewährt worden. Circa 6000 M. sind an gemauerte Parteigenossen zur Gründung eines Geschäftes gewährt worden. Auch darum werden wir in Zukunft nicht herumkommen.

Storch-Stettin schildert die Schmierigkeit, die Provinz Pommern agitatorisch zu bearbeiten und wünscht ebenfalls, daß mehr Abgeordnete hieran Theil nehmen. Er habe Werner Recht zu geben, wenn er sage, daß die Opposition keine kompakte Masse sei, er müsse es aber entschieden verurtheilen, daß Genossen von der Opposition nicht den durch den Organisationsplan vorgeschriebenen Beschwerdeweg beschritten haben; sie hätten, wenn sie abgewiesen worden wären, immer noch den Parteitag der dann ihre Beschwerden zu prüfen habe, er müsse aber der Opposition das Recht absprechen in dieser die Partei schädigenden Weise zu kritisieren.

Blume-Hamburg verwahrt sich dagegen, daß die Hamburger Genossen nicht mit dem „Echo“ einverstanden seien. Er müsse sich darüber wundern, daß Werner jetzt erkläre, er vertrete nicht alles, was die Opposition gethan, es sei nicht einmal heilig von Werner, wenn er sich jetzt jede Verantwortung abschwächen versuche. In dem Flugblatt der Opposition sei immer die Rede von den Genossen aus allen Berliner Wahlkreisen, darnach ist offenbar, wenn auch kein formelles, so doch ein geistiges Band aller dieser Genossen vorhanden. Und das wird heute bestritten. So wird die Wahrheit behandelt. (Lebhafte Beifall.)

G m e i - Frankfurt a. M. drückt seine Bewunderung über die heutige Stellung der Opposition aus, die ihre ganz unverfängliche Seite hervorzuheben bestritten sei. Er glaube aber auch nicht, daß die gesammten Mitglieder der Opposition das Flugblatt unterschrieben. Redner tritt dafür ein, daß es notwendig sei, daß den Berliner Genossen ein Einfluß auf einen Theil des „Vorwärts“ eingeräumt werde, drückt seine Bewunderung darüber aus, daß gerade Redner der Opposition das Verlangen stellen, daß die Mitglieder der Fraktion mehr agitieren sollen, während sie vorgeden, Gegner jeder Autorität zu sein.

W i l d b e r g e r - Preusslan: Ich bin bestimmt, die Vertretung meiner Freunde bei der Frage der Taktik zu übernehmen. Ich lasse deshalb jetzt alles, auch das Flugblatt bei Seite, was die Taktik betrifft. Ich habe zwei Meinungen von mir hier zunächst zu vertreten. Meine Meinung über die Unterstüßung eines Abgeordneten durch ein Darlehen habe ich erst gethan, nachdem der Genosse Grau über den Genossen Piffin, der mehr als hundertmal in Versammlungen referirt hat, aber allerdings zur Opposition gehört, eine ähnlich kompromittierende Behauptung aufgestellt hat, nämlich daß Piffin einer Summe von 40—50 Mark, die er seit ungefähr einem Jahr in Händen hat, noch nicht an die Partei abgeliefert hat. Grau hat dies im Sprechsaal des „Vorwärts“ veröffentlicht, obwohl ich ihm gerathen hatte, den Piffin zuerst zu warnen, und obwohl Grau mir dies auch versprochen hatte, Piffin gegenüber war dies ebenso unehrlich, wie einem Reichstags-Abgeordneten gegenüber, obwohl ich es

selbstverständlich nicht entschuldigen will, daß Piffin das Geld nicht abgeliefert hat. Die Behauptung selbst halte ich aufrecht. Den Namen des Abgeordneten werde ich nicht nennen, bis es bestritten werden sollte. Die zweite Meinung betrifft diejenigen Reichstags-Abgeordneten, welche den Arbeiterschutz-Antrag nicht gelesen hätten. Ich hätte diese Meinung, welche ich im guten Glauben that, auf die Aussagen zweier Reichstags-Abgeordneten mit gegenüber. Einem Abgeordneten machte ich den Vorwurf: „Wie können Sie einen Antrag unterschreiben, der unsern bisherigen Vorgehen so widerspricht und der dies und das enthält?“ Da hieß die Antwort des Abgeordneten: „Steht das denn wirklich darin? Ich habe nicht Zeit gehabt, den Antrag zu lesen und mancher andere Abgeordnete auch nicht.“ Das bestätigte mir auf Anfrage ein zweiter Reichstags-Abgeordneter. Ich war also zu meiner Behauptung berechtigt. Die Namen nenne ich nicht (Wiesche Jurist: Nur nenn!) dem Vorsitzenden will ich sie vertraulich nennen. Dies für heute, morgen werde ich, wenn die Genossen hier damit einverstanden sind, die Opposition in der Frage der Taktik vertreten.

Webel: Auf die Anschuldigungen Wildbergers, die heute viel unverständlicher klingen, habe ich zu erklären: Ein Parteigenosse, wie Wildberger, war sehr wohl in der Lage, sich darüber zu erkundigen, ob seine erhaltenen Mittheilungen wahr seien; er brauchte sich nur zunächst mit einer Frage an den Vorstand zu wenden, hätte dieser die Beantwortung abgelehnt, so war der Beschwerdeweg durch den Organisationsplan vorgeschrieben, den hatte Wildberger einzuhalten, anstatt seine Verdächtigungen in dieser Weise in öffentlicher Versammlung vorzubringen. Es ist einfach unwahrscheinlich, daß ein Gesandter oder Darlehn für einen Abgeordneten hingehalten sei; von einem Darlehn sprach Wildberger übrigens erst heute, während er in Berlin nur von Gesandten gesprochen hat. Die Situation ist die: entweder Sie beweisen Ihre Beschuldigungen oder wenn Sie das nicht können, haben Sie zuzunehmen was Sie gesagt. Ebenso falsch ist, wenn Wildberger behauptet, daß 2/3 der Mitglieder der Fraktion den Entwurf des Arbeiterschutzes unterschrieben hätten, ohne daß sie in der Lage gewesen wären ihn vorher zu prüfen. Schon 14 Tage vor der Eröffnung der Session haben die Mitglieder den vom Fraktionsvorstand ausgearbeiteten Entwurf in Händen gehabt, in einer sofort nach Eröffnung der Session stattgehabten Sitzung wurde nach einigen Änderungen der Antrag von sämtlichen Fraktionsmitgliedern unterschrieben und gelangte so an den Reichstag. Wenn nun trotzdem Mitglieder der Fraktion eine die Thatfachen entgegengesetzte Mittheilung gegen Wildberger gemacht haben, ist es die Pflicht Wildbergers, öffentlich vor dem versammelten Parteitage die Namen zu nennen. Wer behauptet hat, daß Fraktionsmitglieder den Entwurf nicht gefannt hätten, hat die Unwahrheit gesagt.

Baake erklärt das Wort zur Erweiterung gegen Werner. Er habe die Meinung, so wie sie nach Werner lautete, nicht gethan, aber im Auftrage seines Kreises sich allerdings für die Kandidatur eines Arbeiters und gegen die Auffassung Singers im Jahre 1887 aus folgendem Grunde erklärt: An Singer drängten sich bei dessen humanem Sinne öfter Unterstüßungs-Bedürftige heran, die sich dann von Singer gewissermaßen abhängig fühlten und ohne irgend eine Schuld Singers dadurch auch in ihrem Auftreten bestimmt wurden. Singer hat diese Gefahr auch erkannt und war deshalb bereit, Unterstüßungen nur mit Zustimmung der Genossen zu gewähren. Das Wort Korruption habe ich nicht gebraucht, es ist wirklich ausschließlich Werner'sches Eigenthum.

Singer: Ich habe zu erklären, daß das Bureau es ablehnt, von Wildberger irgend eine vertrauliche Mittheilung in Empfang zu nehmen. Mag er die Namen öffentlich nennen! Die Versammlung vertagt sich auf 3 Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

Kloß-Stuttgart eröffnet um 3/4 Uhr die Verhandlungen und theilt mit, daß das Nationalkomitee der Sozialdemokraten Cincinnati eine Begrüßungsdepesche an den Parteitag gerichtet hat. Weitere Schreiben und Telegramme sind eingegangen aus Berlin (3), Gera, Frankenshausen, Kaffcher, Volzenburg, Ludwigsstadt, Quakenbrück, Gießen, Gmü, Rathenow, München, Potsdam u. s. w.

Vor Eintritt in die Tagesordnung theilt **P f a n n l u c h** für die Mandats-Prüfungskommission mit, daß sämtliche Mandate für gültig erklärt worden sind.

Anwesend sind 200 Delegirte und 14 Mandatslose, die laut Organisation Zutritt zum Kongress haben.

K u e r - Stuttgart: Er sei selbst, wenn Wildberger meine: weil ein bis zwei Reichstags-Abgeordnete angeblich einen Antrag nicht kennen, dürfe er von seinen Richtern der Fraktion sprechen. Ueberhaupt sei ein weniger lebhafter Ton zu wünschen, als ihn die Opposition annehme.

Meiß-Köln erklärt seine vollste Uebereinstimmung mit den Ausführungen Kuer's. Der Vorstand verdiene Dank und Anerkennung für seine Thätigkeit. Redner billigt vollkommen Kuer's Ausführungen über die Opposition. Der Stand der Genossen in den kleineren Städten ist ein besonders schmerzlicher. Wir sind es der Partei schuldig, mit der Opposition tabula rasa zu machen. Jedes andere Verhalten wäre Schwäche. Werner hat heute einen „Juridiker“ zu machen versucht. Man hat gemerkt, daß es Zeit dazu ist. Jetzt wird bestritten, daß ein Zusammenhang zwischen den einzelnen Mitgliedern besteht. Und doch ist das Flugblatt von der Magdeburger „Vollstimme“ als Leitartikel abgedruckt worden. Redner macht auf das Urtheil der Bremer-Kommission in Halle über Werner aufmerksam. Ein solcher Mann ist nicht fähig, öffentlich anzutreten. Kaspela wir nicht länger Säpholz; schneiden wir das Tischchen entzwei. (Beifall.)

Z a c t e r o w: Werner ist groß im Verdrehen. Wenn er den Kopf in der Schlinge hat, sucht er ihn herauszuziehen und einen andern hineinzuflicken. Heute wird das Flugblatt abgelesen. Wollen Sie die Opposition kennen lernen, so müssen Sie nach Berlin kommen. Als Freunde schaden sie uns, als Gegner sind sie nicht zu fürchten. — Redner vertritt im Weiteren den Antrag des Wahlkreises I in Sachen des „Vorwärts“.

B ö r n e r - Berlin III schließt sich den Vorschlägen Kuer's in Sachen des „Vorwärts“ an. Ein großer Theil der berechtigten oder unberechtigten Ausstellungen am Blatte trifft den lokalen Theil. Sie könnten durch eine Kommission für den lokalen Theil beseitigt werden. Redner beläuft den Antrag Niederauer. Was das angebliche Nichtgesehenwerden der Opposition betrifft, so führt Redner ein Beispiel an, welches das Gegentheil beweist. Es handelt sich um das Vergeben eines Genossen im dritten Wahlkreise und eine Annahme im „Vorwärts“, in welcher die engeren Genossen zur Theilnahme anforderten. Die Opposition tritt in unehrer Weise auf und schädigt nicht nur die Agitation in der Provinz, sondern auch die in Berlin. Unsere Versammlungen werden leer; Gehälte erweckt keine Begeisterung.

J a k o b e y - Berlin bestätigt zunächst die Ausführungen von Gottfr. Schulz. Der Restaurateur Wilde sei im Londoner „Sozialdemokrat“ als Spitzel bezeichnet worden. Er habe darüber Beschwerde geführt. Der Vorstand konnte jedoch nicht darauf eingehen, weil die „Eiserne Mäule“ sich dagegen verwehrte. Wildberger habe eine schwere Verdächtigung ausgesprochen, als er behauptet, ein Abgeordneter habe 3—5000 M. erhalten. Werner stellt die Opposition heute als nicht so schlimm dar, und Schwabe schlägt einem Genossen halb das Auge aus. Die Worte: Kritik, freie Meinungsäußerung sind zur selben Time im Munde der Opposition geworden! Das ist keine Opposition mehr, sondern das ist die Oppositionstheorie!

Webel: Werner hat 2/3 Stunden zu einem anderen Punkte der Tagesordnung und 1/4 Stunde zu dieser Sache, aber bloß im eigenen Namen gesprochen, während er Namens der Opposition sprechen sollte. (Sehr richtig.) Charakteristisch ist, daß gerade von der Oppositionsseite, von Schulze-Magdeburg, der

Vorwurf kam, die Parteileitung hätte gegen Kollmar nicht Stellung genommen, von derselben Seite, die uns will, wir gegen ihre Kampfwiese Stellung nahmen, Diktatur vorwarf. Diese Stellung ist aber nur genommen worden, weil die Herren von der Opposition unwahre Verdächtigungen, Verleumdungen gegen uns vorbrachten, wofür wir bestimmt war, ihm auch widersprechen mag und Kollmar — wie bestimmt war, ihm auch widersprechen mag und ich werde mich schon mit ihm auseinandersetzen — durchaus sachlich gewesen ist. Fortwährend wurden die Vorwürfe, der und der sei Speichellecker oder Gänstling, so gemacht, daß darin zugleich für uns der Vorwurf liegt, wir hätten uns dieser Speichellecker und Gänstlinge nicht erwehrt. Nichts ist unbedeutender, Werner hat heute wieder die Namen Baake und Glöde genannt. Wir wußten, daß diese Genossen damals, als wir sie bei der Zeitung anstellten, oppositionell waren; wenn wir sie trotzdem anstellten, so liegt darin der beste Beweis für unsere Objektivität. (Beifall.) Und wenn die beiden Genossen im Laufe der Jahre eingesehen haben, daß ihre Meinung über uns irrig war, und nun wahrheitsgemäß eine andere Meinung aussprechen, so gereicht ihnen das zur Ehre. Der Opposition aber gereicht es zur Unehre, wenn sie ihre Behauptungen nicht widerruft, obwohl sie heute nichts vorbringen konnte als Redensarten. Sie sprechen von Verantwortlichkeit des Parlamentarismus nach der parlamentarischen Seite. Ist gegen die Verwaltung des Parteifonds irgend der kleinste Einwand zu erheben? (Wildberger: Das haben wir nicht gethan.) Das haben Sie nicht gethan? Worin liegt denn die Verantwortlichkeit des Parlamentarismus in finanzieller Beziehung? Es muß sich dann doch an irgend einem dieser verwerflichen Dinge gezeigt haben. (Allseitige Zustimmung.) Wildberger hat weiter am 22. September gesagt, daß er „deutlicher werden“ könnte, und weiter, daß er sich dem Parteitag nicht füge. Warum wird er nun nicht deutlicher? Und wenn er sich dem Parteitag doch nicht füge, warum ist er hier erschienen? (Beifall.) Ein Darlehen ist einem Abgeordneten, der vom Monate lang im Gefängnis gewesen war, dessen Frau während er saß, der Schlag rührte, der vier Kinder im Hause hatte und dessen Geschäft zurückging, nach gründlicher Untersuchung gegen Sicherheit und Bürgschaft gegeben worden. Ist das Parteivorath, so will ich noch manig ähnliche Parteiverfahren gern auf mich nehmen. (Beifall.) Nennen Sie hier an den Tisch, hier liegen die Klassenbücher, Sie sollen jede Auskunft haben. Sie sollen beweisen oder widerrufen, und Sie wollen überhaupt nichts gesagt haben. Freiger kann man sich nicht benehmen. (Lebhafte Beifall.) Webel beantragte schließlich:

Der Parteitag wolle beschließen:
Eine Kommission von neun Mitgliedern zu ernennen, welche die Klagen der Opposition in Bezug auf die Parteileitung und die Reichstagsfraktion, sowie die Klagen, daß die Parteileitung bezw. der Parteivorstand gegen die Parteitaktik verstoßen habe, zu prüfen und dem Parteitag Bericht zu erstatten habe. (Erneuter Beifall.)

F r o h m e - Altona: Das Auftreten der Opposition hier im Saale steht im schärfsten Widerspruch zu ihrem Verhalten draußen, so daß es nicht nur hier, sondern auch im Lande das größte Aufsehen erregt wird. Redner giebt nun eine Darstellung des Inhalts jenes Artikels im „Echo“, welcher die Opposition so erregt habe. Kein starker Ausdruck, kein Schimpfwort sei in ihm enthalten. Der Artikel habe den Zweck verfolgt, den Uebergriff der Berliner Versammlung abzuwehren. Keine Versammlung darf über einen Parteigenossen ohne genaue Kenntniß zu Gericht sitzen und erklären, er sei nicht mehr würdig, Vertreter des Proletariats zu sein. Unerschämmt war nicht der Artikel sondern das Verhalten der Berliner Opposition. Sie, meine Herren von der Opposition, haben wahrlich kein Recht darauf, mit Glacehandschuhen angefaßt zu werden. (Sehr richtig.) Werner erklärte, nachdem er eine flüchtige Figur im Saale gezeichnet, er wolle die Streitigkeit begraben und kaum nach Berlin zurückgekommen gräbt er sie wieder aus. Jetzt ist er so zart, so empfindlich, daß er die Angriffe des „Vorwärts“ gegen Eugen Richter für zu hart hält, daß er Neuwirths in Schutz nimmt, welcher der deutschen Sozialdemokratie die unerhörte Beleidigung ins Gesicht geschleudert hat, sie sei eine chauvinistische Partei. Jener Artikel des „Echo“ hat die Magdeburger „Vollstimme“ zu dem höchst unrichtigen Urtheil veranlaßt, das „Echo“ sei ein offizielles Blatt. Ich habe im Namen der Redaktion zu erklären, daß wir vollkommen unabhängig sind.

Wir haben keine Weisungen vom Vorstand erhalten, noch je erhalten. Die Opposition hat kein Recht, Vorlesungen über den guten Ton hier zu halten. Wir würde es nicht genügen, wenn wie Kuer sagte, die Herren nur Widerruf leisten. Das bietet keine Garantie, daß der Unfug nicht von Neuem anfängt. Wir müssen Garantien schaffen, die ihn unmöglich machen. (Beifall.)

Fischer-Berlin: Die Frage der Opposition ist eigentlich schon entschieden, darüber ist auch die Opposition im Klaren. Der eine Umstand, daß die Opposition, die eigentlich hier an's, die Parteileitung anklagen sollte, hier in so jämmerlicher Weise sich zu verhalten sucht, ist der stärkste Beweis. Und man braucht bloß zu hören, wie diese Vertheidigung geführt wurde, so weiß man, daß sie von dem Gedanken ausgeht: „Nette sich wer kann“; Werner giebt Wildberger, Wildberger giebt Werner auf.

Herr **W e r n e r** brachte es auch über sich, und „guten Ton“ anzurathen. Da wäre vor der Thüre der Opposition zuerst zu lehnen. Herr **W i l d b e r g e r** sprach in der Gieseler-Versammlung am 1. Mai davon, daß er mit Eitel sich von der Partei abgewandt habe, während in der That die Partei mit Eitel sich von den Alkoholgezeiten dieses sozialdemokratischen Reichstags-Kandidaten abgewandt hat. Auch die „Berliner Volks-Tribüne“ spricht in ihrem Briefkasten eine nichtswürdige Insinuation aus, als ob ein Genosse — der Herr **J a l o b** Wamberger des Werner von Halle — aus „jüdischer Rächthalle“ dem „Hofen-Courier“ Verleumdungen gegen die Volks-Tribüne mitgetheilt habe, und als der „Reichsbote“ den Namen des Genossen nannte, besah sie nicht den Unfug, ihre Insinuation zurückzusehen oder zu beweisen. Redner kam dann auf die Beschimpfungen der „Magdeburger „Vollstimme“ gegen **F r o h m e** zu sprechen, dem sie „burschenhafte Niedertracht“ vorwarf, während sie gegenüber einem Pastor in jämmerlicher Weise Abbitte leistete. Und warum diese Beschimpfung? Weil das „Echo“ — nicht Frohme — die Beschuldigung erhob, in die oppositionellen Reihen hätten sich anarchistische Elemente eingeschlichen. Und diese Thatfache ist wahr: Man braucht bloß daran zu erinnern, daß in Berlin ein sogenannter Kampffonds gegründet wurde, der zugeständenermaßen folgende Zwecke verfolgte: Unterstüßung der Leute, die eventuell wegen Verbreitung der „Autonomie“ prozessirt und verurtheilt würden, eines Blattes, das notorisch anarchistisch ist und in dessen Leitung ebenso notorisch von allem Anfang an Polizei-Agenten saßen. Redner geht dann des Vängern auf den Nachweis ein, wie an der Herstellung des Flugblattes alle oppositionellen Schattierungen beteiligt seien und schließlich seine längerem Ausführungen mit folgender Erklärung:

Kommt es zu einer Trennung, so kann sie nicht wegen prinzipieller Meinungsdivergenzen erfolgen, sondern die Partei muß erklären, daß sie diese Leute für unwürdig hält, ihr noch länger anzugehören! (Beifall.)

S e i l e r - Ludenwalde: Wäre die Opposition sachlich geblieben, so hätte sie genügt, da sie persönlich war, hat sie geschadet.

P e n s - Berlin: Werner ist der Typus der Opposition. Er ist nicht zu fassen. Er erklärt sich gegen das Flugblatt und hält eine Rede, die ihre einzelnen Punkte aus dem Flugblatt bezieht. Wir haben alle Veranlassung, die Angelegenheit mit der Opposition zu Ende zu bringen.

G l o d e - Berlin: Werner hat mich in gewohnter Weise verdächtigt. Wenn ich 87 oppositionell war, so handelte es sich der

wals um bestimmte Dinge, in erster Linie um den Kampf um das „Vollblatt“, das damals im Privatbesitz war. Es gelang uns mit Webers und Singers Hilfe es in den Besitz der Partei hinüberzuführen. Das war gewiss berechtigte Opposition. Weiter war ich Gegner gegen die Beteiligung an den Kommunalwahlen. Die Versammlung im Böhmischen Brunnhaus entschied sich für Beteiligung. Was den „anarchistischen“ Klub betrifft, so habe ich das Nötigste im „Vorwärts“ erklärt und die weiteren Teilnehmer an jenen Besprechungen werden mir die Wahrheit bestätigen. Werners Angriffe sind mehr als gemein.

Schulze-Königsberg bestreitet, daß die Gründung des böhmischen Blattes unbedacht war. Die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse verschuldeten den Niedergang, der nicht aufzuhalten war, auch wenn der Vorstand die ganzen Schulden sofort begahlt und weitere Zuschüsse geleistet hätte. Anknüpfen waren wir über den Verlust des Blattes sehr ungeschick, allmählich aber sahen wir ein, daß es so besser war. Der Vorstand hat dann später erklärt, daß er die Schulden, die uns aus der Gründung der Zeitung erwachsen sind, decken wolle. — Im Weiteren bekämpfte Redner den Antrag Niederbauer und bedauert die Vorgänge in Berlin. Die Opposition hat der Partei den schlechtesten Dienst erwiesen. Sie hat keine Ahnung von den Verhältnissen im übrigen Reich. Die furchtbaren Anlagen des Flugblattes sind durchaus hallos.

Ein Schlußantrag wird abgelehnt.
Bernau v. Potsdam: Das System der Kontrolleure ist verwerflich. Es muß ein Forum gebildet werden, vor dem sich die angeschuldigten Parteigenossen verantworten können. Redner erinnert hierbei an den Fall Kessler-Frohme und Kessler-Liebnecht. Was die Berliner Opposition betrifft, so mißbraucht ein Vertrauensmann, der ihr angehört, sein Amt in schamloser Weise und sammelt einen Kampffonds gegen die Fraktion an. Die Kontrolleure müssen die Befugnisse erhalten, derartige Schädiger vorzuladen, ihr Verhalten zu prüfen und eventuell zu verurteilen, daß sie von ihrem Posten entfernt werden.

Jost Mainz: Das Treiben der Berliner Opposition ist genügend gekennzeichnet worden. Schon in Halle habe ich erklärt, daß das einzige Mittel, die Ruhe herzustellen, der Rücktritt ist. Es ist ein Akt der Notwehr, mit der Opposition reinen Tisch zu machen. Derzeit wir ihrem Treiben kein radikales Ende, so haben wir im nächsten Jahre denselben Tanz. Kann die Opposition den Beweis für ihre Verleumdungen nicht erbringen, so schließen wir ihr die Parteithür. Dann wird sie zwar weiterimpfen, aber das kann und so gleichgültig sein, wie das Schimpfen Eugen Richters und Hammerjens. Die Schädigung ist zu arg für die Agitation auf dem Lande. Die Mittelblätter haben eine Schmierrede: Berliner Opposition, in welcher sie alle Verleumdungen und Beleidigungen durch die Opposition sammelt. Das einzige Mittel, zu dem ich rathe, ist: Heraus mit den Beuten!

Liebnecht: Herr Werner hat in seinem lebhaft entwickelten Gefühl für die Ehre der Gegner es bedauert, daß der „Vorwärts“ Herrn Eugen Richter zu hart behandelt habe. Es war die Antwort auf maßlose Angriffe der „Freisinnigen Zeitung“. Meine Auseinandersetzung mit Neuenhüus war die Entgegnung auf sein unqualifizierbares Verhalten. Der „Vorwärts“ hat sich durchaus objektiv der Opposition gegenüber verhalten. Sie sollte nicht sagen, daß Sie mundtot gemacht worden sei, sowie Sie hier nicht mundtot gemacht worden sind. Ich billige vollkommen das Urtheil, das Webers und Fischer über die Opposition präzisirt haben. Die unbestimmten Verdächtigungen der Opposition haben der Partei schwer geschadet. Sie haben das Arsenal der Gegner gefüllt. Die gemeinsten Verdächtigungen der Gegner gegen uns, wie daß wir uns von Parteigeltern müßten, sind von der Opposition bestätigt worden. Aber alles unbestimmt! Nachdem Ihnen erklärt war, Ihre Anlagen hier zu formuliren, da entsteht in der Opposition ein allgemeines *causo qui pout*, keiner will es gewesen sein. Aber wir sind hier nicht unter Kindern. Sie sind als Männer für Ihre Handlungen verantwortlich und müssen die Folgen tragen. Sie sind jetzt die Angeklagten, wie die Ankläger, die Reiner-Kommission wird richten und der Parteitag das Urtheil fällen, wie es das Interesse der Partei gebietet. (Stürmischer Beifall.)

Ueber den Schluß der Sitzung wird uns telegraphisch berichtet:

Werner Berlin nimmt die Berliner Schuhmacher-Gehilfenschaft gegen die Vermuthung in Schutz, daß dieselbe Werners Standpunkt theile. Die betreffende Schuhmacherverammlung wäre nur von etwa 120 Personen besucht gewesen. Redner bekämpft den Antrag Niederbauer und schließt mit den Worten: Gegen die Opposition muß man energisch Front machen. Grillenberg erklärt, daß die in der „Fränk. Tagespost“ bei der Mittheilung vom Tode Kaiser Friedrichs zur Verwendung gekommene, fälschlich als „Trauerwand“ bezeichnete beiden Seiten nur die technische Hervorhebung jener Mittheilung bezweckten und einen Rand gar nicht darstellten. Kappallen solch elender Art — das sei aber das Kampfmittel der Opposition. Die Berliner Lokalleitung trage übrigens mit Schuld an den dortigen Vorgängen. In jeder andern Stadt Deutschlands wäre Werner nach dem Spruch des Halleischen Parteitags unmöglich gewesen. (Lärm: Magdeburg.) Die Magdeburger hätten es den Berliner Herren nur abgesehen, wie sie sich räusperten und wie sie spanden. Die Opposition habe die Partei-Ehre mit Füßen getreten. Die „Vollstrebene“ habe das Flugblatt der Opposition prompt verächtelt. Das beweise den Zusammenhang der Operationen der Opposition. Die unsauberen Artikel der anarchischen „Autonomie“ rührten aus derselben trüben Quelle her. Möchten die Herren nur zur „Autonomie“ gehen, wir wollten mit ihnen nichts weiter zu thun haben. (Großer Beifall.) Gerisch Berlin widerlegt die Beziehung Schulze's, Magdeburg, eine Resolution gegen die Opposition „gemacht“ zu haben. Seine Halberstadt bestreitet nochmals, die Aeußerung gethan zu haben: er liege auf dem Boden der köstlichen Volkshaus, und wendet sich im Verein mit Trautwein-Landenburg energisch gegen die Magdeburger Opposition. Daugh-Freiburg, Schmitz-Zwickau, Hosang-Deffau und Ghehardt-Ermigshausen haben die schwere Schädigung hervor, welche die Opposition der Partei zugefügt hat. Kater-Barleben behauptet, von einer solchen Schädigung in seinem Bezirke nichts bemerkt zu haben. Freitag-Dalle hält den Antrag Niederbauer für annehmbar. Meyer-Rottbus bekämpft die Opposition. Ein Schlußantrag wird abgelehnt, die Verhandlungen werden auf morgen vertagt.

Tokales.

Die Gewinnbetheiligung der Arbeiter. Die unbestreitbare Thatsache, daß alle Einrichtungen, die seitens des Unternehmers zum Besten der Arbeiter ins Leben gerufen werden und scheinbar auch nur zum Wohle der Arbeiter dienen, in noch höherem Maße den Interessen der Unternehmer dienen und daher diese Eigenschaften als alleinige Triebfeder zur Schaffung derartiger Einrichtungen zu betrachten ist, nicht aber das vielgerühmte uneigennütige Betreiben der Unternehmer, nach Kräften das Wohlergehen der Arbeiter zu fördern bezw. zu veranlassen, haben wir letzten an einem praktischen Beispiele klar zu legen versucht. Müßten wir uns dabei auf logische Schlussfolgerungen beschränken, so liegen uns jetzt tatsächliche Beweise vor und

zwar bezüglich einer Einrichtung, die nicht nur in Deutschland, sondern auch in Frankreich, England, Nordamerika, in der Schweiz und anderen Ländern praktische Vertreter gefunden hat und die bisher als die menschenwürdigste Konzeption der Unternehmer an die Arbeiter hingestellt wurde, nämlich der Gewinnbetheiligung der Arbeiter. Diese Beweise finden sich in der kürzlich erschienenen Schrift von Leopold Rathgeber unter dem Titel: „Die Theilung des Geschäftsgewinnes zwischen Unternehmer und Angestellte. Ein praktischer Beitrag zur Arbeiter- und Lohnfrage von R. V. Gilmann.“ (Leipzig, G. B. Wartig's Verlag 1891), welche die „D. W.“ zur Grundlage einer Besprechung obiger Frage macht und die höchst bemerkenswerthe Aufschlüsse über den wahren Charakter der Gewinnbetheiligung der Arbeiter giebt. Gilmann hebt, wie angeführt wird, u. A. hervor, daß die Arbeitgeber, welche das Antheilssystem eingeführt haben, so ziemlich einzig darüber seien, daß die Ueberlassung eines Gewinnanteils an die Arbeiter einer gesunden Geschäftspolitik gleichkomme, bei welcher sie nichts verlieren; in den meisten Fällen zeige sich sogar, daß der Lohn nach Abzug des Arbeiteranteils verbleibende Gewinn größer sei, als der Gesamtgewinn unter dem reinen Lohnsystem und bemerkt wörtlich: „In Wirklichkeit wird die Gewinnbetheiligung eine so erhebliche Steigerung des Gewinns zur Folge haben, daß des Unternehmers Einkommen gegen früher anwachsen wird. Schon das Aufheben der Unruhen und Streitigkeiten kann leicht dieses günstige Ergebnis nach sich ziehen; jeder Fabrikant, der wiederholt unter Arbeits-einstellungen zu leiden hatte, kennt den hohen Geldwerth des Industriefriedens. Allein das von uns befürwortete System fördert das Gedeihen des Unternehmers auch noch auf andere direkte Art, und zwar durch Vermehrung der Menge und Verbesserung der Güte der Erzeugnisse, durch Schonung der Werkzeuge und Maschinen, durch Sparsamkeit mit den Rohstoffen u., endlich durch Verminderung der Beaufsichtigungskosten. So schafft die erhöhte Emulion und Aufmerksamkeit der Arbeiter einen erhöhten Gewinn und aus diesem kommt der auf sie entfallende Gewinnanteil. Die Durchführbarkeit des Gewinnbetheiligungssystems in jedem Einzelfalle hängt davon ab, ob die besonderen Umstände des letzteren die Schaffung eines solchen Ertragsvermögens ermöglichen. Es wird sicherlich Fälle geben, in denen diese Möglichkeit nicht vorhanden ist, in großen Ganzen jedoch sind die Erfahrungen von neunzig Prozent der Firmen, die das System eingeführt haben, derartige, daß man alle, welche ein so treffliches Mittel zur Vergrößerung ihres eigenen Wohlstandes vernachlässigen, als unpraktisch, unpolitisch, geschäftsunkundig bezeichnen kann.“ Diese Darlegungen lassen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig und den nackten Egoismus erkennen, der die Triebfeder dieser höchsten Potenz der Humanität und Arbeiterfreundlichkeit des Unternehmertums und seiner Gesinnungsgenossen ist. Praktische Geschäftspolitik ist eben Alles, was die Unternehmer „für die Arbeiter“ schaffen und dadurch glauben machen wollen, daß sie bemüht sind, die soziale Frage zu lösen!

Die Reichspost ist eine Einrichtung, an welche weitgehende Anforderungen gestellt werden; sie soll dem vorhandenen Verkehrsbedürfnisse genügen und nebenbei möglichst viel Millionen Ueberschuß an den Reichsäckel abliefern. Man kann sich vorstellen, daß da dem Herrn Dr. Stephan und seinen Mitarbeitern mitunter schweiß und namentlich wenn man ihnen nach der einen oder nach der anderen Richtung hin ein wenig scharf zuseht, wie das beispielsweise einmal in der letzten Zeit der Regierung des Fürsten Bismarck den Anschein hatte, als Herr Camp von der Postverwaltung höhere Ueberschüsse verlangte. Die Herren wagen sich da oft fragen: Woher nehmen und nicht fehlen? Hinter den politischen Einrichtungen des Auslandes dürfen diejenigen unserer Postverwaltung nicht zurückbleiben. Die Ueberschüsse aus der Post braucht das liebe Reichsamt. Was bleibt da Anderes übrig, als die Löhne zu drücken? In diesem Sinne wenigstens muß man es auffassen, wenn hiesige Blätter gegenwärtig für die Reichspostverwaltung um billige Arbeitskräfte werben gehen.

Ueber den Eintritt in den Postdienst als Postgehilfe macht die „D. W.“ einige bemerkenswerthe Mittheilungen.

Von denjenigen Personen, welche als Gehilfen in den Postdienst eintreten wollen, wird in Beziehung auf Schulkenntnisse verlangt, daß sie zusammenhängend deutsch schreiben und sprechen, mit den gewöhnlichen Rechnungsarten bis einschließend der Dezimalbruch- und Verhältnisrechnung vollständig vertraut sind, eine deutliche Handschrift besitzen, die Lage der wichtigeren Orte kennen und französische Briefaufschriften, Ländernamen und Ortsnamen zu verstehen und verständlich anzusprechen im Stande sind. Wird der Besitz dieser Vorkenntnisse durch Schulzeugnisse dargelegt, so bedarf es eines weiteren Nachweises nicht; andernfalls ist eine besondere Aufnahmeprüfung nötig. Nach einer kürzlich ergangenen Entscheidung des Reichs-Postamts ist es durchaus zulässig, daß junge Leute, welche sich durch ein Schulzeugnis über den erfolgreichen Besuch einer sechsklassigen Bürger- oder Mittelschule mit obligatorischem Unterricht in der französischen Sprache ausweisen können, ohne weiteren Nachweis der schulwissenschaftlichen Bildung, also ohne vorherige Bestehen einer Prüfung zu Postgehilfen angenommen werden, sofern sie allen sonstigen Bedingungen für den Eintritt in den Reichspostdienst entsprechen. Da junge Leute, welche die Laufbahn der Postgehilfen einschlagen wollen, vielfach die Schule schon vor dem 16. Jahr verlassen, während für den Eintritt als Gehilfe die Altersgrenze von 16 Jahren besteht, so findet man es zuweilen, als Uebelstand bezeichnet, daß die betreffenden Bewerber genöthigt seien, einweisen einen anderen Beruf zu ergreifen oder beschäftigungslos die erforderliche Wartezeit zu verbringen. Dem gegenüber ist darauf hinzuweisen, daß den Bewerbern sich vielfach die Möglichkeit bietet, in der Zwischenzeit und zur Vorbereitung für den künftigen Beruf als Postkassenhilfen bei solchen Postämtern dritter Klasse, wo das Dienstbedürfnis die Verwendung von Schreibhilfen erforderlich macht, Beschäftigung zu finden. Im Uebrigen wird die Altersgrenze von 16 Jahren durch die gesetzlichen Bestimmungen über die Eidesmündigkeit bedingt.

Von den Gehaltsverhältnissen und von der wünschenswerthen Arbeitszeit der Postbediensteten schweigt das Blatt. Wie die Stellen bei der Post besetzt werden, das ist oft genug erzählt. Das räthsellose Sparsystem scheint hier zum Prinzip gemacht zu sein. Die Lotirung der Poststellen mit 50 M. pro Monat hat häufig zu öffentlichen Besprechungen Veranlassung gegeben; diese Löhnung der Land-Briefträger steht mit der ihnen aufgelegten Arbeitslast in einem schreienden Mißverhältnis; die „Arbeitslast“ kann hier buchstäblich genommen werden, denn diese Leute gehen des Morgens oft genug mit Paketen schwer beladen über Land. — Aber all diese Ersparnis-Einrichtungen bei der Post reichen nicht aus, um die nöthigen Ueberschüsse zu machen. Man soll in Berlin bereits zur Kinderarbeit für den Postdienst gegriffen haben. Seit Jahren werden in Berlin ganze Kolonnen 12-14 jähriger Knaben im Reichspost-Dienste beschäftigt. Es sind dies die sogenannten „Mehrgänger“, meist Söhne von Postkassnern. Die täglich Nachmittag von 2 bis 8 Uhr für 75 Pfennige unter Kommando eines Beamten im Postfach mit Aufheben von Postkörben an eingelieferte Pakete beschäftigt werden. Mit dem Konfirmationschein erhalten die kleinen Postmenschen regelmäßig ihren Lohnpaß vom Postamt, um durch gleichalterige Berufsgenossen wieder ersetzt zu werden, von denen immer eine hohe Zahl, weil über den Bedarf hinaus, auf Jahre vorgemerkt ist. Ob der verfloßene Unterrichtsminister v. Goshler eine Abnung von der Existenz dieser Institution bei seinem Schwärmen für Neuanlagen zu Spiel- und Turnplätzen für die deutsche Jugend gehabt hat? Oder hat er bei seinen Abrechnungen bezüglich Herrichtung solcher nur immer die Jugend der oberen Jugendjahre im Auge gehabt? Gegenwärtig sind die „Kleberjungen“ Sozialität des kgl. Postamts.

Bis vor kurzem fungirte noch ein Duzend solcher auch am Hauptpost-Paketamt in der Kranienburgerstraße. Von 7 bis 1 Uhr Schulunterricht, von 2 bis 8 Uhr Postdienst! Natürlich kostete diese ganze Einrichtung aus „Humanität“ hinaus, wobei der billige Arbeitslohn die reine Zufälligkeit ist. — Wenn solche Einrichtungen bei den Reichsbehörden bestehen, was soll man dann von Privatinstitutionen erwarten.

Die Alexanderstraße ist eine der eigenartigsten Straßen Berlins, sowohl in Bezug auf Gestaltung, als auch auf ihre Nummerierung und geeignet, nicht nur Fremden sondern auch echten Berlinern unter Umständen einiges Kopfzerbrechen zu verursachen. Die Alexanderstraße wird einmal von dem Alexanderplatz durchschnitten. In diesen Grenzen nun wieder die Königsstraße und die Neue Königsstraße, der Königsgraben, die Landbergerstraße und seit neuerer Zeit auch die Grunerstraße. Sodann hat die Alexanderstraße vor anderen Straßen voraus, daß sie drei Anfangs- beziehungsweise drei Endpunkte hat, denn an dem einen schließt sie sich an die Münzstraße, an dem anderen an die Straße an der Jannowigräbe und am dritten an die Königsstraße an. Ihre Nummerierung beginnt an der Königsstraße, zählt da zwei Nummern, überspringt dann sichtlich den Alexanderplatz und die Grunerstraße und zählt dann bis zur Stralauerbrücke, springt dann westlich bis an die Stadtbahn ein und geht dann zurück, fängt östlich an der Holzmarktstraße wieder an zu zählen und geht dann in nördlicher Richtung nach der Münzstraße, von hier aus geht es wieder in südlicher Richtung zurück nach dem Alexanderplatz, an diesem entlang westlich bis an den Königsgraben, dieser muß nochmals überhüpft werden, da an der Stadtbahn, unmittelbar an der Königsstraße, die letzte Nummer und zwar Nr. 71 sich befindet. Sich da zurecht zu finden, dürfte doch wohl Manchem schwer fallen.

Die Eröffnung der neugebauten Eisenbahn-Strecke Nieder-Schönweide-Spindlersfeld (Köpenick), welche am 1. Oktober erfolgen sollte, ist auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben worden. Die Köpenicker Polizeiverwaltung hat die nachgeforderte Erlaubnis zum Bau der Bahnhof-, Empfangs- und Wohngebäude, sowie der Wartehalle, die in Fachwerk aus Holz ausgeführt werden sollten, verweigert. Gewisse Zeit kann noch vergehen, bevor eine endgiltige Entscheidung über den Bau dieser Anlagen, die nach den Vorschriften der Köpenicker Polizei massiv herzustellen sind, getroffen wird.

Zum Durchbruch der Blumenstraße nach der Neuen Friedrichstraße meldet eine Lokalcorrespondenz, es sei auf eine Anfrage bei der Wappolizei erwidert worden, daß, bevor nicht die neuen Proviantmagazine in Moabit und Tempelhof fertig gestellt seien, was vor Ende des Jahres 1893 nicht zu ermögligen wäre, an den Durchbruch nicht gedacht werden könnte. Dem Durchbruch steht vor allem das alte Proviantmagazin in der Neuen Friedrichstraße im Wege.

Von dem Vorortzuge, welcher gestern Nachmittag 2 Uhr 14 Minuten von Station Friedrichstraße abfuhr, ist in Spandau bei der Ankunft die Maschine entgleist. Das Ankunftsgeleise endigt in einer Drehscheibe; in letztere ist die Maschine, nachdem sie über das Ziel hinausgefahren, mit der Vorderachse gestolzen. Die Buffer des Tendlers bohrten sich in den nächstfolgenden Packwagen. Weiteres Unheil wurde dadurch verhindert, daß der Zug nur noch geringe Fahrgeschwindigkeit hatte.

Gegen den Maler Otto Köpke hat der Untersuchungsrichter bei dem Landgericht I nunmehr einen Steckbrief wegen versuchten Mordes erlassen.

In das Moabiter Zellengefängnis ist dieser Tage der Mitterschallrath a. D. Oden, früher Besitzer des Mittergates Schlagenhain bei Arnswalde, zur Verbüßung einer dreijährigen Zuchthausstrafe eingeliefert, zu welcher er wegen eines Eitelkeitsverbrechens verurtheilt worden ist.

Auf der Ringbahnstation Wedding hat sich in der vergangenen Nacht ein entsetzlicher Unglücksfall ereignet. Als daselbst gegen 1 Uhr ein Zug zur Weiterfahrt sich langsam in Bewegung setzte, gerieth der Bahnwärter Ernst Sch. auf bisher noch nicht angeklärte Weise unter das Trittbrett eines Wagens; der Unglückliche wurde eine Strecke mit fortgeschleppt und erlitt hierdurch gefährliche Verletzungen. Die rechte Brustseite war vollständig zerrissen und zermalmt, so daß die Lunge klopfte. Die Rippen waren zum Theil gebrochen, auch der rechte Oberschenkel war zermalmt. Der Verunglückte wurde in bewußtlosem Zustande nach der Charité geschafft, woselbst er hoffnungslos darniederliegt.

Der Selbstmord einer in mittleren Jahren stehenden Rentierwitwe erregt im benachbarten Zehlendorf großes Aufsehen. Die Frau lebte mit ihrer einzigen Tochter in guten Verhältnissen, besaß ein eigenes Haus, hatte aber in Bezug auf ihre sittlichen Anschauungen sich keines guten Rufes zu erfreuen. Aus der Verlobung ihrer Tochter, eines blühenden Mädchens, mit einem Bankbeamten in Berlin, entwickelte sich sogar ein Kapitel zur chronique scandaleuse, das ein Einschreiten der richterlichen Behörde nothwendig machte. Für nächste Woche war bereits ein Termin in dieser unsauberen Angelegenheit angesetzt, dem sich jetzt die von Gewissensbissen Gequälte durch freiwilligen Tod entzogen hat. Sie hat durch Vergiftung ihrem Leben ein jähes Ende bereitet.

Polizeibericht. Am 14. d. M. Morgens wurde ein unter sittenpolizeilicher Kontrolle stehendes Mädchen an der Ecke des Weinbergsweges und der Brunnenstraße von ihrem Zuhälter gemißhandelt und mit dem Kopf derartig gegen eine Mauer gestoßen, daß sie eine bedeutende Verletzung erlitt und nach der Charité gebracht werden mußte. Der Zuhälter wurde verhaftet. — Nachmittags stürzte ein an der Hinterseite des Hauses Gontardstr. 8 angebrachtes Hängengerüst infolge ungenügender Befestigung mit den darauf befindlichen Malern Schmidt und Kinder aus der Höhe des 3. Stockes auf den Hof herab. Beide wurden hierbei so schwer verletzt, daß ihre Ueberführung nach der Charité erforderlich wurde, wo Ersterer bald darauf verstarb. Der dritte auf dem Gerüst beschäftigte Maler Altsiedel rettete sich dadurch vor dem Sturz in die Tiefe, daß er, als er die Bewegung des Gerüsts bemerkte, ein Kufzugband ergriß und in ein Fenster des 4. Stockes einstieg, trug jedoch auch an der Hand bedeutende Verletzungen davon. — Im Laufe des Tages und in der darauf folgenden Nacht fanden 5 Brände statt.

Gerichts-Beitrag.

In der Blumberger Landfriedensbruch-Angelegenheit ist nach Mittheilung des Untersuchungsrichters der Maurer Stegmann, früher in Blumberg wohnhaft, der an dem Ueberfall nicht theilgenommen hat, aber die Namen der Blumberger kennt, nicht ermittelt worden. Es wird um schnellste Angabe der jetzigen Adresse des Maurers Stegmann an den Rechtsanwalt Stadthagen, Landsbergerstr. 92, gebeten.

„In das Publikum von den exerzirenden Soldaten, oder sind die Soldaten vom Publikum belästigt worden?“ Diese Frage hatte heute die zweite Strafkammer des Landgerichts II zu beantworten. Die King-Chauffeur bei Spandau fährt bekanntlich quer über den Exerzierplatz der Spandauer Garnison. Auf diesem Platz abte eines Tages im Monat Juli d. J. die 7. Kompanie des Königin Elisabeth-Regiments die Kontrolleure

Die Sonntagsruhe der Kaufleute und die freisinnige Partei.

Wir erleben seit einiger Zeit das wunderbare Schauspiel, daß die freisinnige Partei, entgegen ihren Grundätzen der freien Selbsthilfe sich schreiend für gesetzgeberische Eingriffe in das „freie Spiel der Kräfte“ erwärmt. Demzufolge hat sie sich auch bei der Beratung des sogenannten Arbeiterschutzes-Gesetzes nicht grundsätzlich gegen die Ausdehnung der Sonntagsruhe auf die Kaufleute erklärt, wenn man von den persönlichen Raisonnements des Herrn Eugen Richter absteht, der sich sowohl in der „Freisinnigen Zeitung“ (Nr. 102 vom 8. Mai) als auch in einer öffentlichen Versammlung mit allen Kräften gegen die in zweiter Lesung getroffenen Bestimmungen erklärte. Die von Seiten der Sozialdemokratie gestellten weitgehenden Anträge, welche nur eine dreitägige Sonntagsarbeit bei einem Geschäftsschluß um 12 Uhr Mittags zuließen wollten, wurden mit allen Stimmen, auch denen der Deutschfreisinnigen gegen die der Sozialdemokraten abgelehnt. Selbst der Antrag Wöllmer-Hirsch, welcher nicht länger als 8 Stunden Arbeitszeit für Großgeschäfte und 6 Stunden in offenen Verkaufsstellen, Geschäftsschluß spätestens um 8 Uhr Nachmittags gewähren wollte, wurde mit allen Stimmen, mit des größeren Theiles der Deutschfreisinnigen gegen die Stimmen der Antragsteller und die der Sozialdemokraten abgelehnt. Ein weiterer Verschlechterungsantrag des freisinnigen Abg. Wolfisch wurde indes von den Sozialdemokraten erfolgreich bekämpft.

So geringfügig nun auch die getroffenen Bestimmungen sein mögen, sie sind als ein Erfolg der lebhaften Agitation zu betrachten, die hier seit Jahren seitens der „freien Vereinigung der Kaufleute“ betrieben wird und welche gerade von freisinniger Seite mit den giftigsten Waffen bekämpft wurde. Daß dem so ist und woher wir uns den scheinbaren Umschwung der Meinungen in den freisinnigen Kreisen zu erklären haben, zeigt uns die Rede des freisinnigen Abg. Hirsch, Anwalt der deutschen Gewerksvereine, welcher unter anderem beim Kapitel Sonntagsruhe folgendes ausführte:

„Meine Herren, es ist eine der widerspruchsvollsten Erscheinungen unserer Zeit, daß unter den Kaufleuten eine entschiedene Hinneigung zur Sozialdemokratie besteht. Trotzdem ist es, wie ich schon bemerkt, nicht in Abrede zu stellen, daß unter den Kaufleuten eine große Neigung für diese Partei besteht, und daß sie sollte uns in der That zur Warnung dienen, daß wir die Beschwerden dieses Theiles unserer Bevölkerung nicht zurückstellen, vielmehr in vollem Maße berücksichtigen, denn die Neigung zur Sozialdemokratie in diesem wie in vielen anderen Fällen ist nichts als das Anzeichen einer tiefgehenden Unzufriedenheit. Nehmen wir den Handlungsgehilfen diesen Grund und sie werden sicherlich das unnatürliche Bündnis lösen.“

Nachdem wir also hier die Molise des Herrn Dr. Max Hirsch erfahren, welche ihn zu seiner Stellungnahme veranlassen, können wir die Handlungsgehilfen zu ihrem „unnatürlichen“ Bündnis nur beglückwünschen, denn hätte dasselbe nicht bestanden, würde die freisinnige Partei nicht so schnell ihren Standpunkt aufgegeben haben.

Doch der Ruhm, den die freie Vereinigung der Kaufleute errungen, ließ die deutschfreisinnigen Handlungsgehilfen nicht schlafen, und so gründete man denn einen „Verein deutschfreisinniger Handlungsgehilfen“, der sich sofort die Aufgabe des Herrn Eugen Richter zuzog, als er die Bemerkung machte, daß dieser Verein nicht ausschließlich zur Jagd gegen die Sozialdemokratie, die dieser Politik ja als Spezialität betreibt, gegründet zu sein schien. Der Verein verlangt nämlich möglichs Abkündigung der Sonntagsarbeit und Beschränkung der täglichen Arbeitszeit.

Wir müssen gestehen, daß wir Herrn Richters Unmuth begreiflich finden, denn daß man sich als Vertreter dieser an sich sehr mächtigen Forderungen die deutschfreisinnige Partei auswählte, erschien und sofort sehr räthselhaft.

Und wir haben uns in der That nicht getäuscht, denn von freisinniger Seite ging der erste Vorstoß gegen die nunmehr bald in Kraft tretende Sonntagsruhe aus. Der Verein deutscher Tabakfabrikanten und Händler, an dessen Spitze sich der freisinnige Stadtverordnete Deter befindet, plant, wie bereits mitgeteilt, eine Petition an den Bundesrath, welche die Beschränkung der Sonntagsarbeit in Zigarrengeschäften vereiteln soll. Dieses von offener Profitgier veranlaßte Vorgehen ist um so verdamnungswürdiger, wenn man bedenkt, daß die Gehilfen in den Zigarrenhandlungen die Ausbeute aller Ausgebühten sind. Bei einer täglichen Arbeitszeit von ununterbrochen 17stündiger Dauer den Gehilfen nicht einmal ein paar Stunden Sonntagsruhe zu gönnen, das ist der Gipfel kapitalistischer Ausbeutung.

Die „freie Vereinigung der Kaufleute“ betrachtete es als ihre Pflicht, gegen dieses Vorgehen Front zu machen, indem sie die Namen derjenigen Zigarrenhändler veröffentlichte, welche sich der Petition angeschlossen, mit dem Hinweis darauf, daß es die Pflicht der Arbeiter sei, sich die Geschäfte zu merken, welche die Arbeitskraft ihrer Gehilfen in solcher Weise ausnützen wollen.

Und was erleben wir nun? Die Antwort wird dem deutschfreisinnigen Handlungsgehilfen-Verein mit seiner fordern erst gehaltenen Resolution, besonders interessant sein, welche von der Gemeindevorwaltung die Reduzierung der Sonntagsarbeit in allen lausnischen Geschäften auf 8 Stunden verlangt. Das Organ des Herrn Rudolf Woffe und das Organ des Herrn Eugen Richter sind sonst zwar auf den Tod vereint, bei der Vertheilung des ihnen heiligen Unternehmerprofits aber finden sich die schönen Seelen wieder. Herr Eugen Richter spezialisierte seiner bekannten Entstellungsmanner über „terroristische Neigungen zur Geschäftsperre gegen Nicht-Sozialdemokraten“, ferner ist es diesem Denkerkopf unbegreiflich, wie man die Frage der Sonntagsruhe mit der 17stündigen täglichen Arbeitszeit überhaupt in Verbindung bringen kann und schließlich steht er allem die Krone auf mit der Behauptung: „Jedenfalls haben in dieser Frage die Zigarrenhändler und die Zigarren-Handlungsgehilfen kein verschiedenes Interesse“. Der schlaue Mann findet aber noch einen Ausweg, denn § 105 c bestimme, im Falle Ausnahmen für die Zigarrengeschäfte getroffen werden, daß die Gehilfen an jedem dritten Sonntag volle 30 Stunden oder an jedem zweiten Sonntag mindestens in der Zeit von 8 Uhr Abends von der Arbeit freizulassen sind. Das sei entweder dem Vorstand der freien Vereinigung der Kaufleute unbekannt, oder er verschweige absichtlich die Wahrheit.

Wir sind erwidert, zu erklären, daß kein von Weiden zutrifft. Der Vorstand der freien Vereinigung der Kaufleute kennt die lächerlichsten Bestimmungen nur zu genau. Aber das kann uns nicht davon zurückhalten, daß Vorgehen der Herren Zigarrenhändler auf das Schärfste zu verurtheilen. Denn ist dasselbe von Erfolg gekrönt, so verbleibt den Gehilfen in den Zigarrenhandlungen kaum die Hälfte der Erholungszeit, die in den Zigarrenhandlungen gewährt ist. Selbstredend werden die Herren Unternehmer dann in ihrem eigenen Interesse, wie der Abgeordnete Webel in der zweiten Lesung des Arbeiterschutzes-Gesetzes mit Recht bemerkte, von der zweiten Bestimmung Gebrauch machen. Die Herren Woffe werden dann bis des Abends

um 6 Uhr das Geschäft allein versehen und von 6-12 Uhr Abends den Gehilfen weiter arbeiten lassen. Das wird im günstigsten Falle eintreten, denn eine behördliche Kontrolle hierüber wäre doch ein Ding der Unmöglichkeit.

Von Herrn Eugen Richter wundert uns übrigens dieses Vorgehen nicht, da er sich ja offen gegen die gesetzliche Regelung dieser Frage ausgesprochen hat, und zwar f. B. Argumente dagegen ins Feld führte, die heute die Tabakhändler im Verein mit dem „Berl. Tageblatt“ benutzen.

Aber das ist sicherlich der Gipfel aller Heuchelei, wenn diese Blätter behaupten, ihr Vorgehen läge im Interesse der Handlungsgehilfen.

Das „Tageblatt“ schreibt nämlich u. A.: „Mit dem Augenblicke, wo der strenge Sonntagschluß eintritt, würden Hunderte von Gehilfen brotlos.“

Noch nie ist die Wahrheit in dreifacher Weise verweigert worden. Wir können nur den Gehilfen in den Zigarren-Geschäften zurufen: „Haltet Euch vor Euren Freunden“. Ein Krutheitszeugnis ersten Ranges stellen die Herren aber dadurch auch ihrer vielgepriesenen Gesellschaftsordnung aus, wenn sie behaupten, daß die Sonntagsarbeit für Hunderte von Gehilfen eine Existenzfrage ist. Wir gebören zwar nicht zu den Vertheidigern der heutigen Verhältnisse, aber soviel steht fest, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit, wenn überhaupt eine Aenderung, nur eine Mehrereinstellung von Gehilfen nach sich ziehen kann. Der Konsum bleibt derselbe, wir behaupten auch, daß die Restaurateure den Zigarrenhändlern keine größere Konkurrenz wie bisher machen werden, denn das Publikum wird sich im eigenen Interesse sehr schnell an die neuen Verhältnisse gewöhnen und seinen Bedarf vor Schluß der Geschäfte decken. Der Verkehr müßte sich also auf die nach dem Ortsstatut noch festzustellenden Stunden konzentriren, wodurch eine erhöhte Thätigkeit erfordert und wie gesagt, wenn überhaupt eine Aenderung, eine Verstärkung des Personals herbeiführen.

Mit derartigen Scheinbeweisen operirt die Freisinnspresse vereint mit dem Organ der Tabakhändler im Interesse des Unternehmertums und sucht die „freie Vereinigung der Kaufleute“ zu verächtlichen, als ob sie gegen das Interesse ihrer eigenen Mitglieder handle. Die Herren Tabakhändler suchen nun ihre Maßnahmen dadurch zu demanteln, daß sie erklären, sie wollten sich nicht „prinzipiell“ gegen die Sonntagsruhe aussprechen, sondern nur eine Gleichstellung mit denjenigen Personen verlangen, welche im Nebengeschäft mit Zigarren handeln, „sei es, daß Zigarren und Tabak unter die Gegenstände gerechnet werden, welche als zur Befriedigung eines an Sonn- und Festtagen besonders hervorretenden Bedürfnisses dienen, sei es, daß der Verkauf von Tabaken und Zigarren nicht nur den Tabak- und Zigarrenhändlern, sondern allen Leuten verboten werde.“

Da das letztere nun von vornherein vollständig ausgeschlossen erscheint, so ist es klar, daß, wenn dem ersten Theil der Petition nachgegeben wird, sich die Sonntagsruhe der Gehilfen auf das bereits erwähnte Minimum reduzieren würde.

Was nicht nun den Gehilfen die platonische Liebe der Herren Fabrikanten und Händler, welche erklären, „prinzipiell“ nicht gegen die Sonntagsruhe eingenommen zu sein“, wenn sie durch ihr thätigliches Vorgehen den Gehilfen den wirklichen Genuß einer Sonntagsruhe rauben und das nur aus heiler Verzweiflung darüber, daß die Restaurateure ein halbes Duzend Zigarren mehr verkaufen könnten, als bisher.

Wie die freisinnige Partei stets in allgemeinen Phrasen von Arbeiterfreundlichkeit trieb und hier und da auch einzelne Wünsche anerkennt, die positiven Mithworten aber sofort auf Seiten der Unternehmer zu finden ist, so hat sie auch hier ihren wahren Charakter nicht verlernt.

Die Gehilfen aber mögen es sich gesagt sein lassen: So lange Ihr noch einer Partei nachlaufen werdet, die Euren eigenen Interessen ins Gesicht schlägt, wird sich Eure wirtschaftliche Lage nicht bessern, nein, verschlechtern! Sobald Ihr Euch indes Eins fahlet werdet mit allen anderen Lohnarbeitern, werdet Ihr vereint mit diesen auch für Euch bessere Lebensbedingungen erkämpfen und das nach der Meinung des Herrn Dr. Max Hirsch bestehende „unnatürliche“ Bündnis wird nach wie vor gute Früchte zeitigen.

Soziale Ueberlicht.

Achtung, Möbelpolierer Berlins! Die Möbelpolierer der Rouman'schen Werkstatt in Dresden haben wegen Lohnminderungen die Arbeit niedergelegt. Die Kollegen werden ersucht, den Bezug streng fernzuhalten. Die Fachkommission der Möbelpolierer Berlins und Umgegend.

Die Zeitung der Buchdruckerei der sozialdemokratischen Mannheimer „Volkstimme“ hat am 12. Oktober im Einverständnis mit allen ihren Mitarbeitern die achtstündige Arbeitszeit eingeführt.

Die Arbeiter der städtischen Gasfabrik in Hamburg verlangen die Aufhebung der kürzlich eingeführten sechsten Arbeitstour und Erhöhung des Tagelohns von 3/4 auf 4 M. („Frankfurter Zeitung“).

Die Vorstandswahl des Rechtschutzvereins der Vergarbeiter ergab für die Hauptämter die Wiederwahl des bisherigen Vorstands.

Die westpreussische Gewerksammer beklagt sich darüber, daß die lgl. Gewerksfabrik zu Danzig ihren Arbeitern zu hohe Löhne zahle! Dadurch würden die Privatunternehmer geschädigt, indem zu den von ihnen festgesetzten Löhnen kein Mensch arbeiten wolle.

Da die lgl. Gewerksfabrik zu Danzig jedenfalls das Geld auch nicht zum Fenster hinauswerfen wird, so läßt jene bewegliche Kammer nur den Schluß zu, daß die westpreussische Industrie spottischlechte Löhne zahle. Sie darin noch zu unterstützen, ist nicht Aufgabe des Staats.

Der Ausstand in den Stahlwerken von Stanningen bei Leeds ist nach dreizehnwöchentlichem Dauer durch gegenseitige Konzessionen beigelegt. Die Arbeit in den Walingdocks ist vollständig neu organisiert.

Der Ausstand der Grubenarbeiter in Fabrje soll, wie die „Vossische Zeitung“ berichtet, beendet sein. Viele Grubenverwaltungen können den Bergleuten „insofern“ entgegen, als sie den letzteren zur Beschaffung von Winterkartoffeln behilflich wären.

Veranstaltungen.

Unterstützungsbund der Handbinder Berlins. Am 8. Oktober fand unter überaus zahlreicher Theilnahme der Mitglieder die erste ordentliche Generalversammlung im neu n Ge-

schäftsjahr statt. Auf der Tagesordnung standen Berichtserstattung über das Sommerfest, Jahresberichte über das abgelaufene fünfte Geschäftsjahr und Neuwahl des Gesamtvorstandes, der Revisoren und der Rechtschutz-Kommission. Der Vorsitzende machte zunächst die Mittheilung, daß fünf Kollegen krank und denselben Krankengeld-Zuschuß von 5 M. pro Woche bewilligt wurde, daß drei Kollegen Extra-Unterstützung empfangen haben; ferner zum Besten unseres Fachorgans „Die Einigkeit“ am 10. Oktober ein Herrenabend stattfand, und hat die Versammlung mehr als bisher für die Zeitung eingetreten, auf dieselbe zu abonniren und Abonementen für dieselbe zu werben. Weiter wurde mitgeteilt, daß der Bund in diesem Monat seine gefällige Zusammenkunft mit Damen am 20. Oktober bei Feuerstein abhält und, um die Mittel für eine zweckentsprechende Bibliothek zu gewinnen, am 8. November in den Gesamträumen der Ressource, Kommandantenstraße 57, ein Familienfest mit reichhaltigem Programm abgehalten wird, wozu die Billets (à 50 Pf.) im Bureau abgeholt werden können. Nachdem nun die Namen der 31 neu aufgenommenen Mitglieder verlesen und dieselben durch den Vorsitzenden begrüßt und auf ihre Pflichten hingewiesen waren, wurde durch den Kollegen Oswald Grauer der Bericht über das Sommerfest gegeben, wonach an demselben, das in allen seinen Theilen ein Arbeiterfest im wahren Sinne des Wortes war, 5000 Personen theilgenommen haben. Die Ausgaben beliefen sich auf 982,55 M., die Einnahme auf 1768,05 M., sonach bleibt ein Ueberschuß von 785,50 M. (Bravo.) Bei dem Bericht hat Kollege Poyalla, es möge durch besondere Angabe der Zahl derjenigen Billets, welche der Generalverwalter als Entschädigung für etwaiges Manko und Unkosten erhalten habe, das leider verbreitete Gerücht, „es verdiene“ der Biletterverkauf bei den Festen“, widerlegt werden. Kollege Grauer erklärte darauf, daß ihm von den 8184 vorhanden gewesen Billets 37 à 30 Pf. zur Deckung der Unkosten beim Vertriebe derselben überwiesen worden seien und er auch davon die etwa in Verlust gerathenen zu ersetzen habe. Die Versammlung war damit einverstanden und ertheilte einstimmig Decharge. Nunmehr wurde durch den Kol. G. Wiener der Vierteljahresbericht erstattet, wonach eine Einnahme von 1557,73 M., eine Ausgabe von 1520,95 M. gegenübersteht und der Ueberschuß 36,78 M. beträgt. Der Jahresbericht weist ein Vermögen von 1972,48 M. auf. An Krankengeld-Zuschuß (5 M. pro Woche) wurden an 54 Kollegen — 100 Wochen — 550 M. gezahlt, an Extra-Unterstützungen 398 M., für Rechtschutz 576,94 M., an die Zeitung „Einigkeit“ 351,90 M. u. s. w. Mitglieder sind am Schluß des Geschäftsjahres (soweit dieselben ihre Beiträge bezahlten) 900, welche Zahl hoffentlich dadurch, daß die Säumnigen sich an ihre Pflicht erinnern, bedeutend steigen wird. Auch dem Kassirer wurde noch dem Bericht der Revisoren Decharge ertheilt. Nachdem der Schriftführer über die Thätigkeit des Vorstandes berichtet, wonach im Jahre 24 Versammlungen, 34 Vorstandssitzungen abgehalten, in den Versammlungen 16 Vorträge von 11 Rednern gehalten wurden, erstattete Kollege Oswald Grauer Bericht über den Arbeitsnachweis. Von 503 gemeldeten Stellen wurden 592 besetzt, in 417 mit Sonntags gearbeitet werden (durchschnittlich 4 1/2 Stunden, in einem Falle sogar 8 Stunden); die tägliche Arbeitszeit varirt zwischen 9 1/2 und 18 Stunden, der Durchschnitt beträgt 11 1/2 Stunden. Der Lohn bewegt sich von 15 M. in 3 Fällen bis zu 24 M. und 27 M. in je einem Falle und beträgt im Durchschnitt 17,70 M. Hieraus erstattete Kollege Uthet Bericht über die Thätigkeit der Rechtschutzkommission, welcher mit Aufmerksamkeit entgegengenommen wird. Die Versammlung ertheilt dann dem Gesamtvorstande und den Kommissionen Decharge. Zur Leitung der Neuwahl wurde ein Bureau gewählt und der Kollege Oswald Grauer mit dem Vorh. der Kollege Halkenthal mit der Stellvertretung, der Kollege Otto Blath mit der Führung der Rednerliste betraut. Nachdem Kollege Grauer auf die Bedeutung des Wahlattes hingewiesen und um Ernst und Sachlichkeit gebeten hatte, wurden noch einander und schließlich durch Händeaufheben folgende Kollegen gewählt: Albert Kessler, 1. Vorsitzender; Friedrich Lange, Stellvertreter; Albert Freude, 1. Schriftführer; Hermann Rex, Stellvertreter; Ernst Nürnberg, 1. Kassirer; G. Wobald, Stellvertreter; A. Sonnenberger, Albert Uthet, H. Ebert, Beisitzer; Albert Müller, G. Bengsch, G. Wegner, Revisoren; Dappeler, Halkenthal, Vermann, Kössler, Reimann, Engel, Clemens, Rechtschutz-Kommission. Der immerhin schwierige Wahlablauf vollzog sich in verhältnismäßiger Ruhe und gab den Anwesenden ihrer Freude darüber, nachdem auch noch der fragelassen erledigt war, durch lebhaften Hochrufe auf den Bund und die Arbeiterbewegung Ausdruck. Mit dem erhabenden Gesang der Arbeiter-Marschall ging man auseinander.

Die freie Vereinigung der Banarbeiter Berlins hielt am 11. Oktober ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Zunächst gab der 1. Kassirer Kollege Oskar Sprenger den Bericht über die Abrechnung vom 3. Quartal. Da dieselbe von den Revisoren sowohl wie auch von den Mitgliedern für richtig befunden wurde, so ertheilte man dem Kassirer Decharge. Darauf erhielt Genosse Peus das Wort zu seinem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrage über das Thema: „Zeit- und Akkordlohn“. Der Genannte unterwarf die Akkordarbeit einer scharfen Kritik und hob besonders hervor, daß wo dieselbe noch nicht vorherrschend sei, man sie unter keinen Umständen einführen solle. Redner legte an verschiedenen Beispielen klar, wie sich unter der heutigen Produktionsweise das Proletariat von Tag zu Tag vermehrt und das Kapital sich in immer weniger Händen anhäuft. Diefem Uebel gegenüber eine Schranke zu setzen, wäre nur möglich, wenn die achtstündige Arbeitszeit gesetzlich eingeführt würde, da dadurch dem Kapital nur die Macht gegeben würde, innerhalb dieser Frist den Arbeiter auszubuten. In der Diskussion sprachen Genosse Studateur Merker als Gast und Kollege Otto Wendt im Sinne des Redneren. Hieraus wurde folgende Resolution angenommen: „Die heutige Mitgliederversammlung der Vereinigung der Bau-Arbeiter Berlins stimmt den Ausführungen des Genossen Peus voll und ganz zu und erklärt, ihre Arbeitszeit unter den heutigen Verhältnissen so theuer wie möglich verkaufen zu wollen, da bei der heutigen modernen Produktionsweise auf der einen Seite nur Bettler, auf der andern nur Millionäre gezüchtet werden.“ Hieraus wurde Kollege Fischbach, Mariannenstr. 35 wohnhaft, zum Revisor gewählt. Zum Zahlstellen-Inhaber für den Westen wurde Kollege Hermann Veierling, wohnhaft Schwerinstr. 6, gewählt. Die Wahl eines zweiten Schriftführers und eines Zahlstellen-Inhabers für den Ostwesten mußte bis zur nächsten Mitgliederversammlung vertagt werden. Die Zahlstellen für den Norden sind Sonntag nach dem 15. jeden Monats Schroederstr. 23, bei Lehmann; jeden Sonntag vor dem Ersten Hochstr. 32, bei Wille et al. Unter Vorsitzendem war ein Unterstützungsgehilf des Kollegen Wilhelm Dabig eingegangen. Derselbe ist auf einem Bau verunglückt und befindet sich seit 7 Wochen im Krankenhause. Er wurde mit 20 M. unterstützt. Mit der Bekanntmachung, daß die nächste regelmäßige Mitgliederversammlung am 15. November stattfindet, endete die Versammlung.

Der Allgemeine denische Sattler-Verein (Filiale Berlin) hielt am 10. d. Mts. seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Untern 1. Punkt der Tagesordnung verlas der Kassirer, Kollege Blum, die Abrechnung pro II. Quartal. Die Einnahmen

betragen 272,99 M., die Ausgaben 244,75 M., bleibt also Bestand 28,24 M. Die Mitgliederzahl belief sich am Schlusse des Quartals auf 195. Dem Kassier wurde auf Antrag des Revisors Kollegen Bongray einstimmig Decharge erteilt. Der Vorsitzende entwarf darauf ein Bild der Thätigkeit des Vereins im verfloffenen Quartal. Zum 2. Punkt der Tagesordnung, Wahl eines Zentral-Kassiers, sowie eines Ortsbeisitzers, wurde als Zentral-Kassier der Kollege Schwarz gewählt, da dieser Kollege aber bis dato Ausschussmitglied war, so wurde die Wahl eines neuen Ausschussmitgliedes nötig, und hierzu Kollege Fischer, ferner zum Ortsbeisitzer, Kollege Engelbrecht gewählt. Von der Verhandlung über den dritten Punkt der Tagesordnung, Meinungsaustausch über die zu gründende Union, wurde Abstand genommen, da in dieser Sache am 14. d. M. in der Berliner Ressource eine öffentliche Versammlung der Branchen, die zu dieser Union gehören sollen, stattgefunden hatte. Unter „Verschiedenem“ warf Kollege Barth die Frage auf, wie sich die Berliner Sattler zu einer Verschmelzung mit dem „Allgemeinen deutschen Tapezierer-Verein“ stellen und fähig dabei an, daß uns durch diese Verschmelzung bedeutende finanzielle Vortheile erwachsen würden. Kollege Sassenbach erklärte sich auch für eine solche Verschmelzung, war jedoch der Meinung, daß dieselbe wohl nicht zu Stande kommen würde, da die Tapezierer sich zu allen möglichen Branchen rechneten, nicht aber zu den Sattlern. Im gleichen Sinne sprachen sich die Kollegen Engelbrecht, Fischer und Schulze aus. Die Kollegen Bösch, Ratichulat und Baumgart sprachen für eine Verschmelzung dieser beiden Branchen. Darauf stellte Kollege Barth folgenden Antrag, der auch gegen zwei Stimmen angenommen wurde: „Die heutige Mitgliederversammlung beschließt den Versuch zu machen, eine Verschmelzung mit dem Allgemeinen deutschen Tapezierer-Verein herbeizuführen, und beauftragt den Zentralvorstand, die Ansicht unserer sämtlichen Mitglieder zu hören, sowie mit dem Zentralvorstand der Tapezierer behufs dessen in Verbindung zu treten.“ Der Vorsitzende theilte dann noch mit, daß die nächste Mitgliederversammlung, welche am 24. d. M. stattfinden sollte, ausfalle, da an diesem Tage die Zentral-Krankenkasse der Sattler ihr achttes Stiftungsfest feiere. Auch finde am 19. d. Mts. in demselben Versammlungsorte die Haupt-Mitgliederversammlung der Krankenkasse statt.

Der Fachverein der Stellmacher Berlins und Umgegend hielt am 11. Oktober seine Mitgliederversammlung ab. Unter 1. Punkt der Tagesordnung wurde die Abrechnung vom letzten Vergnügen verlesen, wonach sich ein Ueberschuss von 45,22 M. ergab. An Stelle des Kollegen Henze wählte man dann Kollegen Hentel zum zweiten Vorsitzenden und Kollegen Bombly als Vergnügungskomitee. Unter Vereinsangelegenheiten wurde die Fachzeichenschule einer scharfen Kritik unterzogen und nach längerer Debatte folgender Beschluß gefaßt:

1. daß der Zeichenlehrer Kollege Leder den Beitrag für den Zeichenunterricht selbst einlöslich; sollte ein Schüler außer Arbeit kommen, so wird der Beitrag aus der Vereinskasse bezahlt und ist vom Kollegen Leder später wieder an den Verein zurück zu zahlen;
2. daß der Zeichenlehrer im Interesse des Vereins für Nicht-

mitglieder 50 Pf. pro Stunde zu verlangen hat, im andern Fall der Verein von den Verpflichtungen zurücktritt. Alsdann wurde vom Kollegen Weismann angeregt, daß noch aus der Zeit der Auflösung der Vereinigung der mehrere Nummern des „Wagenbauers“ zu bezahlen seien; man beschloß, um Streitigkeiten mit den Hamburger Kollegen zu vermeiden, die Nummern aus der Vereinskasse zu bezahlen. Kollege Brück, Delegierter der Streik-Kontrollkommission, wurde dann beauftragt, auf das Meisterorgan zu abonnieren, und hierauf vom Kollegen Rosenberger folgende neue Herbergs-Ordnung, welche auf dem Innungsnachweis angehängt ist, verlesen:

„Jeder Stellmacher, welcher sich hier beim Schmeißer einschreiben läßt, um Arbeit nachzusuchen, hat für die Dauer, bis solche Arbeit ist, sogleich 40 Pf. zu erlegen, wofür nach Schluß der Arbeitsausgabe sofort die üblichen Getränke verabfolgt werden. Bei Zuwiderhandlungen ist der Aufenthalt in diesem Raum nicht gestattet.“

Der Herbergswirth.“ (Gewiß eine nette Herbergs-Ordnung für Arbeitslose!) Der Arbeitsnachweis wurde noch scharf kritisiert und zum Schluß der Wunsch nach einem Besuche der Genossenschafts-Brotfabrik ausgesprochen. Kollege Weismann ist beauftragt, bestimmten Bescheid zu bringen, wann der Besuch stattfinden kann. Das Stiftungsfest findet am 21. November statt.

In der am 5. d. M. stattgefundenen Mitglieder-Versammlung des Schneiders- und Schneiderinnen-Verbandes hielt Kollege Rogge einen Vortrag über den Prospekt, welcher beifällig aufgenommen wurde. Nach demselben gab der Vorsitzende einen kleinen Abriss über die im verfloffenen Jahre abgehaltenen Versammlungen. Es waren durch Teilerfassungen eingekommen: in einer Versammlung in den Kaminhallen 17,05 M., in einer Versammlung bei Feuerstein 8,65 M., zusammen 25,70 M. Veranschlagt wurden: für Säulenausschlag 21 M., für ein Referat 5 M., zusammen 26 M. Hieraus wurde zur Neuwahl der Lokalverwaltung geschritten und Kollege Möbius zum ersten Vorsitzenden mit 46 Stimmen, Frau Wächter zur zweiten Vorsitzenden mit 51 Stimmen, Kollege Zimm zum ersten Kassierer mit 61 Stimmen, Kollege Wenzler zum ersten Schriftführer mit 47 Stimmen, Kollege Fregler zum zweiten Kassierer mit 55 Stimmen, Kollege Reineke zum zweiten Schriftführer, und die Kollegen Rogge, Schreier und Vorenz zu Revisoren gewählt. Dann erhaltete Kollege Fregler Bericht über das Frühlingsergebnis, bei welchem eingekommen waren 90,50 M., während ausgegeben wurden 100,15 M., so daß ein Defizit von 9,65 Pf. verbleibt.

Eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen, einberufen vom „Vereine Karl Marx“, tagte am 11. Oktober im Saale der Berliner Bodbrauerei. Genosse Demning referierte unter lebhaftem Beifall vor über 1500 Personen über „Die Bedeutung des Darwinismus“. In der Diskussion sprachen die Genossen Zahn und Fädler. Unter „Verschiedenem“ brachte Genosse Schulz einen Aufsatz aus dem „Ber-

liner Lokal-Anzeiger“ Betreffs des Pastors Harber aus Weissensee zur Sprache. Am 18. d. M. findet ebenfalls im selben Lokale eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Herr Ledebour referieren wird. (Siehe Inserat.)

In Mariendorf fand am 11. Oktober einer sehr stark besuchte öffentliche Volksversammlung statt. Man behandelte zuerst den Spruch des Schiedsgerichts in Sachen des Genossen Hecht gegen Hermann Wolff. Aus dem Spruch des Schiedsgerichts und der darauf folgenden Diskussion war Folgendes zu entnehmen:

Wolff hat den Genossen Hecht dadurch beleidigt, daß er ihm vorwarf, Parteigelber unterschlagen zu haben. Hecht konnte diese Beschuldigung nicht auf sich beruhen lassen und beantragte daher die Wahl eines Schiedsgerichts von 9 Personen, welche denn auch in der letzten Volksversammlung vollzogen wurde. Dieses Schiedsgericht hat mehrere Sitzungen abgehalten, welchen Wolff trotz erfolgter Einladung nicht regelmäßig beizuwohnte. Ein Versöhnungsversuch blieb ohne Erfolg. Durch genaue Prüfung aller vorhandenen Materialien ist eine Schuld des Genossen Hecht, in der Sache, wie Wolff sie behauptet hat, nicht zu erweisen gewesen, daher, und weil Wolff, trotzdem ihm Gelegenheit geboten worden war, den Beweis der Wahrheit für seine Beschuldigungen zu einbringen, denselben nicht erbracht hat, unterbreitete das Schiedsgericht der Volksversammlung folgende Resolution:

„Die heute, Sonntag, den 11. Oktober 1891 zu Mariendorf im Lokale des Herrn Haal (Schwarzer Adler), tagende Volksversammlung wird von dem Schiedsgericht in Angelegenheiten Hecht gegen Wolff ersucht, den bisherigen Genossen Hermann Wolff zu Tempelhof fernerhin nicht mehr als Genossen der sozialdemokratischen Partei anzuerkennen, da seine ganze in dieser Sache zum Ausdruck gekommene Handlungsweise eine verachtliche ist, wie sie sich von einem Sozialdemokraten nicht geziemt und von einem sehr niedrigen Charakter Zeugnis ablegt. Das Schiedsgericht beantragt deshalb, den vorgenannten H. Wolff aus der Partei auszuschließen, und legt den Genossen ans Herz, den Betreffenden danach zu behandeln.“

Diese Resolution wurde nach langer Debatte, in welcher auf die früheren Verdienste des Wolff hingewiesen wurde, mit dem Bemerkten angenommen, daß Wolff die Berufung an die Parteileitung und den Parteitag offen sehe. Wegen die Resolution stimmten 15 Anwesende von etwa 250.

Nach Erledigung dieser Angelegenheit erhielt Arthur Stadthagen das Wort zu einem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über „Die Ziele der Sozialdemokratie“.

Gegner meldeten sich trotz mehrfacher Aufforderung nicht zum Wort, und so war es denn Sache der anwesenden Genossen, dieses unerschöpfliche Thema nach Kräften zu diskutieren und durch immer neue Beispiele zu beleuchten, was auch im reichsten Maße geschah. Speziell wurde die Lage besprochen, in welche der Wirth des Lokales gekommen ist dadurch, daß er seinen Saal zu Versammlungen hergibt. Nach einer Aufforderung nur in dessen Lokale zu verkehren, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie geschlossen.

Damen-Mäntel und -Jaquets

zu nachfolgenden unvergleichlich billigen Preisen: 1435L

Jaquets in neuesten Façons, aus Cheviot und Eskimo	6, 8, 10, 12, 15 Mark.
Plüsch-Jaquets, sauber gearbeitet, tadellos sitzend	20, 25, 30, 35 Mark.
Capes und Visites, hervorragende Neuheiten	10, 15, 20 Mark.
Wattirte Abend-Mäntel, in allen modernen Façons	10, 12, 15, 20 Mark.
Regen- und Herbst-Mäntel in überraschend grosser Auswahl	10, 12, 15, 20 Mark.

Vorjährige Jaquets, Paletots und Dolmans

zum gänzlichen Ausverkauf 3, 5, 8, 10 Mark.

Damen-Kleiderstoffe

zum gänzlichen Ausverkauf.

- 1 grosser Posten doppeltbreiter Damentuche für Hauskleider Meter 60, 75 Pfennig.
- 1 grosser Posten Lamas in sehr hübschen Streifen, doppeltbreit, Meter 50, 60, 75 Pf.
- 1 grosser Posten Elastique-Damentuche, reine Wolle, doppeltbreit, Meter 1, 1,25, 1,50 Mark.
- 1 grosser Posten Fantasie, Körper-Cheviots, hervorragende Neuheit, gestreift und glatt, doppeltbreit, reine Wolle, Meter 1,50, 1,75, 2 Mark.
- Reinwollene deutsche und englische Kammgarnstoffe und Cheviots, gestreift und mit buntem Garn genoppt, doppeltbreit, Meter 1,50, 2 Mark.
- Gestickte Balist-Roben in creme und weiss 4,50, 6, 8, 9 Mark.

Fertige Kleider

haben wir in Berlin die grösste Auswahl und verkaufen solche zu den billigsten Preisen.

Elegante farbige Kleider von	20 Mark an.
Schwarze Kleider	25, 30, 35 Mark.
Schwarze seidene Kleider	50, 60 Mark.

Morgenröcke in gr. Auswahl 7,50, 9, 10 Mk.

Sielmann & Rosenberg,

Kommandantenstrasse, Ecke Lindenstrasse.

Billigste Lebensmittel. Vorzügliche Qualität.
Dubois & Co., Neue Friedrichstr. 79^b.

Freunden und Genossen empfehle mein Weiss- und Baisisch-Bier-Lokal.
Franz Walter, Gesundbrunnen, Badstraße 23.

Geschäftshaus H. Greifenhagen

N., Brunnenstrasse 20, 1433L

Donnerabend, den 17., u. Sonntag, den 18. Oktober, der Feiertage wegen geschlossen.

Wichtig für den „Nord-Bezirk“.

Chausseest. 83, gegenüber der Tiefenstraße.
Freunden und Genossen bringe mein Schuhwaren-Geschäft in freundliche Erinnerung. Grösste Auswahl, Zeitgemähe Preise.
Keine Fuchswaare. Filzschuhe. Keine Pajarwaare. Elegante Stiefel. Starke Arbeitstiefel.
O. Fäse, Chausseestrasse 83. 1245L

Staare, 1,25 M., Eticlige, Rothhäuslinge 1,50 M., Finken 1,25 M., Zeigige 80 Pf., Rothkehlchen 75 Pf., reelle Mäntchen.
Schnelle, Skalikerstr. 132.

Größtes Lager Berlins
Kinderwagen, Andreasstr. 23, D. P.

Bruchbänder, 1079L

Gummilwaaren, Leibbinden, Spritzen, Suspensorien, Verbandstoffe, Beissen und Bincesen, sowie Artikel aller Art für Kranke empfiehlt J. Ch. Pollmann, Linien-Strasse 30. Versicherer für die vereinigten Hüft-Krankenkassen. Bei Bedarf bittet um gütigen Zuspruch D. O.

Möbel, Spiegel und Polsterwaaren.

eigener Gr. Lager, bill. Preise
Fabrik. Emil Heyn, Brunnenstrasse 28, Hof parterre. Theilzahlung nach Uebereinkunft.

Dr. Hoesch, homöopath. Arzt
Artilleriestr. 27. 8-10, 5-7, Sonnt. 8-10.

M. W. Walter 1107L

Fenghofstr. 3, a. d. Köpnicerstrasse.
Kaffee, Zucker, Thee billigst.
Feinste Tafelbutter 90-1,20 Pf.
Beste neuer Himbeersaft 4 Pf. 60 Pf.

Rohtabak A. Goldschmidt, Spandauerbrücke 6, am hiesigen Plage bekanntlich Grösste Auswahl. Garantirt scharf brennende Tabake. Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämmtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager. A. Goldschmidt, Spandauerbr. 6, am Händel'schen Markt. [74]

Söhne u. Stiejel mit Kontrollmarke, sowie Filzschuhe sämmtl. Art empfiehlt G. Zerbe, Ritterstr. 114, 1818L] nahe Fürstenstraße.